

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Hunderttausend RotFüchse?

Die Überschrift legt zunächst die Vermutung nahe, der Leitartikler sei ein außer Rand und Band geratener Prahlhans, ein Phantasie für Realität ausgebender Jünger von Jules Vernes. Wie kann sich einer derart verheben, liegt doch die Zahl der ständigen „RotFuchs“-Leser gerade einmal bei 12 000, also bei 12 % der „Vorgabe“? Was soll diese eitle und weltfremde Spinnerei? Gemach, Genossen, hier wird nicht gesponnen. Denn niemand behauptet ja, der RF wolle eine das Doppelte der ND-Abonnentenzahl betragende Beziehung bereits heute strategisch ansichern. Dazu ist die Mediendiktatur der Bourgeoisie, die die Pressefreiheit in der Praxis aushebelt, zu allumfassend und unsere auf Mund-zu-Mund-Propaganda gestützte Reichweite viel zu kurz.

Warum dann dieser dramatische Paukenschlag? Weil Klappern zum Handwerk gehört? Nichts dergleichen. Unsere Rechnung ist ganz einfach. Der „RotFuchs“ – in diesem Monat ist er genau sieben Jahre alt – und die rund 770 Mitglieder des im Juli 2001 gegründeten Fördervereins befinden sich in einer stürmischen Wachstums-etappe. Im Jahr 2004 mußte die Auflage Monat für Monat erhöht werden. Tage mit 15 oder 20 Neubestellungen waren keine Seltenheit. In kleinen und großen Städten entstanden RF-Regionalgruppen, die sich auf die Gewinnung neuer Bezieher und politische Bildungsveranstaltungen konzentrieren.

Wer seit längerem den „RotFuchs“ liest, ist theoretisch nicht eingerostet und in vielerlei Hinsicht politisch auf dem neuesten Stand. Das gilt auch für internationale Fragen. Ohne eine Partei zu sein oder werden zu wollen, führen wir die unterschiedlichsten linken Kräfte – Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch – auf marxistischer Grundlage zusammen. Wir geben ihnen Raum zur Entfaltung, ja, auch zum konstruktiven, kameradschaftlichen und respektvollen Meinungsstreit, der nicht entzweit, sondern verbindet.

Wir waren die ersten, die die DDR als größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bezeichneten, weil sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands 40 Jahre lang Macht und Eigentum entzog. Dabei haben wir die Dinge weder beschönigt noch verklärt, Defizite klar benannt und um die Ursachen der Niederlage keinen Bogen gemacht.

Der „RotFuchs“ war schon vor Jahren die erste kommunistisch-sozialistische Zeitung in Deutschland, von der die Rückwende 1989/90 klar als Konterrevolution bezeichnet wurde.

Während andere ideologisch im trüben fischten, bekannten wir uns kompromißlos zum wissenschaftlichen Sozialismus,

zur Einheit der Lehre von Marx, Engels und Lenin.

Im RF gibt es die verschiedensten Strähnen von Rot: derzeit Parteilose, PDS-Genossen, Mitglieder von DKP und KPD, linke Christen, Angehörige anderer DDR-Blockparteien als der SED. Ja, auch manche Sozialdemokraten haben uns versichert, daß ihnen diese kommunistisch-sozialistische Tribüne hilft, sich im Wirrwarr diktiert und frisierter Meinungen besser zurechtzufinden. Erst dieser Tage rief Pastor Arnold Haumann aus Dortmund in der Redaktion an, um uns zum Weitermachen zu ermutigen. Er schätzt unsere Maxime im Umgang miteinander: Prinzipienfestigkeit und Toleranz. Wir haben ein weites Herz für alle ehrlichen Linken, geben aber im Klassenkampf freiwillig keinen Meter Boden ab. Dabei stehen wir für den Zusammenfluß zweier unterschiedlicher Erfahrungsströme – der besten Kräfte aus Ost und West – zu einer neuen Legierung revolutionärer Kämpfer.

Meint Ihr nicht, liebe „RotFuchs“-Genossen, daß wir recht mit der Behauptung haben, es gebe in Deutschland mindestens einhunderttausend Menschen, die ihren sozialistischen Idealen treu geblieben sind? Ich gehe davon aus: Würden sie von der Existenz dieser tiefroten und zugleich antisektiererischen Zeitung, würden sie den „RotFuchs“ vermutlich auf der Stelle abonnieren. (Als wir im Sommer 2003 eine große Annonce im ND schalteten, bestellten auf Anhieb 541 Interessenten ein „Schnupper“-Exemplar. Sie blieben fast ausnahmslos dabei!)

Die meisten derer, die uns dringend brauchen, sind versprengte Einzelkämpfer oder noch immer unter der Niederlage Leidende, die sich zeitweilig in ihr Schneckenhaus zurückzogen, ohne die Sache aufzugeben. Sie müssen wir finden, aufrichten, ermutigen, zurückgewinnen, reaktivieren, um aus Alten und Jungen Schritt für Schritt jene objektiv notwendige, subjektiv aber noch nicht vorhandene große Kraft formieren zu helfen, die dem deutschen Imperialismus und seiner bedrohlich anwachsenden braunen Kolonne Paroli bieten kann.

Wir wenden uns an Euch alle mit der Bitte, die zur Zeit fehlenden, aber in der Gesellschaft vorhandenen und dringend benötigten potentiellen Kampfgefährten zu suchen und für den RF zu gewinnen. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es uns nicht gelänge, die Zahl der RotFüchse zunächst dadurch zu verdoppeln, daß jeder Abonnent einen weiteren Leser auffindig macht. **Klaus Steiniger**



INHALT

WASG: Störfaktor mit Gebrauchswert	S. 2
Ist der Marxismus überholt?	S. 3
Bildungsarbeit – oberste Priorität	S. 4
Zum Verhältnis Lenin – Kautsky (1)	S. 5
Worin unser System dem Kapitalismus überlegen war	S. 6
Zusammengebrochen oder besiegt?	S. 7
Eine Sintflut und die „Hilfsbereitschaft“ der BRD	S. 8
Helden der Solidarität	S. 8
WAZ-Gruppe zensiert Todesanzeigen	S. 8
Gesinnungsschatz: Vom „Radikalenerlaß“ zur „Abwicklung“	S. 9
Foltern in der Bundeswehr	S.10
Was ist eigentlich Terrorismus?	S.11
Waren Partisanen Brandstifter und Plünderer?	S.12
„Eine Wohnung wie zu Honeckers Zeiten“	S.12
Wer kann in seinem Leben schon ein Dickhäuter-Haus bauen?	S.13
Grenzsicherung 1952: Speckseiten in der Rappoldsburg	S.14
A und O der Niederlage: der Zustand der Parteien	S.15
Erfahrungen eines altgedienten Lehrers	S.16
Die Sicht des Spanienkämpfers Fritz Teppich (1)	S.17
Was hat es mit den „wiedergeborenen Christen“ auf sich?	S.18
Ist Juschtschenkos Frau eine CIA-Agentin?	S.19
Brief aus Kiew	S.20
Der ukrainische Faschismus	S.20
Die Mär von Iraks „Massenvernichtungswaffen“	S.21
Über kommunistische Positionen in der Irak-Frage	S.22
Venezuela: Vom Scheitern zweier Putschversuche	S.23
Erfolgreiche Zusammenarbeit China – Kuba	S.23
Wie ich Afghanistan wiederfand	S.24
Bush bläst zum Kesseltreiben gegen Iran	S.25
Wie der Angriff auf Jukos abgeschlagen wurde	S.26
Warum die Türkische KP gegen den EU-Beitritt Ankaras ist	S.26
Zum 75. Geburtstag Herbert Nachbars	S.27
„Im herben Duft der Oliven“	S.27
Archie und der „radelnde Clochard“	S.28
Leserbriefe	S.29
Anzeigen / Impressum	S.32

Nach Monaten des Anlaufs konstituierte sich nunmehr die „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) als Partei. Initiiert und getragen von in Westdeutschland beheimateten Kritikern der Schröderschen Politik des Sozialkahlenschlags tritt sie als Protestpartei an. Wohlwollende Kommentatoren sehen in ihr eine „Bereicherung der deutschen Parteienlandschaft“. Linke in der PDS bewerten sie gar als „wichtigen Ansatz im Kampf um die politische Unabhängigkeit der Lohnabhängigen und des neuen Sozialproletariats“. („junge Welt“, 4. 1. 05). Aber wenn es auch begrüßenswert ist, daß linke Sozialdemokraten und Gewerkschafter in dieser Form ihre Kräfte bündeln, um wirksamen Widerstand gegen die Offensive der politischen Willensvollstrecker des Großkapitals zu leisten: zu überschwinglichen Erwartungen besteht

änderten die Müntefering und Co. ihre Taktik. Als gewiefte Politprofis dürfte ihnen nicht entgangen sein, daß der lästige „Störfaktor WASG“ für sie sogar einen Gebrauchswert haben und den eigenen Ambitionen durchaus nützlich sein könnte. Fortan mäßigten die SPD-Oberen zu nächst Tonart und Massivität ihrer Angriffe gegen die WASG. Diese Zurückhaltung nahm zeitweilig Ausmaße an, daß man sie beinahe (aber unzutreffend) als Duldung hätte deuten können. Da erschien es gar nicht so abwegig, was aus Kreisen der WASG geäußert wurde. Diese nämlich mutmaßten, daß die SPD-Spitze nunmehr darauf aus sei, die WASG als Instrument zu nutzen, mit dem sich oppositionelle Kräfte spalten und gegeneinander ausspielen ließen. Wobei es ihnen vor allem darum gehen dürfte, einen „Abfluß“ kritischer Sozialdemokraten und Gewerk-

Ihr Kalkül ergänzte die SPD-Führung vorsorglich durch Maßnahmen der Schadensbegrenzung. Einem allzu empfindlichen Aderlaß beugte sie vor: Mit Berufung auf die SPD-Satzung, die es den Mitgliedern verbietet, sich in anderen Parteien zu engagieren oder „Vereinigungen, die gegen die SPD wirken“, zu unterstützen, beschwor sie unmittelbar vor der WASG-Parteigründung verdrossene Mitglieder, sich dennoch parteitreu zu verhalten. Wer dieses Unvereinbarkeitsgebot übertrete und mit der Abtrünnigenpartei – so oder so – kungele, schließe sich damit selbst aus der SPD aus. Man kennt in der Chefetage des Willy-Brandt-Hauses seine Pappenheimer nur zu gut und weiß, daß selbst die meisten Schröder-Kurs-Verdrossenen aus lieber Gewohnheit an Bord des zwar schäbig gewordenen, aber anscheinend unsinkbaren SPD-Dampfers bleiben, als auf ein WASG-Boot zu wechseln, das seine Seetüchtigkeit in den kommenden politischen Stürmen erst noch beweisen muß. Den ersten dieser Stürme dürfte die WASG schon im Mai bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zu bestehen haben. Obwohl sie ein „respektables Ergebnis“ anpeilt, wird ihr Start zusätzlich dadurch erschwert, daß auch die PDS in diesem Bundesland antritt und, trotz mancher inhaltlichen Übereinstimmung, ihr Konkurrent sein wird. Gegeneinander von Linkskräften also, genau wie von der SPD-Spitze bezweckt. Das aber bedeutet: Die Rechnung der Schröder, Müntefering und Kumpanei könnte aufgehen. WASG wie PDS müßten bei solcher Konstellation die Verlierer sein. **Wolfgang Clausner**

SPD betrachtet WASG als Störfaktor mit Gebrauchswert

kein Anlaß. Wortführer der WASG haben selbst wiederholt deutlich gemacht, daß sie sich als „Sozialstaatspartei“ versteht. Ihre politischen Ziele decken sich in etwa mit denen, wie sie die „alte“, am Godesberger Programm orientierte Sozialdemokratie vertrat. Insofern bleibt sie auch als Protestpartei im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems. Die „Bereicherung“ der Parteienlandschaft ist also allenfalls quantitativ. Qualitativ ist sie es nicht. Dennoch wäre es unklug, wollte man unter den gegebenen Umständen das Entstehen der WASG negativ bewerten. Man kann immerhin davon ausgehen, daß sich ihre Mitgliedschaft überwiegend aus subjektiv ehrlichen, kapitalismuskritischen Kräften zusammensetzt.

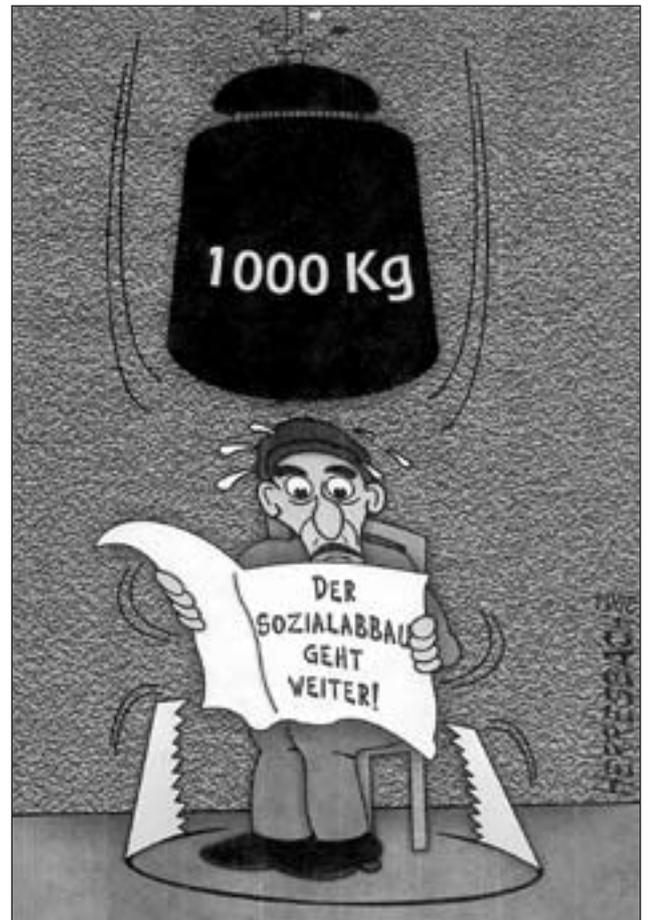
Die SPD-Führung scheute keine Mühe, um der WASG noch im Embryonalzustand das Lebenslicht auszublauen. Kaum hatten deren Initiatoren ihre anfangs noch recht vagen Vorstellungen geäußert und sogar Bereitschaft erkennen lassen, auf ihr Projekt zu verzichten, wenn die SPD-Spitze einen politischen Kurswechsel weg von der Schröderschen „Agenda 2010“ vollziehe, da zeigten ihnen die Willy-Brandt-Haus-Herren den großen Knüppel: Sie diffamierten massiv die Abtrünnigen, drohten ihnen mit Parteischiedsgericht und Ausschußkeule. Als Zuchtmeister spielte sich insbesondere Parteichef Müntefering auf.

Doch die Einschüchterungs- und Erpressungsversuche fruchteten nicht. Statt dessen fanden sich mehr und mehr Interessenten für das WASG-Projekt. Sie sind entschlossen, das Vakuum links von der SPD zu füllen. Was zunächst Verein war, wurde schließlich parteifähig.

Als die SPD-Zentrale begriff, daß sie diese Entwicklung nicht aufhalten konnte,

schafter zur PDS zu verhindern. Deren Kanalisierung in Richtung WASG wäre somit ein wirksamer Schachzug, um die demokratischen Sozialisten 2006 nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kommen zu lassen und so deren Wiedereinzug als Fraktion in den Bundestag zu verhindern.

Es wäre sogar denkbar, daß die WASG die PDS zusätzlich schwächen könnte. Denn: In ihrer „Wahlpolitischen Alternative 2006“ legt sich die WASG eindeutig darauf fest, als Opposition zu wirken und nicht mit einer möglichen Beteiligung an einer Regierungskoalition zu liebäugeln (ND, 18. März 2004). Damit unterscheidet sie sich ganz wesentlich von der PDS, die – siehe Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – allzu bereitwillig das Opponieren bleiben läßt oder allenfalls nur halbherzig noch betreibt, so ihr Regierungsteilhabe eingeräumt wird. Es fehlt deshalb weder an PDS-Mitgliedern noch -Wählern, die so wie Rouzbeh Taheri (bis 2003 Mitglied des PDS-Parteivorstandes und nun im Berliner Landesvorstand der WASG) die Glaubwürdigkeit der PDS anzweifeln, weil zwischen „dem, was sie sagt und dem, was sie tut“, eine Lücke klafft. (ND 19. 11. 04).



Zu diesem Thema sprach der namhafte Philosoph **Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Heinz Holz** unlängst in einer auch von jungen Gästen besuchten Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Rostock. Nachfolgend einige Hauptgedanken seines Vortrags.

Unsere Zusammenkunft betrifft eine sehr aktuelle Diskussion, die 1990, in der Zeit der Konterrevolution, mit den dümmlichen Worten eines ehemaligen bundesdeutschen Ministers begann: Marx sei tot, Christus lebe. Als ob eine theoretische Position dadurch widerlegt wäre, daß ihre Realisierung unter praktischen Bedingungen nicht sofort zum Erfolg geführt hat. Die Möglichkeit des Fliegens ist ja auch nicht dadurch widerlegt, daß die American Airlines Konkurs machten. Alles, was der vorläufige Sieg der Konterrevolution belegt, ist die Tatsache, daß es in einer äußerst widerspruchsvollen Weltsituation zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Theorie gekommen ist. Es liegt im Wesen der Geschichte, daß in jeder Entwicklung Rückschläge eintreten können, die unter Umständen den geraden Weg zum Fortschritt unterbrechen.

Sicher war es eine utopistische Formulierung, wenn man in der DDR auch in der Theorie meinte, die Entwicklung zum Sozialismus sei unumkehrbar. Geschichte bewegt sich nun mal in Widersprüchen; da gibt es keine eindeutig vorbestimmten Wege. Unumkehrbar ist lediglich die Alternative „Sozialismus oder Barbarei“, auf die schon Rosa Luxemburg aufmerksam machte. Überall stoßen wir heute auf Phänomene, die die Fortexistenz der menschlichen Gattung in Frage stellen. Unter diesen Bedingungen ist die Tendenz zum Sozialismus eine Möglichkeit, die jedoch nur siegen wird, wenn sich die Menschheit entsprechend engagiert. Dafür ist der Marxismus die theoretische Voraussetzung zu richtigem praktischem politischem Handeln.

Dies bleibt natürlich Behauptung, wenn man sie nicht wissenschaftlich begründen kann. Das unterscheidet den Marxismus von allen anderen Weltanschauungen: Er verkündet keine Vision, keine Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft. Der historische Materialismus bietet uns die wissenschaftlich nachprüfbare Begründung dafür, warum nur der Sozialismus die Alternative zu der in den Prozeß der Selbstzerstörung eingetretenen kapitalistischen Gesellschaft ist.

Das Marxsche Konzept beginnt mit ganz elementaren Voraussetzungen. Alle Lebewesen müssen, um fortzuexistieren, in einen Stoffwechselprozeß mit der Natur treten. Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das die in der Natur vorgefundenen Stoffe nicht einfach konsumiert, sondern über den Weg der Produktion so umformt, daß sie seinen Bedürfnissen immer besser entsprechen. Das fing mit Ackerbau und Viehzucht an und entwickelte sich schrittweise zu einem System der umgestalteten Natur. Dabei muß sich der Mensch den Naturgesetzen, dem Regelablauf der natürlichen Entwicklung fügen und wird so zum Vollstrecker von Möglichkeiten,

die in der Natur liegen. Diesen Prozeß konnte die Menschheit nur bewältigen, indem sie sich geeignete Werkzeuge und Hilfsmittel, Produktionsmittel schuf. Der Weg vom Faustkeil zur Computertechnologie charakterisiert die dauernde Weiterentwicklung der Produktionsmittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Auf diesem Wege treten die Menschen in einen Prozeß der Kooperation miteinander ein, in eine arbeitsteilige Produktion, die den einzelnen gar nicht mehr überlebensfähig macht, sondern ihn an die gesellschaftliche Organisation der Arbeit bindet. Die materiellen Verhältnisse, Produktionsverhältnisse, sind der Schlüssel, die Basis, auf der alles menschliche Leben beruht. Sie benötigen ihrerseits wiederum Regelwerke, die sich als Überbau über die Produktionsverhältnisse legen. Diese Ableitung ist sowohl hinsichtlich ihrer Schlüssigkeit als auch der Stufenfolge unwiderlegt. Da kann man noch so

sellschaften setzte sich die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in Eigentum um. Im Zuge der Herstellung dieser Eigentumsverhältnisse entstanden gleichzeitig herrschende und beherrschte Klassen, Herr-und-Knecht-Verhältnisse. Weil diese Analyse der gesellschaftlichen Strukturen der Wahrheit entspricht, ist der Marxismus nicht überholt und auch nicht überholbar.

Das heißt natürlich nicht, daß etwa das von Marx und Lenin benutzte statistische Material heute nicht obsolet wäre – das hat aber nichts mit der Aufdeckung der Strukturen zu tun, die von ihnen geleistet wurde. Natürlich haben sich die Erscheinungsformen des Imperialismus geändert. Wenn wir uns heute also z. B. in der Programmkommission meiner Partei, der DKP, lebhaft darüber wissenschaftlich streiten, wieweit die Leninsche Imperialismustheorie noch geeignet ist, die aktuellen Prozesse zu erklären, dann muß

Ist der Marxismus überholt?

oft wiederholen, Marx sei tot, was er aber entwickelt hat, ist eine Wahrheit – und eine Wahrheit stirbt nicht.

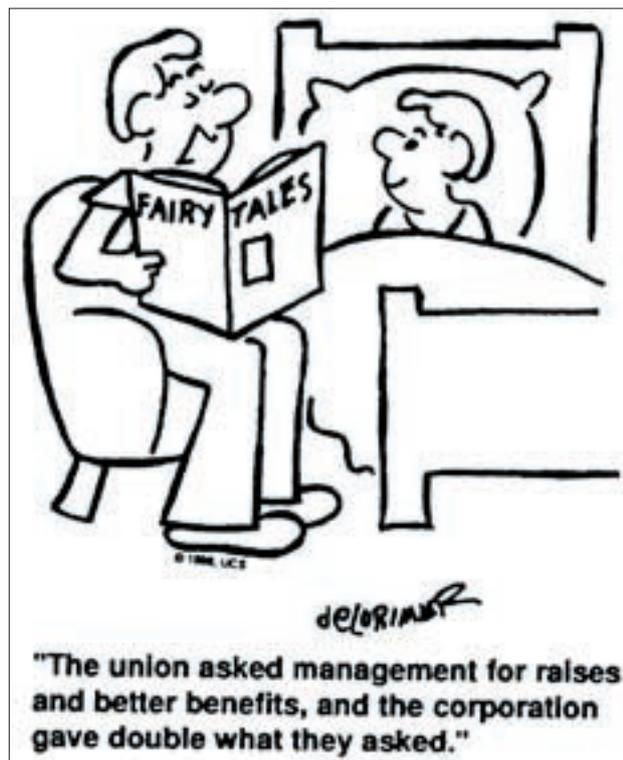
Zum entscheidenden Moment für die Struktur der Produktionsverhältnisse wurde der Besitz von Produktionsmitteln oder die Verfügungsgewalt über sie. Mit dem Übergang zu den ersten Klasse-

sorgfältig zwischen Wesen und Erscheinung unterschieden werden. Es geht auch heute noch um die Widersprüchlichkeit zwischen der Tendenz zur immer stärkeren Konzentration einerseits und der aus dem Kapitalismus nicht wegzudenkenden Konkurrenz zwischen den Kapitalgruppen andererseits. Wir sind unmittelbar Zeuge,

wie der Machtkampf zwischen den größer werden den Kapitalgruppen zum bestimmenden Moment der Auseinandersetzungen um die Märkte dieser Welt wird.

Es ist ein Teil der Ursachen für den Untergang der sozialistischen Länder Europas, daß über diese Grundfragen keine nachdrücklichen wissenschaftlichen Reflexionen mehr stattfanden. Die Vernachlässigung der theoretischen Arbeit war sicher eine der Ursachen, daß der Sozialismus in der entscheidenden Auseinandersetzung so wenig Widerstandskraft aufbieten konnte. Für uns als Marxisten ist und bleibt die Theorie ein unabdingbarer Bestandteil der Politik. Insofern haben wir allen Grund, an ihr mit Nachdruck und unter Verwertung der heute vorliegenden Erfahrungen weiterzuarbeiten.

Bericht:
Frank Mühlfeldt



Märchenstunde: „Die Gewerkschaft bat das Management um Lohnerhöhungen und höhere Zusatzleistungen; der Konzern aber gab das Doppelte von dem, worum er ersucht worden war.“

Aus: „The Guardian“, Sydney

Unter den Gründen für die Gewährung des Status der Gemeinnützigkeit des RF-Fördervereins wird die politisch-kulturelle Bildungsarbeit an erster Stelle genannt. In den dreieinhalb Jahren der Existenz unseres Vereins hat dieser eine Vielzahl wichtiger Kenntnisse vermittelt. Originelle Veranstaltungen mit insgesamt Tausenden Teilnehmern haben in vielen Landesteilen – zwischen Hamburg und Jena – stattgefunden. Ende 2004 wurde vom Vorstand der Beschluß gefaßt, eine Bildungskommission ins Leben zu rufen. Warum erweist sich das als zweckmäßig und notwendig?

Eindeutig hat die Qualität der propagandistischen und publizistischen Tätigkeit in den letzten Jahren ständig zugenommen. Viele unserer Mitstreiter wirken als Multiplikatoren, verbreiten Beiträge der Zeitschrift und tauschen in den wachsenden Regionalgruppen und darüber hinaus ihre Erfahrungen aus. Es ist schon so, wie immer wieder in Leserbriefen zum Ausdruck kommt: In dieser erdrückend manipulierten und nivellierten Medienland-

wir eine Art Gegenzentrale zur Bundeszentrale für politische Ver-Bildung. Auf diese erfolgreiche Arbeit kann die neue Kommission aufbauen. Ihre Aufgaben bestehen in der Verbreitung von theoretischen Grundkenntnissen des Marxismus, nicht zuletzt unter interessierten jüngeren und jungen Menschen, wobei wir mit dem Studium wichtiger Aspekte des Manifests der Kommunistischen Partei beginnen wollen. Wir haben beschlossen, künftig regelmäßig theoretische Beiträge zur wissenschaftlichen Weltanschauung im gedruckten „RotFuchs“ und auf seiner Internetseite zu veröffentlichen. Besonders wichtig erscheint uns die Unterstützung der Regionalgruppen bei der Vorbereitung von Veranstaltungen durch begleitende Beiträge und gezielten Referenten-Austausch. Nicht zuletzt geht es auch darum, an theoretischen Konferenzen befreundeter Organisationen teilzunehmen, um uns neue Überlegungen zu erschließen und den Förderverein aktiv zu vertreten.

vor Jahren begründet und in verdienstvoller Weise gestaltet – trat keinesfalls überraschend die Frage auf: Ist unser Anliegen, marxistische Kenntnisse zu vermitteln, überhaupt noch attraktiv?

Der Marxismus als Gesellschaftstheorie ist durchaus nicht gescheitert. Ob das „Manifest“, das „Kapital“ und vieles andere mehr: In den Werken unserer Klassiker Marx, Engels und Lenin steckt eine gründliche Analyse des Kapitalismus, des Imperialismus, seiner Struktur und der barbarischen Folgen seiner Entwicklung. Ziele, Herausforderungen und Inhalte für eine sozialistische Gesellschaft sind in marxistischen Werken vorgezeichnet. Seinem Wesen nach ist der Marxismus eine Philosophie des Vertrauens zu den Menschen. Die schweren Niederlagen des sozialistischen Aufbaus in Europa und anderen Ländern sind keineswegs unserer Weltanschauung anzulasten, sie ereigneten sich trotz beeindruckender Erfolge wegen des Abweichens vom Marxismus und einer Reihe von Defiziten unserer Arbeit. Sie waren nicht zuletzt der Aktion des Gegners geschuldet, der die historische Alternative Sozialismus unter allen Umständen zu beseitigen trachtete.

Unbestritten ist, daß der Marxismus keine dogmenhaft monopolisierte, sich in Ritualen erschöpfende Staatsreligion ist. Wer sich ihm widmet, ist allen humanitären Gesellschaftstheorien gegenüber aufgeschlossen und ihrer gedanklichen Verarbeitung zugetan. Marxisten bleiben bei ihrem Credo: Es geht stets um die Ausweitung von Freiheit und Gleichheit. Eine Freiheit ohne Gleichheit, vor allem ohne gleiche soziale Entwicklungschancen, ist Unfreiheit.

Kein Marxist ist etwa der törichten Ansicht, seine Ideologie sei eine in sich abgeschlossene, sich selbst genügende Lehre. Im Gegenteil! Es entstehen immer wieder neue Herausforderungen und Widersprüche. Es entwickeln sich gesellschaftliche Prozesse und Fragen, für deren Lösung es keine Rezepte gibt. Im Herangehen an sie bedienen wir uns der dialektischen Methode.

Bei der Vorbereitung von Entscheidungen geht es um ein Höchstmaß kollektiver Streitkultur. Einmal gefaßte Beschlüsse wie der Marxismus überhaupt verwirklichen sich nicht im Selbstlauf, sondern bedürfen unablässiger Anstrengungen und erforderlicher Korrekturen. Der Marxismus ist praxisnah, anschaulich und theoretisch fundiert zu vermitteln. Bei seiner Umsetzung zeigen sich Erfolge, sind aber auch Niederlagen nicht ausgeschlossen. Werden diese ohne depressive Trauerarbeit kritisch verarbeitet, bereiten sie oftmals den Boden für künftige Erfolge. Ein Rat vieler geistig jung gebliebener älterer „RotFuchs“: Wir waren und sind noch Zeitzeugen der Verbreitung des Marxismus und des Sozialismus in der DDR. Eine solide Bildung, von einer Generation an die nächste weitervermittelt, könnte eine der wirksamsten Formen der gesellschaftlichen Staffettenübergabe sein.

Bildungsarbeit – oberste Priorität des RF-Fördervereins

schaft erweist sich der „RotFuchs“ als ein notwendiger Kompaß. Er verbreitet marxistisches Gedankengut und regt zu neuen Überlegungen an. Die Zeitschrift macht geistig immun gegen die Verfälschung und Umdeutung historischer Wahrheiten, führt zur objektiven Aufarbeitung der Vorzüge und Defizite marxistischer Politik und ist konstruktiv, ohne Dogmen und Illusionen, einer sozialistischen Zukunft zugewandt. Die „RotFuchs“ sehen die jetzigen kapitalistischen Zustände nicht als das letzte Kapitel der Geschichte an. Dabei unterschätzen sie nicht die Rigorosität und Raffinertheit der antisozialen Finanzdiktatur und ihrer Medien. Die Leserdiskussion über die Konterrevolution gegen die DDR ist dafür ein jüngstes Beispiel. Im „RotFuchs“ werden Kriege noch als Kriege charakterisiert, wird flächendeckender Sozialabbau beim Namen genannt und nicht als Reform verbrämt, bezeichnet man Nullwachstum weiterhin als Stagnation. In gewisser Weise sind

Mit dem personellen Aufbau der Bildungskommission wurde bereits begonnen. Zu ihr gehören bekannte Wissenschaftler, Autoren und Parteipraktiker. So konnte z.B. Prof. Dr. Götz Dieckmann gewonnen werden. Noch fehlen uns Fachleute mancher Disziplinen, u. a. marxistische Naturwissenschaftler und Soziologen, natürlich auch Nachwuchstalente.

Wie werden wir die marxistischen Erkenntnisse vermitteln? Keineswegs fangen wir bei Null an. Viele von uns verfügen über Erfahrungen auf wichtigen Gebieten. Beim Studium des Kommunistischen Manifests wird uns die bekannte Einführung von Prof. Hermann Duncker helfen. Vordringlich sind dabei solche Grundfragen wie die Entwicklung und Deformation des Kapitalismus sowie die Notwendigkeit des Wirkens einer marxistischen Partei.

Auch im Zusammenhang mit der künftigen RF-Rubrik „Wissenschaftliche Weltanschauung“ – Prof. Ulrich Huar hatte sie

Neues Konto

Ab 1. März haben wir ein neues Konto bei der Berliner Sparkasse. Inhaber ist der „RotFuchs“-Förderverein e.V. Die Bankleitzahl lautet 100 500 00, die neue Kontonummer: **2 143 031 400**. Noch auf das alte Konto (W. Metzger) eingehende Überweisungen werden auf das neue Konto überführt.

Am 3. März 2005, um 14.30 Uhr, spricht der langjährige Botschafter der DDR in China

Rolf Berthold

auf einer „**RotFuchs**“-Veranstaltung in **Teterow**, Gasthof des Kulturhauses, zur **Politik und Entwicklung der VR China**. Mitglieder, Leser und Interessenten sind herzlich eingeladen.

Prof. Dr. habil. Harry Milke

Eine „Kurzbiographie“ Karl Kautskys aus dem Jahre 1902 vermeldet: „Kautsky, Karl Johann, socialistischer Schriftsteller, geb. 16. Okt. 1854 zu Prag, besuchte 1874–78 die Universität Wien, wo er Geschichte und Philosophie hörte, und schloß sich bereits 1874 der Socialdemokratie an, für die er seither thätig gewesen ist. Er gehört zu den entschiedensten Vertretern der sogenannten Marxistischen Richtung und wirkt hauptsächlich für die Popularisierung und Fortentwicklung der Ideen von Marx und Engels. 1880–82 war er in Zürich publizistisch thätig, 1883 begründete er mit dem Buchhändler Dietz in Stuttgart die socialistische Revue „Die neue Zeit“, die er eine Zeit lang (1885–88) von London aus leitete und seit 1890 in Stuttgart, seit 1897 in Berlin-Friedenau redigiert. Er schrieb unter anderm ...“ und es wird eine ganze Reihe seiner bis 1902 erschienenen Schriften aufgeführt.

Obwohl in der DDR außer Kautskys „Thomas Morus“, den „Vorläufern des neueren Sozialismus“ und der Schrift „Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert“ keine weiteren seiner Arbeiten neu aufgelegt wurden, war es jedem Interessierten möglich, sich, angefangen von der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus den sechziger Jahren bis hin zum ersten Band der „Geschichte der SED“ von 1988, Einblicke in das Leben und das Werk Karl Kautskys zu verschaffen.

Kautsky wurde von den „SED-Historikern“ nicht als Unperson behandelt. Er wurde weder verschwiegen noch wurden in seiner Biographie nur die „dunklen Punkte“ (Zentrist, Renegat, Antikommunist) benannt oder sein ganzes Leben und Wirken von diesen „dunklen Punkten“ aus umgeschrieben. Kautsky wurde in der DDR-Literatur auch nicht als Renegat und politischer Bösewicht von Jugend an charakterisiert, wie das in der sowjetischen Historiographie mit vielen Kampfgefährten Lenins geschah. Seine großen Leistungen fanden durchaus Anerkennung; ob genügend, sei dahingestellt. Eine Kautsky-Biographie kam allerdings erst 1993 von einem Historiker heraus, der an der KMU in Leipzig gewirkt hatte.

In Rückblicken der SPD auf ihre Geschichte wird Kautsky nicht erwähnt (jedenfalls nicht in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts). Heute erst recht nicht. Etwa aus Angst vor seinen revolutionären Ideen, die heute allein bei ihrer Postulierung oder – Gott behüte – bei einem Versuch zu ihrer Verwirklichung sofort ins Visier des Verfassungsschutzes und der kapitalhörigen Presse geraten würden? Denn an Kautsky zu erinnern schließt ja die Besinnung an Marx und Engels, an das Erfurter Programm von 1891 und viele seiner revolutionären Gedanken vor 1914 ein.

Als Lenin bei seinen Studien in der ersten Hälfte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts Schriften Karl Kautskys kennenlernte, war dieser bereits ein anerkannter Theoretiker des Marxismus. Dessen Arbeiten, ob in der „Neuen Zeit“ oder als Einzelarbeit erschienen, wurden

zusammen mit den Werken von Marx und Engels, mit Arbeiten von Plechanow und anderen ein Hauptobjekt der Studien Lenins.

An Beispielen soll gezeigt werden, wie Arbeiten von Kautsky durch Lenin ausgewertet wurden, um sie für den Kampf der russischen Revolutionäre zu nutzen, wie er Anregungen aus ihnen entnahm, wie er sogar Gedanken übernahm. Deren Herkunft wurde von Lenin nicht verschwiegen, sie galten vielfach aber als originäre Formulierungen Lenins.

Zum ersten Mal erwähnte Lenin eine Arbeit von Kautsky in seinen „Volksfreunden“ von 1894, und zwar dessen Buch „Karl Marx' ökonomische Lehren“ (Stuttgart 1887). Darin schrieb Lenin: „Die Sozialdemokratie, sagt Kautsky mit vollem

Die handschriftliche Übersetzung machte die Runde bei den Verbannten und erschien 1905 und 1906 auch in gedruckter Form.

Lenin nutzte Kautskys Arbeiten also für die Zurückdrängung der verschiedenen Spielarten des Opportunismus und für die Verbreitung des Marxismus in der Arbeiter- und Befreiungsbewegung in Rußland und damit für die ideologische Vorbereitung der revolutionären Partei. Sie spielten auch eine große Rolle für die programmatischen Grundlagen dieser Partei.

Im Oktober 1901 übersandte Lenin Plechanow die „Neue Zeit“ mit Artikeln von Engels und Kautsky zum Erfurter Programm der SPD von 1891, damit dieser sie für die Ausarbeitung des Programms der

Zum Verhältnis Lenin – Kautsky (1)

Recht, ist die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus.“

Fünf Jahre später vertiefte Lenin diesen Gedanken: „Die Sozialdemokratie reduziert sich nicht auf einfachen Dienst an der Arbeiterbewegung: sie ist die ‚Vereinigung von Sozialismus und Arbeiterbewegung‘ (um die Definition K. Kautskys zu gebrauchen, die die Hauptideen des ‚Kommunistischen Manifests‘ wiedergibt) ...“ Daraus wurde in den folgenden Jahrzehnten die These von der führenden Rolle der revolutionären Partei der Arbeiterklasse als Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung, die Lenin zugeschrieben wurde.

Oder die These von der Notwendigkeit des Hineintragens des sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse. Sie wird ausführlich in Lenins „Was tun?“ begründet. Auch hier ist eine Urheberchaft Kautskys nicht auszuschließen.

Im Vorwort zur „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899 in der sibirischen Verbannung beendet) bedauerte Lenin, daß er für sein Buch nicht mehr Kautskys ausgezeichnete Analyse der Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft in dessen Buch „Die Agrarfrage“ von 1899 nutzen konnte. Denn Kautskys „Agrarfrage“ sei „nach dem dritten Bande des ‚Kapitals‘ die hervorragendste Erscheinung der neueren ökonomischen Literatur“.

Noch ehe Bernsteins Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ nach Lenins Verbannungsort Schuschenskoje gelangte, erhielt dieser Kenntnis von der Broschüre Kautskys „Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik“. Als Lenin ein Exemplar der Broschüre für zwei Wochen ausgeliehen bekam, wurde diese in Tag- und Nacharbeit übersetzt.

SDAPR nutzen könne. Lenin war natürlich bekannt, daß der politisch-theoretische Teil des Erfurter Programms von Kautsky verfaßt worden war. Aus den Debatten mit Plechanow zu den Entwürfen für das Programm der SDAPR, darunter auch zur Diktatur des Proletariats, wird nicht ersichtlich, daß Lenin deren Nichterwähnung im Erfurter Programm angemerkt und damit Kautsky angekreidet hat. Meines Erachtens sind die beiden entscheidenden Forderungen im Erfurter Programm von 1891 und im Programm der SDAPR, das vom II. Parteitag 1903 beschlossen wurde, wesensgleich. Zum Vergleich:

Erfurter Programm 1891: „Sie (die Arbeiterklasse) kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“ Politische Macht und Diktatur des Proletariats waren für Engels wie für Kautsky Synonyme und politische Macht die Voraussetzung für die soziale Revolution.

Programm der SDAPR 1903: „Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d. h. die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die es befähigen wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken.“

Erst Jahre später wurde von Lenin auf das Fehlen der Formulierung Diktatur des Proletariats sowie einer Passage über das Zerbrechen des alten Staatsapparats im Erfurter Programm aufmerksam gemacht (bei der Vorbereitung von „Staat und Revolution“), was dann wiederum als kritische Anmerkung in allen Abhandlungen in der DDR zum Erfurter Programm erschien, zumeist ohne Lenin zu nennen.

Die zahlreichen Leserbriefe im „RotFuchs“ zu dem Aufsatz von Prof. Wachowitz, „Warum erreichten wir keine ökonomische Überlegenheit?“ (Nr. 80), beweisen, daß diese Frage viele Genossen bewegt. Deshalb kann das Thema nicht ad acta gelegt werden. Das darf es auch deshalb nicht, weil die Schlußfolgerungen des Autors wenig Mut auf gesellschaftliche Veränderungen machen. Das sage ich, obwohl ich mit ihm übereinstimme, soweit er den Ablauf der sichtbaren Prozesse zur Planung und Leitung der Volkswirtschaften in der UdSSR und der DDR schildert. Um der gestellten Frage nachzugehen, ist jedoch mehr nötig, nämlich die Ausgangs-

All das entwickelte sich in einer historisch einmalig kurzen Frist. Denn die Jahre des postrevolutionären Bürgerkrieges, des Großen Vaterländischen Krieges, die dauerhaften Anstrengungen, um die Folgen einer Politik der verbrannten Erde zu beheben, waren für die Sowjetunion verlorene Zeiten, in denen keine Erfahrungen bei der Leitung eines sozialistischen Landes auf hohem Niveau gesammelt werden konnten. Nichtsdestotrotz zeichnete die Volkswirtschaft der UdSSR in all den Jahren des Aufbaus Zuwachsraten, von denen die kapitalistischen Länder nur träumen konnten. So lehrte die sowjetische Wirtschaft die Kapitali-

lismus die gleichen Prozesse. Angesichts der tristen wirtschaftlichen Substanz in der ehemaligen Ostzone räumten ihr Wirtschaftsfachleute keine Chancen ein. Dennoch hat die DDR innerhalb weniger Jahrzehnte für ihre Bevölkerung einen durchschnittlich hohen Lebensstandard erreicht, trotz ihrer Rohstoffarmut, trotz anscheinend unüberbrückbarer Mißverhältnisse im hinterlassenen Industriegefüge des Landes, trotz enormer Reparationsleistungen an die UdSSR und der Demontage noch übriggebliebener Industrieanlagen, trotz der Verluste an intelligentem Arbeitsvermögen infolge Abwanderungen bzw. Abwerbungen und schließlich ohne Hilfe von außen, wie sie die Bundesrepublik aus politischen Gründen reichlich erfahren hatte. Das alles spricht nicht gegen die Form des sozialistischen Wirtschaftens, sondern im Gegenteil für sie. Leider wiederholten sich auch die Fehleinschätzungen, wenn auch nicht in dem gleichen Maße und aus derselben Perspektive. Die Anpassung der Wirtschaftsleitung an die aufkommende wissenschaftlich-technische Revolution erfolgte relativ spät. Gewisse Formen der volkswirtschaftlichen Planung und Leitung wurden in ihrer Wirkung auf die Ökonomie maßlos überschätzt, andere wiederum unterschätzt. Als Entschuldigung dafür mag ich gar nicht gelten lassen, daß dem Kapitalismus jahrhundertlang Erfahrungen zur Verfügung standen, während dem Sozialismus nur wenige Jahrzehnte dafür verblieben. Indes, diese Umstände bremsen allenfalls die Geschwindigkeit eines wirtschaftlichen Aufschwungs, sie waren nicht entscheidend. Das war vielmehr die Aussichtslosigkeit für die DDR, an der internationalen Arbeitsteilung fruchtbringend teilzuhaben. Die DDR als Industrieland war viel zu klein, um unter den Bedingungen des hohen Standes von Wissenschaft und Technik in der Welt autark sein zu können. So vermochte sie auf einem bestimmten Niveau ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr die Vorzüge des Sozialismus vollständig auszureizen. Nun wissen wir, daß die Arbeitsteilung im RGW – die Produktionsspezialisierung und Kooperation – nicht funktionierte, weil sie ein annähernd gleich hohes technisches und ökonomisches Niveau voraussetzte, um allen Ländern zum Vorteil zu gereichen. Und wir haben auch bitter erfahren, daß wir darüber hinaus brutal von einer für uns nützlichen internationalen Arbeitsteilung ausgeschlossen wurden oder sogar im Wege des internationalen Handels auf Teile des Nationaleinkommens verzichten mußten. Die aufgeworfene Frage läßt sich folglich nicht, und schon gar nicht allein, aus dem Blickwinkel der Administration einer Volkswirtschaft beurteilen. Umgekehrt halte ich es für erwiesen, daß die Triebkräfte im Sozialismus, wenn sie sich über längere Zeiträume als ihnen vergönnt waren, ganz und gar entfalten können, den Triebkräften des Kapitalismus, dem Profitstreben, weit überlegen sind.

Dr. Manfred Böttcher

Worin unser System dem Kapitalismus überlegen war

situationen, die weltpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die gesetzten Ziele sowie die geschichtlichen Zeitabläufe zu werten und zu würdigen.

Mit Bestimmtheit wäre das volkswirtschaftliche Geschehen innerhalb der Sowjetunion und ähnlich in den späteren sozialistischen Ländern anders verlaufen, hätte die Revolution in einem industriell und landwirtschaftlich hoch entwickelten Land gesiegt, anstatt in einem wirtschaftlich unterentwickelten, noch feudalistisch geprägten Agrarland. Auch würden sich mit Bestimmtheit für die Bevölkerung vorteilhaftere ökonomische Strukturen herausgebildet haben, wenn sich weltweit revolutionäre Prozesse vollzogen hätten. Dann wäre es den Volkswirtschaften erspart geblieben, einen hohen Anteil ihres Nationaleinkommens der Verteidigungskraft zu opfern.

Um so erstaunlicher und bedeutender sind die Fortschritte, die in der Sowjetunion vor allem auf wissenschaftlich-technischem und industriellem Gebiet erzielt worden sind. War nicht der erste Mensch im Weltraum ein Sowjetbürger? War nicht die erste Weltraumstation eine sowjetische? Waren nicht die medizinische Wissenschaft und überhaupt die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung vorbildlich für die ganze Welt?

sten sogar das Fürchten. Eingefleischte westliche Ökonomen rechneten der USA-Regierung vor, daß durch Leistungen der sowjetischen Ingenieure die UdSSR mehr Werkzeugmaschinen, und zwar mit dem halben Arbeitszeitaufwand gegenüber USA-Unternehmen, herstellte. In diesen Tatsachen erblickten sie generell Gefahren für ihr System. Indirekt forderten sie, die Vorzüge des Sozialismus, vor allem die planmäßige ökonomische Entwicklung und die hohe Konzentration der Produktion, zu übernehmen. Nebenbei diente diese Argumentation auch der Rechtfertigung einer noch verstärkten Monopolbildung und einer beschleunigten Zentralisierung des Kapitals in immer weniger Händen.

Die Erkenntnisse aus den ersichtlichen Vorzügen der sozialistischen Wirtschaft führten in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zur Maximierung des Profits, während sich in der UdSSR die grandiosen wirtschaftlichen Erfolge nicht mehr fortsetzten. Das hatte seine Ursachen in einer gewissen Verblendung der politischen Führung angesichts der riesigen Anfangserfolge und einer Ignoranz gegenüber den nötigen Konsequenzen für die Leitung und Planung der Wirtschaft unter den neuen Bedingungen aus Wissenschaft und Technik. In der DDR wiederholten sich beim Aufbau des Sozia-

Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos

will möglichst vielen ehemaligen Häftlingen aus Anlaß des **60. Jahrestages der Selbstbefreiung des Lagers** die Teilnahme an den Gedenkfeierlichkeiten ermöglichen. Spenden können bei der Sparkasse Mittelthüringen, Konto-Nr. 0301 009171, BLZ 820 51000, Kennwort: 60. Befreiungstag KZ Buchenwald, eingezahlt werden.

Zusammengebrochen oder besiegt?

Allenthalben ist zu hören, daß nicht nur die DDR, sondern auch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten Osteuropas „zusammengebrochen“ seien. Schon als junger Mensch hörte ich, auf Hitlerdeutschland bezogen, daß 1945 die Naziherrschaft zusammengebrochen wäre. „Nach dem Zusammenbruch ...“ bezeichneten viele Leute die weitere Entwicklung. Damals fragte ich mich, warum die Völker so viele Opfer für den Sieg erbringen mußten, wenn die Hitlerherrschaft am Ende doch von selbst zusammengebrochen sei. Das konnte so also nicht stimmen.

Der Zusammenbruch eines Gesellschafts-systems setzt voraus, daß der Staat als Machtinstrument seine Handlungsfähigkeit vollständig eingebüßt und von sich aus den Weg für die Nachfolger freigemacht hätte. Kein Staat im 20. Jahrhundert ist so zusammengebrochen. Sicher waren wesentliche gesellschaftliche oder staatliche Strukturen in dessen Endphase nicht mehr intakt. Die Lebensfähigkeit des Staates war dadurch gefährdet, angeschlagen, beeinträchtigt, gelähmt, doch immerhin noch ganz oder teilweise vorhanden. Die staatlichen Strukturen Nazi-deutschlands funktionierten bis zum Schluß, in einigen Fällen sogar darüber hinaus. Erst mit der völligen militärischen Niederlage, nachdem den letzten Faschisten die Waffen aus den Händen geschlagen worden waren, hatte der faschistische Staat sein Handlungsvermögen verloren. Zusammengebrochen war er nicht.

Auch die sozialistischen Staaten Europas einschließlich der Sowjetunion sind nicht einfach kollabiert. Sie bestanden bis zum Schluß. Besonders das Beispiel Jugoslawien zeigt, wie jener Staat über zehn Jahre versucht hat, sich zu behaupten. Selbst die dilettantisch initiierte Verhängung des Ausnahmezustandes im August 1991 in der UdSSR zeugte noch von einer durch Millionen gebilligten Aktion zur Rettung des Sowjetstaates. Die von den bürgerlichen Medien heute immer wieder angestellte Spekulation, es wäre möglicherweise zu einem Bürgerkrieg gekommen, falls der sozialistische Staat der Konterrevolution gewaltsam getrotzt hätte, deuten auf eine handlungs- und verteidigungsfähige Staatsmacht hin.

Die Behauptung vom Zusammenbruch einer Gesellschaftsordnung läßt die Frage nach inneren und äußeren Gegenkräften gar nicht erst aufkommen und wäre dadurch noch nicht einmal eine Kapitulation. Die Anwendung dieses Begriffs hat den Vorteil, daß jegliche Ursachenforschung

und die Frage nach eigener Verantwortlichkeit ausbleiben.

Die sogenannten Bürgerrechtler des Herbstes 1989 sprechen allerdings überhaupt nicht von Zusammenbruch. Für sie war es eine „Revolution“. Sie unterliegen nach wie vor der Vorstellung, allein die sozialistische Staatsmacht gestürzt zu haben. Aber auch das gehört in das Reich der Legende, denn bis zu den Märzahlen 1990 war der sozialistische Staat trotz tiefer Krise und schwerwiegender Souveränitätsverluste immer noch einigermaßen existent. Nicht zuletzt deshalb konnte der „Übergang“ relativ friedlich erfolgen. Daran war auch die BRD interessiert, und so wurde der Begriff Zusammenbruch erst später eingeführt. Damit sollte von ihrer Regie und der Fremdbestimmung

im Ganzen. Dadurch nahmen sie den DDR-treuen Kräften ihren wichtigsten Rückhalt. Die auflagenstärksten DDR-Presseorgane und andere Medien, die zuvor unter der Führung der SED gestanden hatten, überschlugen sich nun auf einmal in der Verleumdung dessen, wofür sie eingetreten waren. Die ersten „offiziellen“ Verunglimpfungen las ich damals in einer führenden Tageszeitung. Ein Interviewer sprach hier vom „berüchtigten MfS“. Es waren übrigens nicht „Bürgerrechtler“ oder die BRD-Justizorgane, die Erich Honecker und Erich Mielke als erste inhaftierten, nicht der konterrevolutionäre Mob, der verlässliche Genossen als „Kalte Krieger“, „Stalinisten“, „Betonköpfe“ und „Bremser“ beschimpfte und aus ihren Funktionen „abwählen“ ließ oder andere



Grafik: SHAHAR

dieses konterrevolutionären Umsturzes abgelenkt werden.

Zunehmend hört man aber auch aus Kreisen der Linken diese Vokabel. Das ist aber kein beiläufiger Erkenntnisfehler, sondern politische Absicht, um von der „... konterrevolutionären Aufgabe der DDR durch Reformsozialisten und moderne Sozialisten“ (Ingo Wagner, Eine Partei gibt sich auf, S. 165) abzulenken. Der „Zusammenbruch der DDR“ wird von ihnen als eine Art Gesetzmäßigkeit suggeriert, gegen die man nichts mehr unternehmen konnte. Mit solchem Gerede soll das kapitulantenhafte Verhalten bestimmter Politiker, das der Konterrevolution letztlich nach dem Sieg verhalf, verschleiert und nachträglich legitimiert werden. Sie zerschlugen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, zuerst in den Betrieben und bei den Sicherheitsorganen, dann

aus der Partei warf. Hohe staatliche und gesellschaftliche Funktionsträger, die immer noch SED-Mitgliedsbücher in der Tasche trugen, waren die Akteure. Sie verunsicherten breite Schichten ehrlicher und republiktreuer Menschen, stürzten sie in Orientierungslosigkeit und hilflose Defensive. Sie paralyisierten den Willen vieler, ihr sozialistisches Vaterland zu behaupten. Ohne diese Leute hätte die neudeutsche Konterrevolution kein so leichtes Spiel gehabt.

Die Geschichte zeigt aber auch, daß nach fast endlosen Fehlerdiskussionen nun auch die finstere Rolle der Nagys, Dubceks und Gorbatschows auf die Tagesordnung der Historiker gesetzt werden muß. Dann wird nicht mehr über Zusammenbruch, sondern über Renegatentum, Verrat und Konterrevolution zu reden sein.

Dr. Bernhard Majorow

Eine Sintflut und die „Hilfsbereitschaft“ der BRD

Jetzt wissen wir, was die Sintflut war, ist doch die biblische Legende in weiten Teilen ein Spiegelbild des realen Verlaufs der Menschheitsgeschichte. Ein viele Länder in Mitleidenschaft ziehendes Seebeben, das Mann und Maus verschlang, muß wohl auch damals stattgefunden haben. Daß man es nur als Strafe oder Fügung Gottes auszulegen vermochte, entsprach dem Kenntnisstand jener Zeit, wobei auch heute viele der Betroffenen – tief religiöse Menschen ohne Wissen um die größeren Zusammenhänge – das fürchterliche Geschehen in Indonesien, Sri Lanka, Indien, Thailand, den Malediven, Malaysia und sogar Somalia kaum anders zu deuten vermögen.

Auf die in Worten nicht zu beschreibende Tragödie – sie betraf auch Tausende von der bürgerlichen Berichterstattung nach vorne gestellte Touristen, vor allem aber die Völker der Region (Indonesien verlor allein über 170000 Menschen!) – ist in der westlichen Welt sehr unterschiedlich reagiert worden. Australien und Japan, in deren unmittelbarer Einflußsphäre das Mega-Ereignis eintrat, zeigten sich

besonders „spendabel“ und investierten auf Antrieb Hunderte Millionen Dollar in die humanitär getarnte Forcierung ihrer dortigen Interessen. Die USA offenbarten zunächst Knauserigkeit, zogen dann aber nach. Das Geld dürfte vor allem eigenen Unternehmen der Geberländer, die mit dem Zuschlag für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete rechnen können, zugute kommen. Auch das Pentagon begab sich in die Rolle des Retters. Besonders makaber: Dieselben Marineflieger, die sonst von ihren Flugzeugträgern nur zu Bombenabwürfen zu starten pflegen, spielten sich nun als sehnlichst erwartete Helfer in der Not auf. Ein Pilot sagte in die Kamera der ARD: „Im letzten Jahr habe ich Einsätze gegen Irak geflogen, jetzt bringe ich Lebensmittel nach Ace.“

Die BRD zögerte lange und knöpfte anfangs die Taschen zu. Nach mehrfachen Aufstockungen stellte sie dann magere 20 Millionen Euro zur Verfügung. Am Ende folgte ein Paukenschlag: 500 Millionen. Schröder suchte den Eindruck zu erwecken, als steche die „Solidarität“ seines Landes alles andere aus. Zugleich wurde

die Bevölkerung zu höchster Spendenbereitschaft aufgerufen. Das geschah oft in geschmacklosester Weise. Steinreiche Unterhaltungsstars warben auf turbulenten Rock- und Pop-Veranstaltungen für die Unterstützung der notleidenden Überlebenden. Selbst bei der Silvester-show am Brandenburger Tor wurde das in Jubelstimmung versetzte Publikum zu finanziellen Mitleidsbekundungen ermuntert. Die unaufdringliche und spontane Hilfsbereitschaft vieler Menschen war dennoch beeindruckend.

Der Hintergrund offizieller Mildtätigkeit: Beim Run um die Wiederaufbau-Profiten und beim Buhlen um mehr Einfluß und Präsenz will sich der „Exportweltmeister“ nicht hinten anstellen müssen. Denn die Imperialisten haben die Welt auch bei „humanitären Aktionen“ unter sich aufgeteilt. Und: Wo nichts investiert wird, ist künftig auch nichts zu holen. Die penetrant angepriesene „Solidarität“ der BRD ist in Wahrheit nichts anderes als ein Stück knallharter Machtpolitik, um die Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen. **K. S.**

Helden der Solidarität

In den Wochen vor dem Fest hat der eingetragene Verein Medizinische Hilfe für Vietnam, der eine Reihe wichtiger Projekte in der Sozialistischen Republik betreut oder unterstützt, vor dem Rathaus des Berliner Stadtbezirks Zehlendorf seinen 19. Weihnachtsbasar durchgeführt. Die deutsch-vietnamesischen Mitarbeiter um die seit vielen Jahren in dieser Arbeit zutiefst engagierte **Ursula Nguyen The Phiet** haben dabei ein phantastisches Ergebnis erreichen können. Spenden und Verkauf brachten 2004 einen Gesamterlös von über 15 000 Euro, der Kranken und Siechenden – darunter viele Spätopfer des US-Bomben- und Chemiekrieges der 60er und 70er Jahre – unmittelbar zugute kommen wird.

Wir beglückwünschen Ursel zu diesem außerordentlichen Erfolg!

Seit langem symbolisieren **Martine und Karl Schilp** – zwei beispielhafte Einzelkämpfer aus dem saarländi-

schen St. Ingbert – die Solidarität mit dem revolutionären Kuba. Auf eigene Initiative, unter großen persönlichen Opfern und manchen Drohungen trotzend, organisieren sie wirksame Hilfe für Menschen in der kubanischen Nordwestprovinz Holguín, wo sie hohes Ansehen genießen. Medikamente und Ausrüstungen der Medizintechnik, Schulbedarfartikel aller Art und vieles andere wird von ihnen Jahr für Jahr auf den Weg gebracht. Sie kümmern sich selbst um jedes Detail. Immer wieder müssen sie das Geld auftreiben, um die Frachtkosten begleichen zu können. 2004 lieferten sie 640 Pakete mit Hilfsgütern im Gewicht von fast 6 Tonnen auf. Alles wurde von den Schilps gesammelt, verpackt, abgeschickt und in Holguín übergeben.

Wir gratulieren diesen Helden der Solidaritätsfront, die unter dem Motto „Ihr seid nicht allein!“ das bisher beste Ergebnis ihrer Kuba-Hilfe erzielt haben. **R. F.**

WAZ-Gruppe zensiert Todesanzeigen

Die von dem früheren Chef der Balkan-Kolonialverwaltung Bodo Hombach (SPD) gemanagte Mediengruppe um die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) übt eine politische Zensur selbst über Traueranzeigen aus. Nach dem Ableben des im Oktober 2004 fast 90-jährig verstorbenen Generalsekretärs des Sachsenhausen-Komitees – des legendären Dortmunder Kommunisten Heinz Junge – wollten dessen Angehörige in drei Blättern der WAZ-Gruppe Annoncen schalten. Der von der Familie Heinz Junges gewünschte Text wurde durch die WAZ, die Westfälische Rundschau und die Ruhr-Nachrichten als „politisches Statement“ zurückgewiesen, „das die Gefühle der Leserschaft verletzen“ könne. Der Satz lautete: „Weder die Folterknechte der Nazis noch die Gesinnungsjustiz der Adenauer-Ära konnten ihn von diesem Weg abbringen.“ Er mußte geändert werden: „Weder ... noch die Gesinnungsjustiz des Kalten Krieges ...“ hieß es dann.

Dieser beschämende Vorfall ist ein beredtes Beispiel bür-

gerlicher Gesinnungszensur, das die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland illustriert.

Heinz Junge aber bleibt im Ruhrgebiet unvergessen. Günter Samtlebe, Altoberbürgermeister der Stadt Dortmund, deren Ehrennadel der Verstorbene trug, schrieb an die Witwe Lore Junge: „Heinz genoß und genießt gerade in meiner Generation großen Respekt und Zuneigung. Er besaß so viel Mut und Offenheit auszusprechen, was er dachte. Seine Bereitschaft zu kämpfen und sich nicht zu ducken, war Zeichen eines sauberen Charakters.“ **Information:**

Manfred Lowey, Kamen

RF-Regionalgruppe Schwerin

Am 19. Februar um 10.00 Uhr spricht Ingo Höhmann in den Alt-Schweriner Schankstuben, Schlachtermarkt, über seinen

Besuch in Venezuela

Oktober 1946: Erste Wahlen nach Kriegsende in Berlin. Die SPD siegt. Anfang 1947 räumt SPD-Bürgermeister Röber im Wedding auf, feuert die Kommunisten aus seinem Rathaus. Zu ihnen gehörte Erich Rutha: „Die Unterdrückung von Kommunisten war gerade um die Zeit mit am schlimmsten, weil sie dann alles gefeuert haben, aus Arbeitsstellen und Bezirksämtern. Sämtliche Genossen haben sie ja rausgeschmissen, schon 1946, natürlich. Der Röber wurde der erste Bürgermeister hier, und alles, was Genosse war, flog raus.“

Eine seltsame, doch für das deutsche Geschichtsbewußtsein vielsagende Parallele ereignete sich 13 Jahre zuvor ebenfalls im Rathaus in der Müllerstraße: „Der Terror der Nazis in den ersten Monaten nach der ‚Machtergreifung‘ war im Wedding besonders hemmungslos und brutal. Kommunisten und Sozialdemokraten wurden verschleppt, geschlagen und viele auch erschlagen. Zugleich begann die Säuberung des ‚Roten Weddings‘. Der alte Bezirksbürgermeister Carl Leid mußte dem Nazi Sutthoff-Groß weichen. 354 Beamte und Arbeiter wurden von der neuen Bezirksverwaltung entlassen.“ In einer der schriftlichen Kündigungsbegründungen an eine Mitarbeiterin ist hinterlegt: „S. ist Mitglied der SPD und hat in jeder Hinsicht an den Vorteilen teilgehabt, die mit ihrer Parteizugehörigkeit im Zusammenhang standen. Ihr Verhalten war auf Grund ihrer marxistischen Einstellung nicht einwandfrei. Sie bietet auch in Zukunft keine Gewähr dafür, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Das Dienstverhältnis ist S. (...) zum 30. 9. 1933 gekündigt worden.“

Die Adenauer-Regierung erließ kurz vor den III. Weltfestspielen 1951 nicht nur das FDJ-Verbot, sondern am 19. Juli ebenfalls ein Berufsverbot: „Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihre Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachlässig die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienstverfahrens unter gleichzeitiger Dienstaufhebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Entlassung herbeizuführen.“ Im Gesetz wurden 13 Organisationen aufgelistet, darunter KPD, Sozialdemokratische Aktion, FDJ und VVN. Auch Wirtschaftsunternehmen in der BRD, „die nach dieser Warnung verfassungsfeindlichen Organisationen wirtschaftliche Vorteile durch Beiträge, Aufgabe von Werbeanzeigen oder in sonstiger Weise verschaffen, werden auf Grund eines Kabinettsbeschlusses in Zukunft bei der Vergabe von Aufträgen durch Bundesbehörden nicht mehr berücksichtigt“.

Schon 1949 erließ die Höchste Heilige Kongregation des Heiligen Offiziums in Rom das Dekret zur Exkommunikation:

„Alle, die sich zu der materialistischen und antichristlichen Doktrin des Kommunismus bekennen, sie verteidigen oder verbreiten, werden exkommuniziert.“ Selbst Reporter, die über Theater, Sport oder Literatur in einer kommunistischen Zeitung schrieben, begingen damit in den Augen der Kirche eine unerlaubte Handlung. Kommunistische Literatur durfte ohne besondere Genehmigung des Beichtvaters nicht gelesen werden.

Als des Kaisers Wortschöpfung „Abwicklung“ fast 60 Jahre später anlässlich der „Wiedervereinigung“ zum Modewort avancierte, schrieben die willigen Vollstrecker Bonner Geistes diesen Text tausendfach ab, brauchten im Parteinamen nur einen einzigen Buchstaben auszutauschen, statt SPD nun SED. Und selbst einem parteilo-

In der BRD erlebten wir unter dem Regiment von Willy Brandt eine beispiellose Hetze gegen fortschrittlich denkende Menschen. Nun erst spürten die Betroffenen im Westen die volle Wirkung eines im Vorjahr erlassenen Gesetzes, wonach „Personen, die nicht die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten“, aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden konnten. Das entsprechende Dekret beschloß am 28. Januar 1972 die in Hamburg tagende Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz von Willy Brandt; „Radikalenerlaß“, „Berufsverbot“ hieß es schon bald in den Medien. Dieser Erlaß bezog sich zunächst vor allem auf diejenigen, die sich um eine Position im öffentlichen Dienst bewerben

Gesinnungshatz: Vom „Radikalenerlaß“ zur „Abwicklung“

sen Einwohner der DDR kreideten die neuen Sieger an, daß er „zur Aufrechterhaltung des Regimes wesentlich beigetragen oder sich auf Kosten anderer seine Stellung innerhalb des Systems erkaufte“.

Im brandenburgischen Teil der vereinigten DDR-Immobilie „kommen 79 Prozent der Staatssekretäre, 80 Prozent der Abteilungsleiter und 68 Prozent der Referatsleiter in den Ministerien aus den alten Ländern. Erst auf den wenigen lukrativen Stellen mit abnehmender Entscheidungsbefugnis und schlechterer Entlohnung finden sich mit 74 Prozent mehrheitlich Mitarbeiter, die aus den neuen Bundesländern stammen. In allen oberen und unteren Landesbehörden sind die Beamten mit ostdeutscher Biographie deutlich unterrepräsentiert.

Am auffälligsten zeigt sich das in den Bereichen Justiz sowie Wissenschaft und Forschung. Aus dem Westen kommen 77 Prozent aller Richter an den Landgerichten, 80 Prozent an den Verwaltungsgerichten und sogar 100 Prozent am Landesarbeits- und Landessozialgericht. In den höheren Bildungseinrichtungen sieht es nicht besser aus. 72 Prozent der Universitätsprofessoren sind keine Ostdeutschen, und nur drei von neun Rektoren der Unis, Hochschulen und Fachhochschulen erlernten ihr Handwerk östlich der Elbe.“ Wie lautete tausendfach sinngemäß die „Abwicklungsbegründung“ nach 1989? „X, Y, Z ist Mitglied der SED und hat in jeder Hinsicht die Privilegien genutzt, die sich aus seiner Parteimitgliedschaft ergaben. Sein systemnahes Verhalten läßt Zweifel an einer Loyalität gegenüber dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat aufkommen. Deshalb ist sein Dienstverhältnis zum ... gekündigt worden.“

wollten. Bald wurde er auf diejenigen ausgedehnt, die sich schon im öffentlichen Dienst befanden. Und ebenso bald stellte sich heraus, daß private Organisationen, Unternehmen und selbst die Kirche sich so verhielten.

Im Rowohlt-Taschenbuch-Verlag erschien 1992 eine aufschlußreiche Sammlung von „Skandalen in der BRD“, in dem sich u. a. Wolf-Dieter Narr mit dem „Berufsverbot“ auseinandersetzte: „Statt nämlich Verhältnisse zu schaffen, innerhalb derer kräftig in demokratischen Formen diskutiert, mobilisiert, ja auch gestritten werden konnte, versuchten die allzu deutschen Verfechter dieses Konzepts, die demokratischen Verfahren – angeblich um des Schutzes der Demokratie willen – einzuschränken. Darum die Bespitzelung der Bürger mit Hilfe eines wuchernen Amtes, darum schließlich auch die Berufsverbotspraxis: um sicherzustellen, daß nur ordentlich gescheiterte öffentlich Bedienstete vorab dem Staate und dann irgendwann dem Bürger dienen.“

Übereinstimmend bilanzierten westdeutsche Quellen Jahre später eine Zahl von 3,5 Millionen Personen, die durch den Verfassungsschutz auf ihre politische Zuverlässigkeit durchleuchtet worden sind. Diese Dossiers wurden und werden in keiner staatlichen Behörde wie etwa „Gauck“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ein öffentliches Eingeständnis, daß der Radikalenerlaß Tausenden von Menschen die berufliche Perspektive genommen und sie in schwerwiegende Existenzprobleme gestürzt hatte, unterblieb. Eine materielle, moralische und politische Rehabilitation der Betroffenen fand nie statt.

Foltern in der Bundeswehr – nur ein Ausrutscher?

Imperialistische Armeen wenden „in Erfüllung ihrer Aufgaben“ bei der Eroberung und Besetzung fremder Länder, zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ und zur Verteidigung der Macht „erforderlichenfalls“ die Folter an. Seit Noskes Tagen bis zum Wüten von Wehrmacht und SS im besetzten Europa, insbesondere dem okkupierten Teil der Sowjetunion, ist das bekannt. Der französische Kommunist Henri Alleg berichtet in seinem Buch „Die Folter“ ebenso wie sein algerischer Genosse Frantz Fanon von den unmenschlichen Methoden, die die Kolonialsoldateska – durch einen „sozialistischen“ Minister autorisiert und straffrei gestellt – beim Verhör aller „Verdächtigen“ und Verhafteten in Algerien angewandt hat. Im Aggressionskrieg gegen das Volk Koreas fügte die U.S. Army anderen Foltermetho-

wehrmacht gegründet wurde. Gemeint sind nicht die in militärischer Ausbildung durch charakterlich ungeeignete Offiziere immer wieder vorkommenden Schikanen und „Schleifereien“, die z. B. in den 60ern in Nagold das Leben von Rekruten kosteten. Es geht um „Sonderbehandlungen“ und Foltertraining. Opfer wurden jene Soldaten, denen z. B. in Manövern die Rolle „kommunistischer Partisanen“ oder „feindlich gesinnter, von Roten aufgehetzter Bevölkerung“ zufiel. Bei ihrer „Vernehmung zur Erlangung von Informationen“ wurden sie gefesselt, in mit Wasser gefüllte Löcher geworfen und sogar in leere Ölfässer gesteckt, auf die dann mit Knüppeln eingedroschen wurde. Spezialisiert darauf ist u. a. die Infanterieschule der Bundeswehr in Hammelburg. Allerdings ist dies nur ein Teil des „Standards“,

im BKA und leitete die „Sicherungsgruppe Bonn“, die unter anderem zur „Bandenbekämpfung“ formiert worden war. Daß dieser und die vielen anderen antikommunistischen Krieger die Folter weiterhin als probates Mittel betrachteten, erfuhren politische Gefangene in den 70er Jahren; ich erspare den Lesern und mir selbst die Details ... Und dieser Mann gewährleistete durch praktische Ausbildung und politisch-ideologische Ausrichtung auch die organisatorische und operative Kontinuität im Apparat. Sie reicht über die 80er und 90er Jahre, über das Blindmachen von Gefangenen mit Kapuzen, brutale Mißhandlungen bei Verhören und dem Erkennungsdienst, Todesdrohungen auf Transporten („Wenn du jetzt rausfällst“ – aus dem Hubschrauber – „war es ein Unfall!“) bis zur Folterandrohung auf dem Dienstweg durch den Frankfurter Vizepolizeipräsidenten Daschner und der Folterrechtfergung eines Prof. Wolffsohn an der Bundeswehr-Universität. Während in der Vergangenheit Mißhandlungen bestritten und die Isolationshaft zwar gerechtfertigt, ihr Foltercharakter aber gelehnet wurden, geht es bei den jüngsten „Vorfällen“ um die formelle Legalisierung der Folter – zunächst in „Ausnahmesituationen“ wie bei Herrn Daschner und natürlich „im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“.

Und so kommen wir zurück zu Kriegsminister Strucks „Demokratie und Menschenrechte“ auch am Hindukusch verteidigender Truppe: Was die heutigen „Ausnahmefälle“ von vorhergegangenen unterscheidet, ist die arrogante Selbstverständlichkeit, mit der politisch Verantwortliche und Medien die Folterausbildung allein im Inland kritisieren: Das ist doch kein Umgang mit „deutschen Jungs und Mädels“! Was diese Aussagen – offen wie versteckt – beinhalten, sind die Verweise auf „andersgeartete Bedingungen“ im Ausland. Es geht um die „Befähigung“ für Einsätze in aller Welt. Da ist Härte angesagt, und deshalb erscheint es den Ausbildern notwendig und gerechtfertigt, auch das Foltern zu üben. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an die streng geheimgehaltene Zahl von Elitesoldaten der „Krisenspezialkräfte KSK“, die weiterhin mit USA-Sonderkommandos durch Afghanistan ziehen, wobei die aus dem Vietnamkrieg berüchtigten „Search and Destroy“-Operationen die vorherrschende Taktik sind ... Was tun die KSK-Leute dort, was geschieht mit ihren Gefangenen – wenn sie überhaupt welche machen?

Für die Bundeswehr-Truppen im Ausland ist der Feind jemand, auf den die Menschenrechte oder die Mindeststandards der Genfer Konventionen und der Haager Landkriegsordnung keine Anwendung finden müssen: „Terroristen sind keine Menschen“ – so läßt sich die ideologische Leitlinie dieser Kriegführung kurz fassen. Sie erinnert zwangsläufig an jene Befehle des Oberkommandos der Wehrmacht kurz nach dem Überfall auf die Sowjetunion, mit denen Soldaten und Offiziere „angesichts der Grausamkeit und Heimtücke des Feindes“ zum Einsatz „aller Mittel“ berechtigt wurden. **Werner Hoppe**

Unter Kontrolle stehende Härtemaßnahmen

Folgende Maßnahmen können beim Verhör und während der Haft der Gefangenen auferlegt werden:

- a) Jeder Gefangene muß sich entkleiden und wird durchsucht. Während der ganzen Haft bleibt der Gefangene nackt.
- b) Ein Tonbandgerät gibt besondere Geräusche ab, die mittels Lautsprechers in die Gefangenenzellen übertragen werden. Es sind dies unangenehm grelle und störende Laute.
- c) Die Gefangenen werden Temperaturschwankungen unterworfen, indem man sie in kalte oder warme Zellen bringt.
- d) Über längere Zeitabschnitte bleiben die Zellen völlig dunkel.
- e) Einzelhaft kann auferlegt werden.
- f) Jeder Gefangene erhält alle 24 Stunden drei Tassen Wasser und eine Büchse aus der C-Ration.
- g) Während des Verhörs kann der Gefangene erniedrigt, beschimpft und bedroht werden.
- h) Während der Haft ist es dem Gefangenen nicht erlaubt, zu ruhen oder sich zu entspannen. Der Gefangene muß die Hände über den Kopf halten. Es können gewisse Übungen verlangt werden, wie z. B. Liegestützen, Hocksprünge, Aufstehen und Hinsetzen usw., und es kann gefordert werden, daß der Gefangene längere Zeit kniet.
- i) Gefangene, die sich weigern, können gefesselt werden und für kurze Zeit in einen Schrank oder einen hölzernen Kasten gestellt werden.
- j) Gefangene können mit Wasser bespritzt werden.
- k) Vermeintliche Angriffe und Wachhunde können angewendet werden, um dem Gefangenen Furcht einzuflößen.

den die „Gehirnwäsche“ hinzu: Isolation, Dauerlärm, grelles Licht, Schlafentzug, körperliche Mißhandlungen ... alles, was den Gefangenen seinen Vernehmern ausliefert, ihn abhängig machen und brechen soll. Was heute in „weiterentwickelter Form“ auf Guantánamo und in geheimen Gefängnissen geschieht, nahm dort vor über einem halben Jahrhundert seinen Anfang. Vor „Abu Ghorab“ erlitten viele Tausende unserer vietnamesischen Genossen die „Tigerkäfige“ ... Doch von all jenen zu sprechen, die sich von den Folterern nicht zerbrechen ließen, die weiter kämpften und Menschen blieben, das wäre ein anderer Beitrag ...

Hier geht es um das, was im November 2004 bei der Bundeswehr als „skandalöse Ausnahmen bei der Ausbildung“ aufgedeckt wurde. Neu ist so etwas nicht. Unter der Bezeichnung „Rekrutenmißhandlung“ oder „Ausbildungsskandal“ bekannt gewordene „Vorfälle“ durchziehen die Geschichte der Bundeswehr seit jener Zeit, in der sie mit 40 Generälen und etwa 40000 Offizieren und Unteroffizieren der Nazi-

den die NATO-Führungsmacht USA mit der per Dienstvorschrift geregelten Anleitung für ihre Truppen setzte. Wie das aussieht, wurde sogar einmal öffentlich, fast neun Jahre nach einer Übung zur „Bandenbekämpfung“, bei der im April 1964 US-Soldaten mit Angehörigen des Bundesgrenzschutzes trainierten. Was die „Frankfurter Rundschau“ im März 1973 im Wortlaut dokumentierte (s. Auszug), ist nicht in Guantánamo oder Abu Ghorab, sondern in einem westdeutschen Camp praktiziert worden.

Doch bleiben wir bei den „Sicherheitskräften“ der BRD: Außer der Bundeswehr wurden auch der BGS und die Polizei von einem Kaderstamm aufgebaut und geführt, der Ausbildung und Berufspraxis „im Kampf gegen den Bolschewismus“, in der Sowjetunion und auf anderen Kriegsschauplätzen erworben hatte. Nehmen wir als nur ein Beispiel Theo Saevecke, SS-Hauptsturmführer, wegen Kriegsverbrechen in Italien angeklagt, aber selbstverständlich von der BRD-Justiz freigesprochen ... Er wurde Kriminalrat

Was ist eigentlich Terrorismus? (1)

Da sich inzwischen fast jede linke Bewegung fürchtet, mit dem Attribut terroristisch versehen zu werden und nahezu handzahn der Obrigkeitsmeinung folgt, ist es von grundlegender Bedeutung, auf die im Titel gestellte Frage klar zu antworten, um eigenes Handeln und die Aktionen des staatlichen Systems bewerten und einordnen zu können. Eine Definition ist nötig, die aus der Hilflosigkeit und Agonie herausführt. Zudem macht die inzwischen fast inflationäre Verwendung des Begriffs Terrorismus durch die Medien einen nüchternen Umgang mit ihm fast unmöglich – ein offenbar gewollter Effekt. Denn nur ein verkürzter und verwässerter Terrorismusbegriff kann als Totschlagargument für jeden Demokratieabbau bis hin zum gläsernen Polizeistaat herhalten. Blickt man in der Geschichte zurück, kann man feststellen, daß die Widersprüchlichkeit und Zweiseitigkeit der Ausübung sowie der offiziellen Darstellung von Terror so alt ist wie der Terror selbst – frei nach dem Motto: Die Terroristen sind immer die anderen. So, wie es seit der Existenz der Klassengesellschaften bei Eroberungen üblich war, mordend und brandschatzend über Dörfer und Städte des Feindes herzufallen, ebenso wurden – belegt seit dem Altertum – Freiheitskämpfer und Aufständische als besonders gefährliche Kriminelle dargestellt und auch so behandelt. Die Reihe der bekannten Kämpfer ist lang. Sie reicht, um nur einige Prominente zu nennen, von Spartacus über Jesus von Nazareth und Thomas Müntzer bis in die Neuzeit zu Che Guevara. Die Liste der unbekannteren, weil bis heute als Räuber, gemeine Mörder oder Terroristen Verurteilten und nicht Rehabilitierten, ist unzählbar länger. Je nach Standpunkt könnte Terror damit die Gewalt der Herrschenden gegen die Unterdrückten oder der Schwächeren gegen die Stärkeren sein. Oder des Stärkeren gegen den Schwächeren?

Ein solches standpunktbezogenes und damit subjektives Begriffsverständnis ist bis heute üblich. Inhaltlich wurde es jedoch durch die Ereignisse des 11. September 2001 und den danach beginnenden Medienkrieg so intensiv neu besetzt, daß selbst Linke zunehmend die Klarheit darüber zu verlieren scheinen, wer nun eigentlich ein Terrorist und was Terror ist (hier werden auch psychologische Aspekte deutlich: der Terrorist als Buhmann, der man nicht sein will und der zu bestrafen ist). Daß im „Kampf gegen den Terror“ zunehmend Bürgerrechte aufgehoben werden – ohne daß sich ernstzunehmender Widerstand dagegen regt, ist ein deutlicher Beleg dafür. Problematisch ist nämlich, daß Terror zu einer weltweiten, alles bedrohenden Bewegung stilisiert wird – die er jedoch überhaupt nicht ist. Er erhält damit die Funktion eines neuen Feindbildes. Es wäre wichtig, zu erken-

nen, daß Terror immer nur ein Mittel und niemals eine Bewegung sein kann, und daß ein mit ihm beschworenes Feinbild ausschließlich zur Rechtfertigung des eigenen Terrors dient.

Zurück zur Definitionsfrage. In der DDR wurde Terror lt. Duden entweder mit Schreckensherrschaft gleichgesetzt, die von einer herrschenden politischen Kaste ausgeübt wurde, oder als Form des linken Radikalismus gesehen und abgelehnt (Individueller Terror, Politisches Wörterbuch 1978). Dadurch entstand eine sehr zwiespältige Haltung z. B. zu Che Guevara. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Marx-Zitat aus dem Jahre 1849, in einem Text der letzten Neuen Rheinischen Zeitung, in dem er den revolutionären Terrorismus lobt: „Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reihe an uns kömmt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes- und Rechts-Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, versteckt, doppelzüngig, in beiden Beziehungen ehrlos.“ Geradezu prophetisch erscheint auch die Äußerung von Marx und Engels 1845 zur Rolle Napoleons nach der Französischen Revolution: „Er vollzog den Terrorismus, indem er an die Stelle der permanenten Revolution den permanenten Krieg setzte.“ In diesen Worten finden sich alle schon genannten Widersprüchlichkeiten wieder.

Um also zu einer brauchbaren Definition zu gelangen, sollte nicht nur der politisch-ideologische, sondern auch der militärische und geschichtliche Aspekt berücksichtigt werden. Terrorismus findet nicht auf der Insel der Glückseligen,

sondern inmitten gesellschaftlicher Widersprüche und Auseinandersetzungen statt. In einer Welt, die von Not und Elend, grenzenloser Ausbeutung und Kriegen beherrscht wird – in der es aber auch Wohlstand und zeitweiligen Frieden gibt. Es gibt Kriegsbeteiligte, Kombattanten und Unbeteiligte – Frauen, Kinder, Greise –, die dem Gemetzel nicht entfliehen können. Terror ist einerseits Kriegsmittel und andererseits Widerstandsform. Vor diesem Hintergrund könnte die folgende Begriffsbestimmung mehr Klarheit schaffen: Terror ist in einer Konfliktsituation jegliche Form direkter und indirekter Gewalt gegen nicht unmittelbar Konfliktbeteiligte (im allg. Zivilbevölkerung) und wird von einer konfliktbeteiligten politischen Gruppe oder Person zum Zweck der Beeinflussung oder Schädigung des Konfliktgegners ausgeübt.

Bei Zugrundelegung dieser Definition setzt Terrorismus immer eine Konfliktsituation voraus. Die Analyse sämtlicher Ereignisse, die als Terrorismus oder terroristische Akte bezeichnet worden sind, unabhängig vom ideologischen Blickwinkel, läßt deutlich werden, daß tatsächlich immer eine offene oder latente Konfliktsituation gegeben war und eine solche überhaupt erst die Voraussetzung für terroristische Aktionen bildete. Dabei ist das Verständnis der Situation oft schwierig. Wenn man beispielsweise bedenkt, daß die Roten Brigaden u. a. vom italienischen Geheimdienst unterwandert wurden und zur Diskreditierung des revolutionären Kampfes umgebaut wurden, wird klar, daß sich das Konfliktfeld eigentlich zwischen reaktionären Vertretern der Staatsmacht und zunehmend an Einfluß gewinnenden linken Kräften aufspannte. Opfer waren Unbeteiligte. Hier wird auch der andere wesentliche Punkt der Definition klar: Es gibt Kombattanten, z. T. mit fanatischem Eifer, und Dritte, die deren Handlungen weitgehend wehrlos ausgesetzt sind.

Frank Triklin



Bogdan Musial listet im Feuilleton der FAZ „Verbrechen der Partisanen“ auf, und natürlich sind es für ihn die „sowjetische Legende und Wirklichkeit des allgemeinen Volkskrieges“, die er unter die Lupe nimmt. Er bleibt seinem Antikommunismus treu. Ist Musial Historiker? Nach Leopold von Ranke ist es erste Aufgabe des Historikers, sich zu bemühen, die Geschichte so darzustellen, wie sie gewesen ist. Was nicht in das Bild von Plünderern und Marodeuren paßt, läßt er weg. Er hantiert mit den Fakten so selektiv, als gäbe es keine seriösen Arbeiten über die Ursachen und die Bedeutung des Partisanenkrieges für den Kriegsverlauf.

In der Sowjetunion sei der Kampf der Partisanen eine böse Erfindung Stalins und Ponomarjows gewesen. Und in Frankreich (etwa 500000), Italien (462000), Jugoslawien (etwa 500000, die im Partisanenkrieg selbst ihr Land befreiten), Griechenland und Polen (350000)? Musial behauptet kühn: „Die meisten militärischen Einsätze der Partisanen richteten sich ohnehin nicht gegen die Besatzer“, sondern gegen Kollaborateure. Weshalb reagierten dann die Okkupanten mit so barbarischen „Sanktionen“? Ehe wir uns weiter mit dem Text Musials beschäftigen, dürfte es nötig und nützlich sein, den Begriff Partisan genauer zu bestimmen. Im Duden ist das ein bewaffneter Widerstandskämpfer in einem von feindlichen Truppen besetzten Land. In Meyers Neuem Lexikon wird auf die französisch-italienische Herkunft des Wortes verwiesen: Partisanen sind bewaffnete Verbände, die im eigenen Land auf freiwilliger Grundlage am Abwehrkampf gegen Aggressoren teilnehmen, aber nicht zur regulären Armee gehören. Der historische Ursprung liegt im spanischen Unabhängigkeitskrieg gegen Napoleon 1808 bis 1814. Im Zweiten Weltkrieg nahm der Partisanenkrieg in den von den Faschisten okkupierten Ländern einen großen Platz ein.

Im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion war er mit den Kampfhandlungen der regulären Streitkräfte koordiniert und von wesentlicher Bedeutung für den Sieg des Sowjetvolkes. Der Partisanenkrieg gehört zu den völkerrechtlich zulässigen Mitteln der Selbstverteidigung gegen die bewaffnete Aggression. Nach der IV. Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 sind Partisanen wie Angehörige regulärer Streitkräfte zu behandeln. Das wurde im Genfer Abkommen vom 12. August 1949 bestätigt. Verletzungen der Rechte von Partisanen sind Kriegsverbrechen. Das ist die völkerrechtliche Lage. Auf dieser Grundlage ergeben sich nicht wenige Fragen an Bogdan Musial: Warum verurteilt er nicht mit einem einzigen Wort das Verbrechen des faschistischen Krieges mit seinen Folgen, wohl aber Übergriffe von Partisanen? War nicht das Kriegsziel der Alliierten die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands? Trugen die Partisanen nicht zur Erreichung dieses Ziels bei? Wenn Kriegsgreuel der Wertmaßstab sind, was folgt daraus für den Bombenkrieg der Westalliierten? (In Dresden liefen Frauen und Kinder als brennende

Waren Partisanen Brandstifter und Plünderer?

Fackeln durch den Großen Garten.) Das legitime Ziel der Partisanen war die Befreiung ihres Landes. Und der Zweck der Bombenangriffe Anfang 1945?

Was die Bedeutung des Partisanenkrieges betrifft (dessen Methoden in allen besetzten Ländern ähnlich waren): Hat er nicht unter anderem zur Befreiung Polens, zum Erfolg der zweiten Front in der Normandie beigetragen, indem er faschistische Ressourcen band oder vernichtete? Wer den Partisanenkrieg auf sowjetischem Boden als Verbrechen ächtet, mußte das konsequenterweise auch zum Teil für Titos Kämpfer oder für die Teilnehmer am Warschauer Aufstand tun.

Vermutlich geht es bei dem Streit über die Rolle von Partisanen gar nicht so sehr um die Vergangenheit, sondern um aktuelle Politik. Das Konstrukt des „ungesetzlichen Kombattanten“ scheint für manche geeignet zu sein, den „Krieg gegen den Terror“ historisch zu rechtfertigen. Dann sind die Okkupation Iraks und der Krieg („Verteidigung“) am Hindukusch erlaubt, der Widerstand dagegen ein Verbrechen. Musial dient dem Zeitgeist (nach Goethe der Herren eigener Geist), nicht der historischen Wahrheit.

**Professor Dr. Horst Schneider, Dresden
(in der FAZ als Leserbrief erschienen)**

„Eine Wohnung wie zu Honeckers Zeiten“

Ein Beitrag der Regionalpresse Ludwigsburg drängt mich zu diesen Zeilen. Sein Titel lautet: „Eine Wohnung wie zu Honeckers Zeiten“. Die Rede ist von den „letzten Plattenbauten im ehemaligen Ost-Berlin“, die saniert würden. Weiter heißt es: „Doch eine Wohnung blieb im Originalzustand von 1986 erhalten. Dort können Besucher ergründen, wie man in der DDR wohnte.“

Die „Museumswohnung“ Hellersdorfer Straße 179 ist abgebildet. Es erfolgt eine detaillierte Beschreibung dieser ach so tristen, grauen, lächerlichen „Wohnkultur“ in einer „untergegangenen Welt: 61 Quadratmeter realsozialistisches Wohngefühl, verteilt auf drei Zimmer, Küche und Bad“.

Es lohnt nicht, alle diese sattsam bekannten diffamierend-beschreibenden Worte, Begriffe und lächerlichen Aussagen wiederzugeben. Selbstverständlich findet sich eine Dame namens Dagmar Neidigk von der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“, der das Haus gehört, die bereitwillig Auskunft gibt. Interessant, was diese offensichtliche Kennerin u. a. zu berichten weiß:

„Als 1986 die ersten Bewohner in den Plattenbau zogen, galt eine solche Wohnung als komfortabel. Heizung, Badezimmer,

fließend warmes Wasser und ein moderner Herd waren der reine Luxus für Familien, die bis dato meist in feuchten Altbauten mit Außentoilette und Kohleofen gelebt hatten.“

Kein Wort, keine Bemerkung, daß es auch vor 1986 nicht nur feuchte Wohnungen gegeben hat. Kein Wort dazu, daß bereits in den 60er Jahren viele AWGs entstanden und vorwiegend Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien preiswerte, moderne, menschenwürdige Wohnungen beziehen konnten. Sicher, Bedarf und Wünsche waren immer größer, als sie befriedigt werden konnten. Kein Wort dazu, daß mit Beginn der 70er Jahre und nicht erst 1986 ein Wohnungsbauprogramm landesweit in die Gänge kam, das seinesgleichen sucht. Jahr für Jahr konnten Tausende Familien von fertiggestellten Wohnungen Besitz ergreifen. Ich selbst habe – damals Bürger der DDR – dazugehört und die Freude vieler Menschen erleben können.

Was ich mir gewünscht hätte, um diesen Bericht mit der Realität von heute zu verbinden, das wären u. a. Bilder und Aufnahmen von Menschen hierzulande, die kein Dach über dem Kopf haben, es sich nicht leisten können und unter menschenunwürdigsten Bedingungen vegetieren. Ich sehe sie jeden Tag. Auch würde ich mir wünschen, dazu manche Wohngebiete und Wohnverhältnisse in den alten Bundesländern zu beschreiben, wo Arbeiterfamilien noch wie in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts leben. Überdies wären die Wohnverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte interessant. Sogenannte Sozialwohnungen, so es sie noch gibt, wären vorzuführen. Nicht zuletzt sollte man Betrachtungen darüber anstellen, wer sich welche Wohnung hier und heute überhaupt leisten kann.

Roland Winkler

**Wir trauern um zwei treue
Kommunisten aus unseren Reihen.**

**Unser Mitgefühl gehört den
Angehörigen von**

**Heinz Stiebritz, Berlin,
und Günther Trost,
Bad Oldesloe.**

Wer kann in seinem Leben schon ein Dickhäuter-Haus bauen?

In Marzahn-Hellersdorf, wo nach 1990 viele Straßen umbenannt und Hochhäuser abgerissen wurden, erhielt am 9. Dezember 2004 eine große Grünanlage erstmalig einen Namen: seit dem 10. Todestag des auch international bekannten Berliner Architekten gibt es am Übergang des Neubaugebiets nach Biesdorf-Nord den Heinz-Graffunder-Park.

Die Anregung zu dieser Ehrung ging von Dr. Günter Peters aus, der als früherer Stadtbaudirektor von Berlin-Hauptstadt der DDR Heinz Graffunder kennen- und schätzengelernet hatte. Als jetziger Vorsitzender des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf konnte er das Bezirksamt überzeugen, das Andenken des Chefarchitekten der Großsiedlung Marzahn solcherart zu ehren.

Die als Überschrift zitierte Frage stellte einer der Laudatoren, der Präsident der Architektenkammer Berlin, Prof. Dr. Schmidt-Thomsen. Er wollte damit andeuten, daß Können und Wollen des Architekten vom ökonomisch Möglichen und dem vom öffentlichen Auftraggeber politisch Gewollten mitbestimmt werden. Daß Heinz Graffunder nach dem Alfred-Brehm-Haus im Berliner Tierpark und weiteren Bauten im Rostocker Zoo und den Tierparks von Cottbus, Erfurt und Halle auch das Dickhäuter-Haus in Friedrichsfelde gestalten konnte, beweist wohl die oft gegebene Übereinstimmung von Wollen und Können des Architekten H. G. mit den Intentionen seiner Auftraggeber. Heinz Graffunder, geboren am 23. 12. 1926 in Berlin, gehörte zur Generation der Flakhelfer, deren Jugend durch die Bombardements ihrer Heimatstädte mit zerstört wurde. Sein Notabitur galt wohl als Zertifikat für alle bei der deutschen Wehrmacht nur möglichen und üblichen schikanösen Erniedrigungen auf dem Weg zum Heldentod, berechtigte nach dem Kriege aber nicht zum Studium. „Greift zur Kelle, nicht zum Messer“ bat Bertolt Brecht die Überlebenden in den gestorbenen Städten. H. G. tat es, wurde Maurer und schloß der Lehre dann noch bis 1953 ein Studium für Hochbau und Architektur an. Die fachlichen Qualitäten des jungen Absolventen erkannte und förderte Hermann Henselmann, bis der Architekt Heinz Graffunder seine eigenen gestalterischen Fähigkeiten bei einzelnen Objekten und komplex beim Bau von Wohngebieten zunehmend entwickeln und durch-

setzen konnte. Daß es ihm gelang, den alten Dorfkern von Marzahn zu erhalten und in das Ensemble des Neubaugebietes einzubeziehen, erfreute den feinsinnigen und historischen Interessierten. Daß ihm die Auftraggeber eine größere Bebauungsdichte verordneten, als den modernen Erkenntnissen entsprach, schmerzte ihn, zumal auch das damals für Marzahn dringend erforderliche Krankenhaus dem Rotstift zum Opfer fiel.

Die Spur der Steine des Berliners Heinz Graffunder hat im östlichen Teil seiner Heimatstadt das Profil der Nachkriegsarchitektur mitbestimmt. Zwar ist heute manches seiner Werke wie das Freibad Pankow vom Verfall gezeichnet oder durch Umbau äußerlich verändert worden. Ein Beispiel hierfür sind die Rathauspassagen, wo der kostbare Baugrund profitabel genutzt werden sollte.

Die variable Handschrift des Architekten zeichnete sich durch eine gelungene Synthese von zu Stein gewordener formvollendeter Phantasie mit hohem ideellem oder praktischem Gebrauchswert aus. In Berlin erinnert neben den Bauten im Tierpark, den Wohngebieten Rathausstraße, Fennpfuhl und Marzahn auch der gemeinsam mit A. Kühn gestaltete Brunnen auf dem Strausberger Platz an Heinz Graffunder. Einzelne Wohnhäuser erwartete der Architekt wieder, als man sein Lebenswerk, den Palast der Republik, bis zur Abrißreife zu diskriminieren begann. Heinz Graffunder kämpfte mit den Mitteln des Architekten gegen die ausschließlich politisch motivierte Bilderstürmerei der neuen Machthaber. In der Mitte der Hauptstadt sollte nach seinen Vorstellungen ein den Dimensionen des alten Schloßplatzes gerecht werdender Gebäudekomplex entstehen, in den der Palast voll integriert war. Sein gemeinsam mit L. Arzt und L. Gericke erarbeiteter Entwurf für ein neues Berliner Forum hätte Millionenwerte erhalten können, welche

durch die einstigen Besucher des Palastes der Republik mit ihrer Arbeit in der DDR geschaffen worden waren.

G. Peters erinnerte: „Ein Bauwerk kann niemals für geschichtliche Entwicklungen haften. Ein politisch motivierter ‚städtebaulicher Mord‘ geschah mit dem Stadtschloß-Abriß. Ein weiterer ist der Abriß des Palastes der Republik. Der große Unterschied besteht im Abriß einer Kriegsrüine und der Vernichtung eines intakten Gebäudes.“ Sein Hinweis auf die im ICC am Funkturm im Vergleich zum PdR 2 ½ mal größere Menge von verwendetem Asbest (ca. 2000 : 782 t) bestätigte erneut, daß die PdR-Beseitigung politisch einträglich durchgesetzt werden soll. Die Differenzierung von Hermann Kant in Asbest (PdR) und Asbest (ICC) ließe sich auch auf viele weitere Entscheidungen und Maßnahmen anwenden, mit denen DDR-Geschichte je nach Bedarf entsorgt wurde. Eine Ausnahme von der Regel ist z. B. die von H. G. entworfene DDR-Botschaft in Budapest, die vom Auswärtigen Amt der BRD weitergenutzt wird.

Das fachliche Renommee von Heinz Graffunder führte zu zwei Berufungen als Professor, nämlich an die Internationale Bauakademie in Sofia und an die TH Cottbus. Daß nunmehr eine große Grünanlage in Marzahn-Hellersdorf seinen Namen trägt, wird viele Anwohner und Besucher an den Chefarchitekten dieses Wohnensembles erinnern. Der Eugen-Roth-Weg begrenzt an einer Seite den Heinz-Graffunder-Park. So liegt es nahe, mit den Worten des solcherart geehrten Dichters auch die Persönlichkeit des Architekten zu umreißen:

*„Ein Mensch, den man sonst immer sah,
ist eines Tages nicht mehr da.
Und jetzt erst merkt man, seit er fehlt,
wie er die andern mitbeseelt.“*

Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke

Am 10. Februar, um 16.00 Uhr,
spricht **Prof. Dr. Detlef Joseph**
auf einer Veranstaltung der
RF-Regionalgruppe Magdeburg
über die **EU-Verfassung.**

Lokal: Kühleweinstraße,
Autowerkstatt Opitz

Angela Davis
in Berlin (auf
unserem Bild
mit RF-Chef-
dakteur Klaus
Steiniger)

**Foto: Armin
Neumann**



Grenzsicherung 1952: Speckseiten in der Rappoldsburg

Seit Gründung der beiden deutschen Staaten (BRD September 1949; DDR Oktober 1949) gab es an der Grenze wiederholt von Westdeutschland ausgehende Provokationen. Die Zwischenfälle nahmen ständig zu. Der Ministerrat der DDR beschloß daraufhin Ende Mai 1952 „Maßnahmen für die Verstärkung der Grenzsicherung gegenüber der BRD“ (GBL, Nr. 65, S. 405). Zu diesen gehörte auch die Umsiedlung bestimmter Personen in das Inland der DDR, um eine mögliche Unterstützung der Provokateure durch Kollaboration zu verhindern. Bevor jedoch die Maßnahmen zur Durchführung kamen, hatten sich schon einige Familien über die noch offene Grenze in den Westen abgesetzt, wobei sie nicht immer ihre gesamte bewegliche Habe (Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Mobiliar u. a.) mitnehmen konnten. Oft ließen sie sogar Teile ihres Tierbestandes zurück, weil sie aus Angst vor den Konsequenzen ihrer Handlung gegenüber der DDR hastig in der BRD Zuflucht suchten. Da die Grenztruppe sich erst im Aufbau befand, wurden auch Angehörige der älteren FDJ-Generation für die Durchführung dieser Aktion mit eingesetzt.

Ich war damals Student der ABF Jena. Wir wurden mit LKWs nach Sonneberg gefahren und auf die Grenzorte verteilt. Unser Auftrag lautete, die verlassenen Gehöfte aufzusuchen und darüber zu wachen, daß keine Plünderungen geschahen, zurückgebliebenes bewegliches Eigentum sorgfältig zu registrieren und eventuell noch vorhandenes Vieh zu versorgen. Wir wurden zur Achtung der fremden Besitztümer, die wir vorfinden würden, verpflichtet. Persönliche Aneignung, auch nur von kleinsten Teilen, wurde uns bei Androhung strenger Strafe untersagt.

Mit zwei weiteren Studenten, zwei Polizisten und zwei Grenzsoldaten wurde ich in den ca. 3 km entfernten Kleinitzgrund gefahren. Wir sollten dort das Gasthaus „Rappoldsburg“ kontrollieren. Wir fanden ein idyllisches Tal zwischen den Bergen vor und darin einen Gasthof mit Stallung und Scheune. Das Anwesen mußte nach unserer Berechnung erst kurz zuvor verlassen worden sein, denn wir sahen die deutlichen Pferdespuren, die vom Gehöft über die ca. 50 m nahe Grenze, die ein kleiner Bach bildete, zur BRD führten. Daß der Aufbruch der Leute hastig erfolgt sein mußte, erkannten wir daran, daß im Flur des Hauses große Säcke mit frisch gebackenen runden Bauernbroten standen, Säcke mit Schinken- und Speckseiten, irdene Töpfe voller Sahne und andere Leckerbissen.

Seit wir Jena in Richtung Sonneberg verlassen hatten, waren wir schon viele Stunden ohne Verpflegung, doch die vorgefundenen Lebensmittel rührten wir nicht an. Um das Gehöft gackerten noch einige Hühner. Diese einzufangen war

für die Flüchtenden wohl keine Zeit mehr gewesen. Desgleichen auch nicht für eine Ziege, die angepflockt auf der Wiese graste und jämmerlich meckerte. Ich erkannte, daß sie ein prallvolles Euter hatte und befreite sie von ihrer Qual. Hungrig und durstig wie ich war, trank ich etwas von der Milch, wofür ich von den Polizisten sehr gerügt wurde. Der Vorfall führte sogar zu einer Meldung an die Leitung der ABF.

Das Gasthaus war völlig ausgeräumt, nur einzelne kleinere Möbelstücke standen noch herum. Im Saal befand sich ein großer Flügel. Wie staunten wir aber, als einer der Soldaten die Tastatur betätigte, um ein wenig Musik zu machen. Das konnte doch nicht verboten sein. Doch beim Anschlag kamen nur verzerrte dumpfe Töne heraus. „Den Flügel hätte man schon lange mal stimmen müssen“, sagte einer der Anwesenden und öffnete den Saitenteil. Was hier zum Vorschein kam, war ein ansehnliches Schmugglerlager. Viele Stangen aller möglichen Sorten von Westzigaretten, etliche Schokoladetafeln, Perlonstrümpfe und andere wertvolle Sachen, die zu jener Zeit sehr rar waren, und den Schiebern manchen Tausender einbrachten. Während wir alles ordnungsgemäß registrierten und ein Protokoll darüber aufsetzten, forderte eine Frau am anderen Ufer des Baches von den Soldaten, die vor der Tür Wache hielten, die Säcke mit den Lebensmitteln herauszugeben. Ihr wurde mitgeteilt, daß das nicht möglich sei; sie solle aber doch auf ihr Anwesen zurückkehren, es werde ihr nichts geschehen, wenn sie kein Unrecht begangen habe. Darauf nannte sie uns „kommunistisches Verbrechergesindel“ und eine Gruppe aus Männern und Jugendlichen drohte von jenseits des Baches: „Euch Kommunistenschweine hängen wir alle auf!“ Sie warfen mit leeren Bierflaschen nach uns. Wir reagierten darauf, indem wir uns aus deren Blickfeld entfernten. Bald darauf verschwanden die Schreihälse.

Uns war klar, daß die plötzliche Anordnung der Aussiedlung den Betroffenen viel Kummer bereitete. Angesichts dieses Ereignisses und der Konterbande

minderten sich jedoch unsere Zweifel an der Notwendigkeit der Aktion, denn wir erkannten, daß solche Ausschreitungen wahrscheinlich an der gesamten Grenze geschahen. Wie viele Schmuggler mag es wohl geben, fragten wir uns. Sicher ist, daß vor allem auch wertvolle und mühsam erarbeitete DDR-Produkte den entgegengesetzten Weg nahmen (z. B. Glas, Porzellan, Schmuckwaren, Thermometer, Fotoartikel und anderes), ohne daß unser Land auch nur einen Pfennig Nutzen davon gehabt hätte. So rechtfertigten diese illegalen Geschäfte und die Provokationen in unseren Augen die staatliche Zwangsmaßnahme. Richtig wohl war uns dennoch nicht, lernten wir doch auch manchen Schmerz kennen.

Die weitere Entwicklung in der BRD und deren Machenschaften gegen die DDR belehrten uns dann darüber, daß leider auch noch krassere Maßnahmen notwendig sein würden. Sie waren für viele Menschen mit großen Härten verbunden, trugen aber dazu bei, den Frieden in Europa zu sichern.

Elf Jahre nach dem Untergang der DDR suchte ich die Rappoldsburg noch einmal auf. Es war schwer, sie wiederzufinden, denn die Natur hatte dieses wunderschöne kleine Tal vollkommen zuwachsen lassen. Eine inzwischen errichtete Tafel gibt Aufschluß darüber, daß das Territorium des Kleinitzgrundes nach dem Zweiten Weltkrieg von Truppen der USA und der UdSSR besetzt wurde. Als die Amerikaner am 3. Juli Thüringen räumten, verwandelte sich die alte Landesgrenze in eine Demarkationslinie zwischen der sowjetisch besetzten Ostzone und der USA-besetzten Westzone. Plötzlich war die Bahnlinie, da sie 14mal die Besatzungszonen schnitt, unterbrochen. Nach großen Schwierigkeiten wurde am 16. Oktober 1946 der Zugbetrieb und am 14. April 1947 der Personenverkehr wieder aufgenommen.

Eine Aussage über die Grenzsicherungsmaßnahmen, eine Erklärung oder Beurteilung sucht man auf der Tafel vergebens. Sie bezeichnet den „wahnsinnigen Krieg“ als Ursache der Teilung Deutschlands.

Horst Rocktäschel



Der verdienstvolle Kommunist

Heinz Keßler

Widerstandskämpfer, Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland, Jugendfunktionär und Verteidigungsminister der DDR

ist am 26. Januar 85 Jahre alt geworden.

Der „RotFuchs“ umarmt seinen langjährigen Leser, Genossen und Freund.

Die wiederholt gestellte Frage, warum „die Führung die SED 1989 nicht in den Kampf zog“, würde ich so beantworten: Erstens waren das Politbüro und das ZK, vor allem seit Gorbatschows Machtübernahme, in ihrer Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Zweitens hatten sich die „Geführten“ in großer Zahl auf die Seite der „Reformer“ geschlagen; andere – besonders Karrieristen – verkrochen sich einfach; ein großer Teil der Genossen aber war verwirrt, verunsichert und paralysiert; und das „Fähnlein der sieben Aufrechten“ blieb zerstreut. Mancher fühlte sich plötzlich sehr allein.

Dazu einige Erinnerungen: Der erste spürbare Schlag erfolgte 1985 mit der kommentarlosen Propagierung von Gorbatschows „neuer Politik“, von „Glasnost“ und „Perestroika“. Der Wortführer dieses fundamental veränderten Kurses war kein Marxist, sondern – wie sich erst später für jedermann herausstellen sollte – ein Renegat. Seine „Theorie“ von den „allgemeinen Menschheitsfragen“, die plötzlich an die Stelle der Klassenfragen getreten sein sollten, erschien bei uns nicht irgendwo, sondern im ND. Der Verfasser saß im Kreml. Dementsprechend war die Reaktion allzu vieler Genossen: „Kommt aus Moskau, von der Spitze der KPdSU, muß also richtig sein.“ Ja, der Schlag wurde diesmal nicht aus dem Westen geführt. Nur sehr wenige, zu wenige, durchschauten das wahre Wesen dieser „Erneuerung“. Einigen dämmerte es erst nach zwei oder drei Jahren: Das ist ja ein Abtrünniger! Doch das Mitglied des Politbüros Kurt Hager sprach nicht von Konterrevolution, sondern von „Tapetenwechsel“ und merkte nicht die Axt am Fundament des sozialistischen Hauses, die dieses in ein nebelhaftes „europäisches Haus“ verwandeln sollte. Die Spaltung unserer Partei in Gorbatschowisten und Antirevisionisten wurde mir bewußt, als ich beunruhigt im ZK-Gebäude herumstolperte und mich ein Genosse aus dem Führungskreis um Schabowski bedauerte: Jetzt machen „sie“ schon „unsere“ Genossen kaputt. Wer waren „sie“? Wer „unser“? (Dieser „Genosse“ hat fünf Jahre danach als Geschäftsführer in der Treuhand das Hab und Gut der DDR-Bürger verschleudert.)

1987 oder 1988 kam Ligatschow, einer der letzten dem Marxismus Treuen in der Führung der KPdSU, nach Berlin. Offensichtlich suchte er Verbündete.

Ohne Ergebnisse reiste er wieder ab und wurde von Gorbatschow sofort „in die Wüste geschickt“. Die letzte Hoffnung auf eine Rückkehr der KPdSU-Politiker zum Marxismus schwand dahin.

Eine Episode zeigte bald Versuche zur Sammlung reformistischer Kräfte. Anfang 1988 erhielt ich unerwartet den Besuch eines Professors der Hochschule für Ökonomie aus dem Kreis um Christa Luft. Wir tauschten unsere Gedanken über die komplizierte politische Lage und mögliche Lösungen aus. Als ich die Bemerkung machte: „Jetzt kriechen die Reformer und Revisionisten aus ihren Schlupflöchern“, war das Gespräch schlagartig beendet.

Es erschien das sogenannte Ideologiepapier SED-SPD. Es war das Ergebnis von Verhandlungen mit Leuten, die unmißverständlich erklärten, sie wollten den Sozialismus „wandeln“ – und zwar durch Annäherung. Dieser unverhüllten Kriegserklärung folgte als Antwort ausgerechnet die Bescheinigung der vermeintlichen „Friedensfähigkeit des Imperialismus“. Auf eine direkte Anfrage antwortete Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: „Wenn wir nicht an die Friedensfähigkeit des Imperialismus glaubten, brauchten wir gar nicht erst mit ihm zu verhandeln.“ Das hatte mit Lenins Konzeption der friedlichen Koexistenz als einer Form des Klassenkampfes nichts mehr zu tun. Das Politbüro bezog zu diesem Papier keine eindeutige Position. Zu wem konnte man in dieser Phase noch Vertrauen haben?

wenige Sätze mit eindeutig reformistischen Positionen. Alle stimmten zu, ohne zu merken, daß sie, die Genossen der SED, gerade selbst den Untergang der DDR mit beschlossen hatten. Begründet wurde alles mit dem Wunsch nach einer „besseren DDR“, als ob die Kommunisten sie nicht gewollt hätten, als sie 40 Jahre lang für dieses Land arbeiteten und kämpften. In Leipzig wurde es noch deutlicher. Ohne Mitwirkung von Funktionären der SED-Bezirksleitung und Duldung des amtierenden 1. Sekretärs hätten sich die Demonstrationen nicht so entfalten können. Aber die Stimmen gegen eine solche Duldungspolitik verhallten ungehört. Bald darauf ging die Führung der Demonstrationen unter minutiöser Anleitung durch die Westmedien an geschulte Polit-Touristen aus der BRD über.

Den Arbeitern heute vorzuwerfen, sie hätten ihr Eigentum kampfflos aufgege-

A und O der Niederlage: der Zustand der Parteien

Die Ereignisse überschlugen sich. Der 40. Jahrestag der DDR rückte heran. Manche Genossen weigerten sich, Gorbatschow zuzuwinken. Mit Entsetzen mußten sie jedoch die Jubelrufe „Gorbi, Gorbi“ am Rande der Straße vernehmen. Ein im Westen üblicher und von dort hereingetragener Kosename wurde plötzlich bei uns skandiert. Waren die Rufer alle schon abgedriftet? Wußte die Parteiführung nicht, daß sie selbst den Zulauf zum Feind des Sozialismus mit organisiert hatte?

Daß Erich Honecker von Egon Krenz abgelöst wurde, war keine Überraschung und wurde zunächst akzeptiert. Ich selbst zog ihn Hans Modrow vor. Dieser war seit geraumer Zeit von den Westmedien als „Empfehlung“ für den Posten des Chefs der DDR propagiert worden. (Bald darauf arbeitete er Kohls Politik durch sein „Deutschland, einig Vaterland“ direkt in die Hände.) Aber wie konnte Egon Krenz so weltfremd sein, einem Westreporter auf dessen provokatorische Frage nach der Zukunft der SED zu versichern, eine Partei von 2,3 Millionen Kommunisten werde nicht zerfallen.

Tatsächlich zerfiel sie rasant. Unvergesslich bleibt mir unsere letzte Parteiversammlung, an der nur noch ein Drittel der Mitglieder teilnahm. Am Vormittag war die Konzeption von Egon Krenz zur Lösung der Probleme im ND erschienen. Am Abend stellte der Parteisekretär (!) dann den Antrag, dieses Papier zurückzuweisen. Keiner hatte es gelesen, aber alle (bis auf eine Ausnahme) stimmten dem Antrag zu. Wie ein Zauberer holte der Parteisekretär nun eine Plattform aus der Humboldt-Universität hervor und verlas

ben, ist in Kenntnis solcher Fakten eine kühne Beschuldigung. Die Partei war zutiefst gespalten und ein Teil von ihr auf Positionen des Klassenverrats übergegangen; sie war de facto kampfunfähig! Helmut Müller beruft sich im Leserbrief (RF 83) ausgerechnet auf diesen Teil der SED „als beträchtliches Potential für die Erneuerung sozialistischer Politik“. Aber die beschworene „Mobilisierungsmasse“ für eine bessere DDR war längst in alle Winde zerstreut. Die ideologische und organisatorische Zersetzung der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder liefert die Haupterklärung für die erlittene Niederlage.

Da wir heute wissen und in voller Härte erfahren, wohin die „Erneuerung“ geführt hat, ist die Niederlage insofern den Kommunisten selbst anzulasten, als die den Reformismus und seine Erscheinungsformen nicht rechtzeitig erkannt und nicht entschieden genug bekämpft haben. So konnte die Gorbatschow-Clique 1985 ausgerechnet in der UdSSR die Macht übernehmen, womit 1989 ein isolierter Widerstand ohne sowjetische Hilfe aussichtslos sein mußte. Ein geordneter Rückzug und der Schutz gefährdeter Genossen wären natürlich unerlässlich gewesen. Aber wie? Jelzin und Gorbatschow haben sogar den Kommunisten Erich Honecker im Stich gelassen und an die Bonner Klassenjustiz ausgeliefert. Jede Berufung auf die angeblich guten Absichten dieser Renegaten ist Nonsens, nachdem der frühere KPdSU-Generalsekretär seine „Erneuerung“ selbst als Schwindel mit dem Ziel der Zerschlagung des Kommunismus bezeichnet hat.

Dr. Norbert Pauligk

Erfahrungen eines altgedienten Lehrers

Eigentlich ist es traurig, daß die in Dresden Regierenden erst eine solche Wahlschlappe hinnehmen mußten, um darüber nachzudenken, daß es Zusammenhänge zwischen Rechtsradikalismus, Bildung und Sorge um die Jugend gibt. Jeder Lehrer, Schulleiter, Bildungspolitiker, der nicht die Augen und Ohren verschließt, weiß doch, wie viele Jugendliche sich rechts orientieren, weil ihnen zu wenig Chancen beim Lernen, bei der Lehrerbildung und in der Freizeit gegeben werden. Die Minister äußern sich stets selbstzufrieden über die angeblich exzellenten Bedingungen für junge Menschen. Die ständigen Schulschließungen sollen nach Meinung der Regierenden dazu führen, daß die Schüler besser unterrichtet werden. Die Meinungen der Eltern zu der Hin- und Herkutscherei mit Bussen werden abgetan. Dabei wissen doch alle Ostdeutschen, daß es in der DDR auch in kleineren Orten Schulen gab, die einzügig erfolgreich Unterricht erteilten. Dessen Qualität wird nicht durch Zentralisierung erreicht, sondern durch die persönliche Zuwendung der Lehrer. Diese müssen Schüler und Eltern nicht nur von der Schule her kennen. Die Erziehung, die seit der „Wende“ in sträflichster Form vernachlässigt wird, da sie angeblich alleinige Aufgabe der Eltern sei, muß wieder den ihr gebührenden Platz einnehmen. Die Fehlinterpretation, der Lehrer sei nur für die Vermittlung von Stoff da, führte zu dem, was heute so lautstark beklagt wird. Dabei ist dem Unterricht innewohnenden Erziehungspotentialen große Aufmerksamkeit zu schenken, denn die vom Lehrer ausgewählte Literatur, das Wissen über zwischenmenschliche Beziehungen, die Achtung des anderen, Themen der Geschichte, der Kunst sind umfassender als die reine Wissensvermittlung. Kein Lehrer kann daran vorbeigehen, wenn er nicht nur Unterrichtsleiter sein will.

Die OECD-Studie belegt wieder einmal: Seit fünfzehn Jahren wird uns eine Bildungspolitik aufgedrückt, die eigentlich auch schon in der alten BRD überholt war. Man wollte keine Experimente und stellt heute fest, daß Finnland, welches sehr viel vom DDR-Bildungswesen übernahm, uns weit voraus ist. Vor Jahren begründete man noch, die Einteilung in Unterrichtsbereiche wie Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft verlange einfach große Schülerzahlen in einer Klassenstufe. Inzwischen hat man das endlich abgeschafft, nun geht es mehr um Breite in der Gestaltung der einzelnen Schulen. Dem stimme ich zwar auch zu, da die Interessen der Schüler besser berücksichtigt werden, aber diese breitere Gestaltung des Unterrichts kann natürlich auch anders erfolgen, beispielsweise in Arbeitsgemeinschaften oder Lehrabschnitten, ähnlich den Projekttagen. Was uns aber Finnland in entscheidendem Maße voraus hat, ist die Bildung und Erziehung in der Gruppe, wo sich die Schüler

für die Mitschüler verantwortlich fühlen, wo einer dem anderen hilft. Da wird nicht wie bei uns der Egoismus gefördert, sondern die Zusammenarbeit. Obwohl die Unternehmen immer wieder dazu mahnen, die Teamfähigkeit zu entwickeln, geschieht hier nur auf dem Papier etwas. Wer nämlich lernt, den anderen ernst zu nehmen, wer Hilfe ganz normal empfängt und weitergibt, wird niemals auf billiges Geschwätz hereinfallen. Die Erziehung in der Gruppe, die von Psychologen immer wieder gefordert wird, trägt dazu bei, selbstkritisch zu denken, nicht vorge-setzte Lügen zu glauben. Es ist die viel beschworene Praxis, die auch in der DDR von guten Lehrern angewandt wurde, was mit falsch verstandenem Kollektivgeist nicht gleichzusetzen ist. Wissenschaftliche Untersuchungen besagen, die Rechten suchen gerade diesen Halt, den ihnen die Schule nur selten gibt, denn die großen Klassen und Klassenstufen verhindern, sich kennenzulernen und einen ehrlichen Umgang miteinander zu pflegen, Lehrer, Schüler, Eltern als Ausgangspunkt für das spätere Zusammenleben in der Gesellschaft zu betrachten. Wem das Lernen schwerfällt, wer nicht die gewünschte Hilfe vom Elternhaus bekommen kann, wer Zusammenhänge in der Gesellschaft nicht erkennt, neigt dazu, die falschen Freunde zu suchen. So entstehen diese sogenannten Kameradschaften, die mehr ein Unterordnen als ein Einordnen sind. Ich habe in meinem früheren Unterricht stets darauf geachtet, daß die Schüler eigene Denkweisen, Gefühle und Haltungen bei den literarischen Figuren wiederfanden. So war eine teilweise Identität möglich. Um eine vordergründige Nachahmung zu vermeiden, wie diese besonders bei Rechten auftritt, besteht im Literaturunterricht immer die Möglichkeit, die verschiedensten Gestalten, negative als auch positive, miteinander zu vergleichen. Daraus lernt der junge Mensch, daß es kein absolutes Böse oder Gut gibt. Er muß begreifen, wo die persönliche Gefahr für ihn liegt, wo er zum Nachahmer, zum Verfechter eines blinden Gehorsams und wo er zum verantwortungsbewußten Menschen wird. Das ist die entscheidende Frage, die auch in der DDR nicht immer richtig verstanden wurde. Vordergründigkeit, Plakativität führten zur Ablösung. Aber das darf uns nicht dazu verleiten, die Erziehung in der Gruppe, das fachübergreifende Unterrichten zu vernachlässigen. Nur

wer in die Herzen und Hirne der jungen Menschen sehen kann, wer einfühlsam ist und den Schüler ernst nimmt, wird hohe Forderungen stellen können, denn dann entsteht in den Klassen und Schulen eine Atmosphäre, die rechte Gesinnung einfach unmöglich macht. Ich erinnerte in solchen Fällen immer an literarische Figuren, an Künstler, die sich mit dem Faschismus auseinandersetzten, an Erkenntnisse, die wir im Unterricht hatten. Sie stehen im Gegensatz zur Unterordnung unter einen Führer, sie sind Herausforderungen an das eigene Denken, was uns erst zu Menschen macht.

Natürlich ist es richtig, daß die jüngeren Lehrer oft schneller Kontakt zu den Schülern haben. Diese Tatsache sagt aber nichts über die Qualität der Lehrer aus: Erfahrungen, fachübergreifendes Wissen sind wichtiger als der Computer, denn sie müssen ständig prüfen, wie weit Schüler mit Erziehung und Bildung vorangekommen sind, überlegen, wer wem helfen könnte, die Erfahrungen der Schulpsychologie nutzen. Man sollte gute Lehrer nicht aus angeblicher Kinderliebe unterfordern. Erziehen und Bilden in der Gruppe bedeutet nicht, wie so oft propagiert, Gleichmacherei, denn der schnell Auffassende lernt gleichzeitig von Mitschülern in anderen Bereichen, weshalb in die Stunden immer wieder Erlebnisse der Freizeit, des eigenen Denkens und Fühlens einbezogen werden müssen. Dafür eignet sich der Ausdrucksunterricht hervorragend. Der Schüler findet sich selbst, er braucht dazu keine Führer, aber gute Lehrer, die ihn und die Gesellschaft ernst nehmen, sich einmischen und nicht alles den Oberen überlassen. Ebenso falsch wie die Unterforderung ist die Überforderung, an der heute viele junge Menschen leiden. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Die erste ist die Primitivität des Fernsehens, das nur auf Gewalt und Oberflächlichkeit orientiert. Trotz aller Mahnungen von Verantwortungsbewußten hat sich da nichts verändert. Eine zweite ist die an den Achtundsechzigern orientierte Auffassung, „kindgemäß“ sein zu wollen, wobei die Tatsache, daß Kinder von Natur aus unwahrscheinlich lernbegierig sind, völlig mißachtet wird. Das Lernen muß gelernt werden. Dabei erfährt der junge Mensch, Forderungen an sich zu stellen. Das heute so weit verbreitete sinnlose Schwafeln hat damit nichts zu tun. Lehrer und Eltern müssen engstens zusammenarbeiten, sich dazu gut kennen, einander vertrauen können. Das ist in zentralisierten Schulen kaum möglich. Dazu sollte der Lehrer aber vor allem die Achtung genießen, die dazu nötig ist. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Bewegtheit des Lehrers, sein Engagement von den Schülern viel höher geschätzt werden als ein spezielles Fachwissen. Der Schüler muß ständig spüren, daß er gefördert und gefordert wird.

Robert Leßig

Letzte Tage der Ausstellung

Rettet den Reichtum!

Ort: MEDIENGALERIE
Haus der Buchdrucker

Dudenstraße 10, Berlin-Kreuzberg
Montag bis Donnerstag 12–19 Uhr

Fotos
Reportagen
Texte
Collagen
Montagen

Nur noch
bis 6.
Februar

In der nordspanischen Bergarbeiterprovinz Asturien war es im Oktober 1934 zu einem Aufstand gegen den Sozialabbau und die reaktionäre Politik der Republikregierung gekommen. Eine in Spanien erstmals breit vereinte Linke setzte ihre Kampflosung UHP (Union Proletarischer Brüder) dagegen. Madrid setzte zur Unterdrückung Kolonialregimenter und Guardia Civil ein, unterstützt von Artillerie und Flugzeugstaffeln. Die Linken hielten hingebungsvoll zwei Wochen stand. Etwa 3000 Arbeiterkämpfer und deren Angehörige wurden getötet, 7000 verletzt. Allerdings war der Aufstand nicht imstande gewesen, Massen in ganz Spanien gegen die reaktionären Entwicklungen in Bewegung zu bringen. Doch in der Folge wirkte die Niederlage aufrüttelnd.

Die Regierenden glaubten, durch scharfes Anziehen der Repressionsschrauben jegliche Gedanken an weitere Auflehnung ausbrennen zu können. Massenverhaftungen erfolgten. Über 30 000 Menschen wurden eingekerkert, bis hin zu Liberalen. Erste Hinrichtungen drohten. Empörung wallte auf, Zorn eskalierte.

Der rechtsliberale Republikspräsident Alcalá Zamora versuchte, durch Ausschreibung von Parlamentswahlen für Februar 1936 die Lage in den Griff zu bekommen. Er setzte dabei auf das Mehrheitswahlgesetz, das die Rechten bisher begünstigt hatte.

Die nach dem 1. Weltkrieg gegründete Kommunistische Partei (PCE) war immer wieder in die Illegalität getrieben worden, mitgliederschwach und sektiererisch. Im April 1933 erfolgte in Auswertung der Entwicklung in Asturien und vor allem auch angesichts der von Nazideutschland ausgehenden braunen Welle eine Umorientierung der Partei. Unter neuer Spitze mit Dolores Ibarruri (La Pasionaria) und José Díaz war Arbeitereinheitfront angesagt, bald danach Volksfront. Im Zuge ihrer Weltmachtpolitik zielten die Hitleristen auch auf das strategisch wichtige Spanien, so wie heute wieder die USA. Ab 1934 waren von Berlin und Rom Absprachen mit den spanischen Rechten zum Sturz der Republik in Spanien getroffen worden.

Der neue Kurs der PCE war unter Beachtung der Lage im Lande wie in wichtigen Teilen Europas bereits zwei Jahre vor dem VII. Weltkongreß der Komintern von 1935 eingeleitet worden. Gegen die Einheitsfrontpolitik hatte noch der Komintern-Funktionär mit dem Pseudonym Chararoché in einer Artikelserie polemisiert. Die spanische Parteispitze ließ sich jedoch nicht von ihrer weitsichtigen Orientierung abbringen. Ihr Plädoyer für die Volksfront fand rasch Beachtung und mündete während schwieriger Jahre in erheblichem Mitgliederzuwachs.

Obwohl die Parlamentswahlen bevorstanden, wollte in der zerfaserten Linken bis zu Liberalen eine Einigung auf ein allseitig annehmbares Volksfront-Programm lange nicht gelingen. Die drei einigermaßen fortschrittlichen, einflußreichen liberalen Parteien widersetzten sich der Festlegung auf einschneidende Reformen,

die Sozialdemokraten verlangten die Beschränkung auf Wahlbündnisse, die PCE wollte dem Beitritt der linksextremen Splittergruppe POUM nicht zustimmen, und auch die anarchistischen FAI/CNT lehnten jedwede Bündnisse mit Bürgerlichen ab. Schließlich kam doch noch die Allianz zustande, ohne Anarchisten, jedoch mit POUM, die zwar bei den Wahlen unter einem Prozent blieb, der aber ein Mandat abgetreten wurde. Einigende Losung war der elektrisierende Kampfruf „Amnestie!“ Die FAI/CNT-Führung wurde von ihren Mitgliedern erstmals veranlaßt, von einem erneuten Aufruf zum Wahlboykott abzugehen. Die Volksfront siegte dank dem Mehrheitswahlrecht, das diesmal ihr zugute kam. Sie erhielt 289 von 468 Parlamentssitzen. Bemerkenswert: Die drei progressiven liberalen Parteien errangen zusammen 162 Mandate, die PSOE-Sozialdemokraten 99, die PCE 17 und die trotzkistische POUM das ihr abgetretene Mandat, 10 gingen an Basken.

auf Galizien, Mittelspanien und Teile Andalusiens beschränkt.

Am vierten oder fünften Tag wurde deutlich – die Blitzumsturzpläne der Reaktionäre waren am Scheitern. In dieser Situation griffen die faschistischen Großmächte Deutschland und Italien ein. Berlin sorgte dafür, daß hitlerdeutsche Junkers-Maschinen die starke, disziplinierte spanische Kolonialarmee in andalusische Randgebiete des Festlandes flogen. In der Meerenge von Gibraltar patrouillierten unter dem Kommando republiktreuer Matrosen spanische Kriegsschiffe. Benzin für die NS-Maschinen wurde auf Kredit von Texas Oil über salazaristisch-portugiesische Häfen geliefert, ebenso Waffen für die in Schwierigkeiten geratenen faschistoiden Militärs. Die konservative britische Regierung sorgte in der Folge per Pseudo-Nicht-Intervention für Behinderung der Republikverteidigung.

Als Notmaßnahme hatten unterdessen sämtliche linken Parteien und Organi-

Die Sicht des Spanienkämpfers Fritz Teppich (1)

Ministerpräsident wurde der Chef der Linksliberalen, Manuel Azana. Er agierte zögerlich, stieg dann jedoch zum Republikpräsidenten auf. Anschließend lösten sich liberal orientierte Regierungen in rascher Folge ab, während die Spannungen zwischen rechts und links eskalierten. Es wurde von einem Putsch reaktionärer Militärs geraunt. Am 17. Juni 1936 gaben rechtsorientierte Offiziere von der spanischen Kolonialenklave in Marokko aus unter Bruch ihres Treueeides das Stichwort zum Losschlagen gegen die auf fairen Wahlen beruhende Republik. Wer sich den Meuterern widersetzte, wurde niedergemacht bis hin zu hohen Offizieren. Der Auftaktcoup gelang. Mit einem britischen Flugzeug reiste der junge General Franco an.

Am folgenden Tag, dem 18. Juli, wurde zum Aufstand im sogenannten Mutterland aufgerufen. Doch sogleich widersetzten sich in wichtigen Landesteilen große Massen. Kaum bewaffnet, angefeuert vom Optimismus des vorangegangenen Volksfrontsieges, wurden unter blutigen Opfern in Madrid, Valencia, Bilbao oder Malaga, weiteren Städten und in industriellen Schwerpunkten Kasernen der Meuterer von Republiktreuen gestürmt. In Kerngebieten der FAI/CNT, vor allem in Katalonien und auch in Teilen Andalusiens waren Anarchisten erfolgreich. In Barcelona auch, weil dort tausend Gendarmen der Guardia Civil unter ihrem Kommandeur Escobar und die als bewaffnete Republikspolizei geschaffene Guardia de Asalto gegen die Meuternden angingen. Diese waren im wesentlichen

sationen eigene Milizen gebildet und in den Kampf geworfen. Diese waren kaum ausgebildet, mangelhaft bewaffnet, konnten nicht zentral eingesetzt werden. Ihre Defizite suchten sie durch enormen Elan auszugleichen. Parallel waren bedeutende Betriebe und Firmen von Arbeitern und Angestellten übernommen worden, in Katalonien meist von Gremien der anarchistischen Gewerkschaft CNT. Latifundien wurden von Landarbeitern und Kleinbauern besetzt. Auf freiwilliger Basis entstanden, meist unter Kommunisten, staatlich geförderte Genossenschaftsstrukturen. Bei den Kollektivierungen in Katalonien und Aragon wurde aufgrund anarchistischer Theorien so weit gegangen, das Geld in Dörfern abzuschaffen oder nur noch beschränkt zuzulassen. Auf die Folgen muß hier nicht hingewiesen werden. In der Spanischen Republik waren Bürgerkrieg, Revolution und Krieg gegen die faschistischen Interventionen binnen kurzem miteinander verschmolzen. Jetzt wie leider meist üblich, nur von Bürgerkrieg zu reden oder zu schreiben, liefe auf Entlastung der Interventionen hinaus, in erster Linie der nazideutschen.

Die revolutionären Errungenschaften jener Jahre waren einschneidend. Sie wurden in den bleibenden Republiksjahren geschützt und bewahrt. Die neu entstandenen staatlichen Strukturen hatten mit jenen der Vorkriegszeit nichts zu tun. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß vier anarchistische Minister der Republikregierung angehörten. Dagegen waren nur zwei Kommunisten Republikminister.

Was hat es mit den „wiedergeborenen Christen“ auf sich?

Vor 70 Jahren hatten wir es in Deutschland mit einem „Führer“ zu tun, der sich von der Kraft einer „göttlichen Vorsehung“ umgeben wußte. In der heutigen westlichen „Wertegemeinschaft“ müssen wir leider davon ausgehen, daß das Christentum immer noch zur Bemäntelung oder zur Rechtfertigung der schlimmsten imperialistischen Ambitionen benutzt wird. Einstmals hatten germanische „Arier“, heute haben die USA eine „Mission“ zu erfüllen, haben ihre Politiker „mit der Kraft des Gebets“ den Auftrag, das „von Gott gesegnete Amerika“ zum Sieg über den „Terrorismus“ zu führen. Dabei tauchen auch neue Vokabeln auf, die in unseren Ohren fremd klingen. So sprechen religiöse Fundamentalisten protestantischer Prägung auffallend oft davon, daß sie „wiedergeboren“ seien. Was heißt das?

Christ sein heißt für mich Jesuaner sein, dem nachzuspüren, was aus seiner Bergpredigt durchschimmert an Liebe zur Welt, Liebe zu den Menschen, Liebe zu den Schwachen und Armgemachten. Alles andere Dazu-Philosophieren, jeder metaphysische Schnickschnack, alle theologischen Verrenkungen, die von der Bergpredigt weg ins Abseits führen, können mir gestohlen bleiben!

Andererseits weiß ich natürlich genau, daß es unter Menschen nicht ohne Traditionen abgeht, daß Überlieferungen sogar hilfreich sein können. Auch Sozialisten und Kommunisten stellen sich ja in eine Tradition – nämlich hinter zahllose vorangegangene Anläufe, etwas zur Rettung der Welt beizutragen.

Rettung der Welt? Wer so etwas ausspricht, wird gewöhnlich müde belächelt. Diese Verachtung des vermeintlich Dummen, zumindest Weltfremden, der da in uns gesehen wird, müssen wir aushalten und weitermachen. Ich möchte dazu meinen Beitrag als Theologe leisten.

George W. Bush, der größte Kriegsverbrecher, den diese Erde gegenwärtig ertragen muß, nennt sich einen „wiedergeborenen Christen“. Was hat es damit auf sich? Wer fernöstliche Religionen kennt, könnte auf die Idee kommen, es sei jener Mensch in seinem früheren Leben eine Ameise oder ein Affe gewesen, aber jetzt ein Mensch mit einem unverwechselbaren Namen. Aber weit gefehlt. Wenn sich jemand „wiedergeboren“ nennt, so beruft er sich auf eine der jüngsten Schriften des Neuen Testaments: das Johannes-Evangelium. Dieses Schriftstück ist das Produkt aus einer frühchristlichen Gemeinschaft Generationen nach dem historischen Auftreten des Jesus aus Nazareth. Diese Schrift gründet sich nicht mehr auf eine Redetradition oder einen Sprechtext von Jesus. Natürlich nimmt sie Bezug auf sein geschichtliches Reden und Handeln, aber es formt die von ihm durch Mittelperso-

nen bezugten Äußerungen bereits ganz um auf die Bedürfnisse der damaligen Frühkirche. Z. B. üben diese Christen bereits das Eintrittsritual der Taufe aus, während die historische Jüngerschar zwei Jahrhunderte zuvor eine eigene Taufpraxis überhaupt nicht kannte! Ich zitiere einen der Abschnitte, die die kirchliche Taufpraxis begründen sollen. Es ist die Begegnungsgeschichte von Jesus und Nikodemus:

Nikodemus, einer von den Oberen der Juden, kam zu Jesus bei Nacht und sprach zu ihm:

Meister, wir wissen, du bist ein Lehrer, von Gott gekommen; denn niemand kann die Zeichen tun, die du tust, es sei denn Gott mit ihm.

Jesus antwortete und sprach zu ihm: Wahrlich, wahrlich, ich sage dir: Es sei denn, daß jemand von neuem geboren werde, so kann er das Reich Gottes nicht sehen.

Nikodemus spricht zu ihm: Wie kann ein Mensch geboren werden, wenn er alt ist? Kann er denn wieder in seiner Mutter Leib gehen und geboren werden?

Jesus antwortete: Wahrlich, wahrlich, ich sage dir: Es sei denn, daß jemand geboren werde aus Wasser und Geist, so kann er nicht in das Reich Gottes kommen.

Nikodemus antwortete und sprach zu ihm: Wie kann dies geschehen?

Jesus antwortete und sprach zu ihm: Bist du Israels Lehrer und weißt das nicht? (Johannes-Ev. 3, 1–15 i. A.)

Der Glaube an diesen nach Johannes so verstandenen Jesus, der bereits der Christus ist, bringt allein die Rettung für die Menschen, will der Schreiber sagen. Dazu ist erforderlich, daß jemand aus Wasser und Geist neu geboren, wiedergeboren ist. Wer vom Geist, wie ihn die Johannes-Anhänger verstehen, angeblasen ist, hat ein Anrecht auf das Himmelreich. Mit diesem Bild vom Himmelreich verläßt der Johannes-Evangelist gänzlich die jüdisch-alttestamentliche Vorstellungswelt von der Erde und einer Menschheit, die darauf gerecht und geschwisterlich leben soll. Der Glaube an den Gott, der seinen Menschen das irdische tägliche Brot gewährt, der seinen menschenfreundlichen Willen nicht nur im Himmel, sondern auch auf Erden geschehen lassen will –, dieser Gott gilt nicht mehr, sondern hier gilt einer, der auf jenseitigen Gewinn zielt, wo doch auf dieser Erde ohnehin alles verloren ist. Aus Jesus, dem Freund der Kinder, aus dem Gesprächspartner von Huren und Staatsdienern, aus dem Fresser und Weinsäufer ist der entrückte Heiland der kirchlichen Devotionalien geworden. Man darf allenfalls die Fußspitzen seines vergoldeten Korpus küssen. Aus den Jesus-Anhängern, die im Grunde eine jüdische Glaubensgemeinschaft besonderer Qualität waren,

ist hier die christliche, dezidiert nicht-jüdische und partiell antijüdische, um nicht zu sagen antisemitische Frühkirche geworden.

Legt man die Kategorie Böses oder Gutes tun an das Handeln von wiedergeborenen Christen an (und das muß man auch nach Johannes' Vorstellungen befolgen!), dann stellt sich bald heraus, ob diejenigen wirklich neue Menschen sind, die das so vollmundig von sich behaupten. Wir brauchen dazu nur auf jene Taufe zu blicken, die Jesus, ihr angeblicher Herr, selber auf sich genommen hat und die das Neue Testament auch recht gut bezeugt. Es ist die Taufe am Jordan durch den Täufer Johannes (bitte nicht mit dem zufällig gleichnamigen Evangelisten verwechseln!). Allen Taufwilligen, und d.h. allen denen, die den Weg eines neuen, gerechten Lebens einschlagen wollten, sagte dieser Täufer nämlich genau, worin ihre Umkehr von einem falschen Lebensentwurf bestehen sollte. Die Menge der Taufwilligen fragte ihn: „Was sollen wir denn tun?“ Er antwortete und sprach zu ihnen: „Wer zwei Hemden hat, der gebe dem, der keines hat; und wer zu essen hat, tue ebenso.“ (Lukas 3,10 f.) Den weiterhin nachfragenden Beamten von Staat und Militär gab er den Rat, niemandem Gewalt anzutun und sich nicht bestechen zu lassen.

An diesem Maßstab gemessen, tut der Böses, der nicht bereit ist, seine Habe mit anderen zu teilen. Böses tut, wer andere beraubt, unterdrückt oder erpreßt zu Zahlungen, die ihn arm machen. Wendet man diesen Kanon auf unser heutiges privatkapitalistisches Wirtschaftssystem an, so besteht dieses aus lauter Raub, Betrug und Erpressung. „Privare“ heißt „rauben“. Wer heute durch Privatisierung das Heil sucht, der hat sich auf den Raub eingelassen. Wirtschaftssysteme und Staatengruppen, die sich dieser Art des Wirtschaftens und Regierens bedienen, haben damit Raub und Betrug zum Merkmal ihres Handelns gemacht, einschließlich ihres obersten „Führers“ – und wenn er dreimal getauft ist und hundert Halleluja pro Minute rufen kann, wenn er seine Kabinettstunde mit einem Gebetsfrühstück beginnt und wenn er tausendmal Gott im Munde führt.

Der Geist Gottes aber wird diese Aura der Selbstgerechtigkeit hinwegfegen. Das Land mit dem höchsten Energieverbrauch pro Einwohner und zugleich der größten Zahl Strafgefangener ist heute zum Inbegriff für eine Lebensweise geworden, die bössartiger und menschenfeindlicher nicht sein kann. Daher muß unsere Liebe und unsere Solidarität nur denen gehören, die Opfer dieser Täter im Mantel der christlichen Wohlanständigkeit sind.

Ist Juschtschenkos Frau eine CIA-Agentin?

Der 50jährige Viktor Juschtschenko hat seinen Abschluß am Ternopolsker Finanz-ökonomischen Institut gemacht, diente in der Armee, wurde Leiter des Ukrainischen Republikkontors Gosbank, erklomm die Stufenleiter bis zum Stellvertretenden Leiter der Kommerzbank „Ukraine“, stand an der Spitze der Nationalbank der Ukraine und bekleidete zwei Jahre den Posten des Regierungschefs.

Juschtschenko organisierte einen Block von 10 Parteien, der bei den Parlamentswahlen im Jahre 2002 erfolgreich war und mehr Stimmen erhielt als eine beliebige andere Vereinigung (24,7 %). Diese Fraktion konnte allerdings nur einen Schlüsselposten bekommen – den Finanzausschuß der Rada. Die übrigen leitenden Positionen entfielen auf die Pro-Präsidentenkräfte Kutschmas und die linken Parteien.

Der Abgeordnete Tars Tschornowil, der von Juschtschenko abgerückt ist, beschwerte sich gegenüber den Lesern der „Iswestija“ darüber, daß Viktor Andrejewitsch „sehr oft nur sich gelten läßt“. Über Juschtschenko spricht man wie über einen Menschen, der sich selbst geschaffen hat.

Juschtschenko, der sich heute als bewußter Nationalist positioniert, hat sich bis vor kurzem noch mit „prorussischer Tätigkeit“ befaßt. Er war Direktor des Russisch-Ukrainischen Instituts für Management und Business namens Boris Jelzin. Bis dahin, noch zu Sowjetzeiten, arbeitete er an der Universität in der Abteilung für Marxismus-Leninismus.

Sechs Jahre war Juschtschenko Direktor der Sparkasse des Dorfes Uljanowka in Sumschina, und von dort gelang es ihm, nach Kiew in die Abteilung Landwirtschaft der Gosbank der UdSSR überzuwechseln. Er wurde vom bekanntesten ukrainischen Finanzmann Vadim Getman „entdeckt“, und von da an begann sein Aufstieg auf der Karriereleiter.

Getman, der die Agroprombank (Landmaschinenbank) „Ukraine“ leitete, machte Juschtschenko zu seinem Stellvertreter. Mit Unterstützung von Getman wurde die Bank unter Juschtschenko die drittgrößte des Landes. Juschtschenko benahm sich wie ein erfolgreicher Finanzier solange Getman lebte. Als man diesen jedoch im Fahrstuhl erschlug, wirkte sich der Anschlag nicht nur auf das ukrainische Finanzsystem aus, sondern auch auf die Person Juschtschenkos. In seiner Umgebung erschienen nun seltsame und radikal ausgerichtete Leute.

Juschtschenko, den Ökonomen und unerfahrenen Politiker, trug seine Gefolgschaft empor. Sie versuchte, ihn zu einer Art König hochzustilisieren. Wichtig für Viktor Andrejewitsch wurde seine Familie, die sich zu einem Klan auswuchs. Zunächst heiratete Juschtschenko das Patenkind von Vadim Getman, Swetlana Kolesnik. Seine zweite

Frau wurde die Amerikanerin Katerina Tschumatschenko.

In einem Interview, das er der „Iswestija“ erklärte, er, daß er sehr stolz auf sich sei, denn selten hätte ein Mann solche Vorwürfe hinsichtlich seiner Ehe ausgehalten.

Die amerikanische Frau Juschtschenkos (sie ist jetzt 43 Jahre alt) war Direktorin von Banken-Programmen. Als Assistentin des Staatssekretärs für Menschenrechte nahm sie verschiedene Regierungsposten ein, die die Verbindung zwischen dem Weißen Haus und dem Finanzministerium der USA zum Inhalt hatten. Dank ihrer Unterstützung erhielt Juschtschenko den Status eines jungen Reformers und „amerikanischen Erfolgsmannes“.

Die Vereinigten Staaten stellten der Ukraine „unter Juschtschenko“ Kredite zur Verfügung. Sogar die Außenministerin M. Albright fand ihn sympathisch.

Rußland nannte Juschtschenko einen „Mann der Amerikaner“ und dieser und jener Moskauer Politologe bezeichnete dessen Frau als CIA-Agentin. Die Gegner von Juschtschenko studierten Materialien, die seinerzeit von Tschumatschenko geschrieben wurden und die sich gegenwärtig in der amerikanischen Bibliothek Reiganowski befinden. Nur vier von ihnen sind offen zugänglich, die übrigen „Staatsgeheimnis der USA“. Man nimmt an, daß Juschtschenko dank seiner neuen Frau direkten Zugang zum

amerikanischen Establishment gefunden hat. Der Einfluß von Tschumatschenko auf Juschtschenkos Präsidentschaftskandidatur war kolossal!

Mit Katerina ist Viktor buchstäblich in der Luft bekanntgeworden – zwischen Amerika und der Ukraine. Die Romanze begann im Flugzeug. Der vielstündige Flug reichte aus, daß sich Juschtschenko entschloß, seine Familie zu verlassen.

Die Gerüchte über die Zugehörigkeit von Tschumatschenko zur CIA interessierten sogar den Präsidenten Leonid Kutschma und den Sicherheitsdienst der Ukraine. Die Gespräche über Tschumatschenko sind vom Major Melnitschenko im Kabinett Kutschmas illegal auf Tonbändern mitgeschritten worden.

Zum „Kreis“ um Juschtschenko gehört außer seinen Verwandten und politischen Vettern vor allem die Finanzwelt. Deren hervorstechendster Vertreter ist der Abgeordnete David Schwanija. Er half dem russischen Präsidentschaftskandidaten Iwan Rybkin, sich zeitweilig in Kiew zu verstecken. Das Auftreten Juschtschenkos zusammen mit Schwanija läßt auf eine Beteiligung an der Wahlkampagne seines Freundes und Partners, des Oligarchen Boris Beresowski, schließen. Zusammen mit Schwanija, dem „Finanzier“ Juschtschenkos, wurde auch Alexander Morosow, der die ukrainische Vertretung der russischen „Europäischen Sicherheitsallianz“ personifiziert, Abgeordneter.

Die Nationalisten konnten Juschtschenko lange nicht seinen Dienst bei den Grenztruppen, die dem KGB unterstellt waren, verzeihen. Dieses ihm anhaftende Image verwehrt ihm zunächst, sich mit den ukrainischen Ultrarechten zu arrangieren. Um sich in ihren Augen zu „rehabilitieren“, hat Juschtschenko die faschistischen Nationalsozialisten in seinen Block aufgenommen.

Die politische Geschichte Juschtschenkos wurde zum Kampffeld. Gegen ihn ermittelte die Untersuchungskommission des Parlaments. Man versuchte ihn für die unerlaubte Verteilung ukrainischer Valutareserven in Zypern anzuklagen. Die Rede war von 580 Millionen Dollar. Außerdem warf man Juschtschenko die Schuld an dem Bankrott der Bank „Ukraine“ vor.

Während der Zeit der Präsidentschaftswahlkampagne sagte man, daß sich der Kandidat der Opposition „selbst vergiftet“ oder daß er das seinem Freundeskreis aufgetragen hat.

**Aus „Iswestija“, Büro Kiew
Übersetzung: Brigitte Queck**



**Ich tue das, um Dich zu beruhigen.
Aus „The Guardian“, Sydney**

Brief aus Kiew

Die Leipziger Genossen Erika und Karl-Heinz Reinhardt erhielten unter dem Datum des 24. Dezember 2004 folgenden Brief ihres Freundes Oberst a. D. Sergej Titow.

Wir senden Euch die besten Wünsche aus dem unruhigen Kiew. Ich werde das, was bei uns geschieht, nicht beschreiben. Mir scheint, daß die westlichen Massenmedien sich auch ohne mich bemühen, das zu tun. Sie forcieren die Ereignisse beträchtlich und geben dabei eine solche Einschätzung, wie sie den Plänen Bushs entspricht.

Manchmal scheint es, daß das Volk den Verstand verloren hat. Die aus den Schulklassen auf die Straßen Kiews geführten Jungen und Mädchen überschreien sich, nicht wissend, worum es überhaupt geht. Sie können sich die Folgen nicht vorstellen.

Der Kampf wird zwischen zwei bourgeoisen Clans ausgetragen. Es geht um das Recht, in Zukunft über das Eigentum des

Volkes zu verfügen und mit den Ressourcen des Landes Handel zu treiben.

Dabei stimmte ich mit den Positionen der KP der Ukraine nicht überein. Sie stand außerhalb dieser Konflikte, grenzte sich von ihnen ab, unterstützte keine der beiden Seiten, besitzt aber selbst nicht die Kräfte für einen zum Erfolg führenden Kampf. Sagte nicht W. I. Lenin, daß die kommunistische Partei einen Kompromiß sogar mit dem Teufel eingehen muß, wenn das ihren Interessen dient?

Leider konnte die KP im gegebenen Konflikt keinen Schnittpunkt der eigenen Interessen mit denen einer dieser Seiten finden, um die Sache des Volkes zu verteidigen. Ich denke, daß die Partei in einem solchen Falle beträchtliche Unterstützung von den Massen erhalten hätte.

Sergej Titow, Kiew

Der ukrainische Faschismus

Die KP-Stadtzeitung „Komunist Kiewa“ brachte in ihrer Dezember-Ausgabe eine Rezension des Buches „Der ukrainische Faschismus“ von A. Woizechowski und G. Tkatschenko.

Gestützt auf Dokumente werden der volksfeindliche Charakter und faschistische Inhalt des ukrainischen Nationalismus dargestellt. Die von Stefan Bandera angeführte OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) wurde in der antisowjetischen Emigration unter Einfluß des deutschen Nazismus und des italienischen Faschismus gegründet. Sie unterstützte Hitlerdeutschland bei dem Überfall auf die UdSSR. Im Mai 1941 bestätigte sie ein Programm politischer, militärischer und propagandistischer Weisungen für OUN-Mitglieder im Falle von Kampfhandlungen. Vorgesehen war neben der Schaffung eigener Machtorgane in den besetzten Gebieten auch „die Vernichtung feindlicher Völker – der Moskalen, Polaken und Juden, primär ihrer Intelligenz“. In Erfüllung des Hitlerplanes Ost haben die ukrainischen Nationalisten nicht nur Russen, Juden und Polen ermordet, sondern auch eigene Landsleute, die „mangelnder Achtung vor den Besatzungstruppen oder deren Helfern“ verdächtigt wurden. Gemeinsam mit Wehrmacht und SS töteten sie während der Besetzung der Ukraine 5,3 Millionen Sowjetbürger und sorgten für die Verschleppung von 2,3 Millionen Menschen zur Sklavenarbeit nach Deutschland. Dort gedruckte Flugblätter wurden von der OUN in der ganzen Ukraine verbreitet. Ein tragischer „Erfolg“ dieser Propaganda war, daß

bedeutende Teile der westukrainischen Bevölkerung mit Nationalismus und Antikommunismus vergiftet wurden. Viele junge Menschen glaubten ihr und traten der OUN-Armee (Ukrainische Patriotische Armee – UPA) bei, ohne zu begreifen, daß diese den Besatzern für die Bekämpfung von Partisanen und Rotarmisten diene. An Hand von Dokumenten wird nachgewiesen, daß die UPA von der deutschen Abwehr organisiert, versorgt und bewaffnet wurde. Oft haben auch Wehrmachtsangehörige mit der UPA gekämpft bzw. ihre Gliederungen befehligt. Propagandatrupps und der Sicherheitsdienst von Bandera waren direkt beim Aufbau der UPA beteiligt. Menschen, die sich weigerten, in ihr zu kämpfen, wurden grausam bestraft. Überall vollzog man die Sippenhaft. Davon zeugen Schriftstücke und Fotos, die in das Werk „Der ukrainische Faschismus“ aufgenommen worden sind. Vor diesen authentischen Beweisen und den Angaben über die Personenzahl derer, die nach dem Aufruf der UdSSR-Regierung, den Bruderkampf zu beenden, ihre Waffen niederlegten, zerfällt der Bandera-Mythos vom angeblich freiwilligen Waffengang des ukrainischen Volkes gegen die „sowjetischen Fremdlinge“. Bis Ende 1944 hatten mehr als 17000 UPA-Angehörige ihre Waffen gestreckt, weitere 38000 waren es bis Ende 1945. Zu diesem Zeitpunkt hörte die UPA praktisch zu bestehen auf. Einzelne Banden, geleitet von den örtlichen (illegalen) Führungen der OUN, terrorisierten in Erwartung des dritten Weltkrieges bis 1952 die Bevölkerung der Westukraine. Einige Gruppen konnten sich nach Polen durchschlagen und trieben dort ihr Unwesen, bis sie von der Volksmacht zerschlagen wurden. Da es für die Bandera-Leute im eigenen Volk wenig Unterstützung gab, dienten sie sich später westlichen Geheimdiensten an.

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer



Deutsche-Bank-Vorstand Josef Ackermann

In unserer Zeit, die auf Geld und materielle Mittel sieht, beugt man sich weit bereitwilliger vor dem Manne mit dem großen Geldbeutel als vor dem Manne von Wissen und großen Geistesgaben, namentlich, wenn dieser das Unglück hat, arm zu sein und keinen Rang zu besitzen.

August Bebel (1849–1913)

Grafik: Karlheinz Effenberger

Die Mär von Iraks „Massenvernichtungswaffen“

Nachdem das propagandistische Konstrukt zur Legitimation des Irak-Krieges unter dem Druck der Fakten wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen ist, versuchen die Täter und ihr Gefolge aus Kriegspropagandisten und „Schreibtischbombnern“, die Mär vom „Irrtum“ über das irakische Waffenpotential zu verbreiten. Man erinnere sich: Wenn die Inspektoren Massenvernichtungswaffen finden, dann hat Saddam Hussein gelogen und der Krieg ist gerechtfertigt. Finden sie keine, dann hat Saddam sowieso gelogen, und der Krieg ist erst recht gerechtfertigt. Der Beschuldigte hatte seine Unschuld zu beweisen, keine Frage.

Konsequenterweise ist Irak auch daran schuld, daß sich die USA geirrt haben und zum Bruch des Völkerrechts gezwungen wurden. Im Mittelalter galt die Unschuld einer Hexe als erwiesen, wenn sich auf ihrer Haut beim Eintauchen in kochendes Wasser Blasen gebildet haben.

Die Glaubhaftigkeit des Märchens vom großen Irrtum setzt allerdings ein kurzes Gedächtnis oder gar keins voraus.

Erinnerungen Teil I:

(1) Um die Mitte des Jahres 2002 wurden Berichte zur propagandistischen „Konditionierung“ der US-amerikanischen Presse im Interesse der Kriegsvorbereitung bekannt.

(2) Im Dezember 2002 teilten verschiedene Medien mit, daß das US-Verteidigungsministerium zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Politiker in befreundeten und neutralen Staaten heimliche Propagandamissionen plant, um z. B. durch gezielte Fütterung der Presse mit Falschmeldungen einer negativen Berichterstattung über die USA entgegenzutreten.

(3) Im Februar 2003 erfuhr die Öffentlichkeit, daß ein angeblich vom britischen Auslandsgeheimdienst MI6 zusammengestelltes Waffen-Dossier über Irak in großen Teilen von einem kalifornischen Studenten abgeschrieben worden war. Ebenfalls im Februar präsentierte US-Außenminister Colin Powell vor dem Welt sicherheitsrat u. a. Detailzeichnungen (!) von Biowaffenlaboren, darunter Lastkraftwagen, auf denen die einzelnen Apparaturen und verschiedenen Tanks für die Herstellung der Biowaffen gekennzeichnet waren (Wassertank, Tank für aktives Material, Mischungstank, Speichertank, Fermentationstank usw.). Detailzeichnungen von Waffen, die man später nie gefunden hat!

(4) Vor der UNO erklärte Powell, Irak besitze eine unbemannte Drohne mit einer Flügelspannweite von 7,40 Metern für das Ausbringen chemischer und biologischer Kampfstoffe. Tatsächlich stellte sie sich als ferngesteuerte Aufklärungs- und Luftaufnahmedrohne heraus, mit Tragflächen aus Balsaholz, die mit Klebeband zusammengehalten wurden.

(5) Etwa zur selben Zeit räumte der UNO-Chefinspekteur Hans Blix ein, daß das Geheimdienstmaterial über die angeblichen Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein „weitgehend unbrauchbar“ war.

(6) Im Januar 2004 machte Paul O'Neill, George W. Bushs erster Finanzminister, in einem CBS-Interview seinem Frust Platz, indem er mitteilte, daß der Präsident bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt den Sturz Saddam Husseins geplant habe.

(7) Ende Januar 2004 äußerte der Chef der mit der Suche nach Massenvernichtungswaffen beauftragten „Iraq Survey Group“, David Kay, vor dem Geheimdienstausschuß des Senats, daß die in Irak vermuteten Waffen eventuell nie gefunden werden: „Wir lagen wahrscheinlich alle falsch, und ich schließe mich da ausdrücklich ein.“

(8) Im Juli 2004 wurde die Angelegenheit schon so verkauft, daß Bush durch die CIA „unvollständig informiert“ worden sei. Langley hätte seit 2000 Kenntnis vom Ende des irakischen Waffenprogramms gehabt und dies „verschwiegen“. Die Mitteilung erfolgte „unter Berufung auf namentlich nicht genannte Regierungsbeamte“.

(9) Im Juli 2004 wurde Blix deutlicher: Einige der von den USA vorgelegten Beweise über das irakische Massenvernichtungsprogramm fußten auf Fälschungen!

(10) Das Interesse der amerikanischen Medien an dem Streit um mögliche Manipulationen der Geheimdienste durch das Weiße Haus oder einer Irreführung der Regierung durch die Dienste war außerordentlich gering (Welt, 3. 6. 2003).

(11) Im Mai 2004 entschließt sich Powell zur Flucht nach vorn: Die CIA hätte ihn „in die Irre geführt“.

(12) Im Oktober 2004 bricht das Lügen- und Täuschungskartell endgültig zusammen: Laut einem 1000seitigen Bericht des US-Chefwaffeninspektors Charles Du-

fer besaß Saddam zu Beginn des Krieges im Frühjahr 2003 keine verbotenen Waffen und stellte keine Bedrohung für die USA dar.

Erinnerungen Teil II:

(1) Die Reagan-Administration verhalf Irak zum Aufbau seiner Waffenarsenale gegen den Iran. Der Krieg zwischen Irak und Iran begann 1980. Im Jahre 1982 strich das US-Außenhandelsministerium Irak von der Liste jener Staaten, die Terrorismus unterstützen. Nach Berichten des US-Autors Kenneth Pollack begann Washington kurz darauf, Irak mit militärischen Geheimdienstinformationen zu beliefern. US-Satellitenbilder haben Bagdad geholfen, Schwachstellen in der iranischen Truppenverteilung ausfindig zu machen. Etwa ab März 1983 stellten die USA Ausfuhrgenehmigungen für Technologie aus, die für das irakische Massenvernichtungswaffenprogramm entscheidend waren. Die US-Hilfe wurde auch fortgesetzt, als Mitte 1983 klar war, daß Irak Chemiewaffen gegen iranische Soldaten und Kurden einsetzte. Reagans Sondergesandter für den Nahen Osten war damals Donald Rumsfeld. Er setzte sich bei seinem Besuch in Bagdad im März 1984 für bessere Beziehungen zwischen beiden Ländern ein.

(2) Ein der UNO im Dezember 2002 von Irak vorgelegter Rüstungsbericht enthielt Namen ausländischer Waffenlieferanten. Dieser Teil des Reports ist nicht veröffentlicht worden.

(3) Im März 2003 wurde bekannt, daß fast 100 deutsche Firmen in den letzten Jahren an Projekten zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Irak beteiligt waren.

Fazit: Am 13. Januar 2005 stellte Washington die Suche nach Massenvernichtungswaffen in Irak auf Bushs Weisung offiziell ein, bezeichnete den angeblich ihrhretwegen geführten Krieg jedoch als „absolut notwendig“. **Dr. Erhard Kegel**



Mir ist erneut versichert worden, daß die USA nicht in den Krieg ziehen werden, es sei denn, ihnen ist danach. Tandberg, Australien

Wie stehen die Kommunisten zum Krieg – das sollte der Ausgangspunkt für die Einschätzung und die daraus folgenden Diskussionen sein, wenn es um die Bewertung der Situation in Irak geht. Krieg – das ist die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln bewaffneter Gewalt, wie schon Carl von Clausewitz befand. Lenin unterstrich diese Wertung und ergänzte sie mit einer entscheidenden Feststellung: Es geht um die Fortsetzung der Politik von Klassen, wie sie bereits vor dem Kriege durch diese betrieben wurde. Kriege haben in der heutigen Zeit vor allem ihre Ursache im Imperialismus, der seinem Wesen nach aggressiv ist und im Interesse der Eroberung neuer Rohstoff-

verlogenen Vorwand überfallen, dieser Staat treffe Vorbereitungen auf die Produktion von Massenvernichtungsmitteln. Das stelle eine Gefahr für die USA dar. Solche Waffen- und Kampfstoffe besitzen zu wollen, ist wahrlich keine humanitäre Absicht. Aber wenn eine imperialistische Macht, die über die meisten Massenvernichtungsmittel der Welt verfügt, anderen Staaten verbieten will, ebenfalls solche Waffen zu entwickeln, dann ist das paradox. Warum erheben die USA eigentlich keine Einwände in bezug auf den Kernwaffenbesitz ihrer Verbündeten Israel und Pakistan?

Washington führt einen ungerechten Raub- und Eroberungskrieg mit dem

politisch zu arbeiten, wenn es der Sache nützt. Doch hier ist festzustellen: Es geht in erster Linie nicht um eine innenpolitische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen irakischen Kräften in parlamentarischer Form, sondern um direkte Hilfestellung für eine brutale Besatzungsmacht. Die IKP-Vertreter sind nicht einmal dann aus der Marionettenregierung ausgetreten, als deren Chef Allawi die Brechung des Widerstandes in Falludscha „anordnete“ und zum Terror gegen die Zivilbevölkerung aufrief.

Wie sich die KP eines Landes zur KP eines anderen Landes verhalten sollte, regeln die Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Dieser darf indes nicht so verstanden werden, daß man sich nur gegenseitig informiert, sondern muß auch beinhalten, daß man sich gegebenenfalls schonungslos die Meinung sagt, Kritik dort vorbringt, wo eine Partei von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus abweicht. Ist das bei der Auseinandersetzung mit den Verfechtern des „Eurokommunismus“ etwa nicht geschehen? Im Falle Iraks besteht das zentrale Anliegen der internationalen kommunistischen Bewegung darin, dem US-Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, die Aggressoren aus dem Land zu vertreiben und eine politische Ordnung zu schaffen, die dem Willen der Mehrheit des Volkes gerecht wird. Eine Zusammenarbeit irakischer Kommunisten mit der imperialistischen Besatzungsmacht widerspricht jeglichen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. Die Bezeichnung für diese Handlungsweise ist Kollaboration – und wer die Kollaborateure stützt und deren Vorgehen direkt oder indirekt gutheißt, begeht einen verhängnisvollen Fehler. Zur Ehrenrettung der irakischen Kommunisten muß hinzugefügt werden, daß sich ein Flügel der Partei – die IKP (Kader) – von dieser getrennt und in den politischen und militärischen Widerstand eingereiht hat

Heinz Hoffmann

Über kommunistische Positionen in der Irak-Frage

quellen und Absatzmärkte den Kampf um deren Neuverteilung führt.

Der Imperialismus ist nicht friedensfähig. Er wird immer wieder danach streben, sich neue Einflußzonen zu erschließen und seine Rivalen zu verdrängen – letztlich mit Waffengewalt.

Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Krieg geht davon aus, daß zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu unterscheiden ist. „Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein“, schrieb Lenin. Der bewaffnete Kampf für die Befreiung von nationaler und sozialer Unterdrückung und Fremdherrschaft gehört zu den gerechten Kriegen. Die USA haben in völkerrechtswidriger Weise Irak unter dem

Ziel, die USA-Weltherrschaft zu errichten. Die Vereinigten Staaten wollen den Ring um Rußland, China, Vietnam, Kuba und Nordkorea enger schließen.

In Irak haben die USA – unter Bedingungen des Terrors und der Gewalt – sogenannte freie Wahlen abgehalten. Die unveränderte Dominanz der imperialistischen Besatzungsmacht soll ummantelt werden. Wie zu Zeiten des von der Bush-Administration eingesetzten „Regierungsrates“ sind die Gremien des „neuen Irak“ von CIA-Agenten durchsetzt.

In den „Staats“-Organen ist die Irakische Kommunistische Partei nach wie vor vertreten. Sie beruft sich bei ihrer Kollaboration auf Lenin, der einst forderte, auch in den reaktionärsten Parlamenten

Herzliche Glückwünsche übermittelt der „RotFuchs“

Gerhard Höfer, Halle,
der am **17. Februar 85 Jahre**
alt wird.

Wir gratulieren

Heinrich Hohenberger,
Kulmbach (**11. Februar**), und

Heinz Exner, Berlin (**26. Februar**),
zu ihren **80. Geburtstagen**.

Hajo Jahn, Grünheide
(**2. Februar**),

Dieter Wittich, Bruchmühle
(**7. Februar**), und

Johannes Spranger, Rostock
(**22. Februar**),
werden **75**, während

Willi Muhs, Schwedt
(**22. Februar**),
das **siebente Lebensjahrzehnt**
abschließt.

Die tapfere Genossin
Brigitte Thel, Halle (**1. Februar**),

Karl Scheffsky, Schwerin
(er hatte bereits am **10. Januar**
Geburtstag)
und unser stets einsatzbereiter
Neubrandenburger Regionalleiter

Günter Schmidt (**14. Februar**)
werden **65**.

Ein herzlicher Gruß gehört auch dem
„Jungsporn“ unter den Veteranen

Udo Helmbold, Berlin
der am **28. Februar**
sein **60.** Lebensjahr vollendet.



Allen Genossinnen und Genossen
Grüße enger und kameradschaftlicher
Verbundenheit im gemeinsamen
Kampf!

Venezuela: Vom Scheitern zweier Putschversuche

Yagua ist eine kleine Stadt östlich von Valencia im Bundesstaat Carabobo. Sie beherbergt an ihrer Peripherie eine Kaserne und ein modernes Tanklager der PDVSA (Petrol de Venezuela SA), von dem aus große Teile von fünf Bundesstaaten mit Treibstoff versorgt werden, der durch eine Pipeline von der Raffinerie in Puerto Cabello hierhergepumpt wird.

Noch vor der Stadt kommen zwei Männer, die dem neu gewählten Stadtrat von Yagua angehören, in unseren Bus und berichten: Nach dem Ausbruch des Militärputsches zogen am 11. April 2002 mittags 20 Genossen vor die Kaserne mit einem Transparent „Demokratie ja – Diktatur nein“.

Als ihnen gegenüber ein Zug Soldaten mit MPi im Anschlag erschien, verabschiedeten sie sich voneinander und sahen ihrem Ende entgegen, wie sie heute lachend erzählen. Am Nachmittag gegen 17 Uhr waren sie 5000. Zwischenzeitlich erschien der Kommandant der Kaserne und teilte den Demonstranten mit, daß er gegen ihre Willensbekundung keine Einwände habe, solange sie sich diszipliniert und friedlich verhielten. Als später die örtliche Polizei versuchte, die Demonstration gewaltsam zu beenden, griff wiederum der Offizier ein und stellte klar, daß auch das Umfeld des Militärobjekts seiner Verantwortlichkeit unterstehe und nicht der Kompetenz der Polizei. Diese ließ daraufhin die Demonstranten unbehelligt und zog ab. Die Demonstration vor der Kaserne in Yagua dauerte an, bis der reaktionäre Putsch gegen Chávez im ganzen Lande am Widerstand der mobilisierten Massenbewegung und der den Präsidenten unterstützenden Militäreinheiten gescheitert war.

Rückblickend gehen die venezolanischen Genossen davon aus, daß der selbsternannte „Präsident“ und unterdessen flüchtige Eintagsdiktator Pedro Carmona im Falle eines Sieges der Putschisten das Land mit faschistischem Terror à la Pinochet überzogen hätte.

Der zweite Putschversuch wurde durch landesweite Sabotage der Ölversorgung von Dezember 2002 bis Februar 2003 inszeniert. Auch die Angestellten der modernen Verteilungsanlage der staatlichen PDVSA in Yagua mit einer Lagerkapazität von 500000 Barrel (ca. 80 Mill. Liter) und vollautomatisierten Terminals zur gleichzeitigen Abfertigung von acht Tankzügen folgten dem „Streikaufruf“ des Managements und der mit ihm verbundenen Gewerkschaftsspitze, die u. a. durch die Lahmlegung jeglichen Transports den Kollaps der Bolivarianischen Regierung zum Ziel hatte. Bis auf einen Feuerwehrmann verließen alle ihre Arbeitsplätze. Der über Funk und Fernsehen verbreitete Aufruf des Präsidenten, an die Arbeitsplätze zurückzukehren, wurde ignoriert. Daraufhin besetzten die Arbeiter, von Chávez aufgerufen, das Tanklager und versuchten mit Erfolg, nach dem Studium

der entsprechenden Handbücher, den Betrieb wieder aufzunehmen und die Versorgung trotz der Behinderungen durch den damaligen Gouverneur, der die Opposition unterstützte, zu gewährleisten.

Heute hat die Anlage wieder ihre ursprüngliche Kapazität erreicht. 90 % der Mitarbeiter waren an der Besetzung der Anlage während des „Streiks“ beteiligt. Das Leitungspersonal wurde unterdessen um 30 % reduziert – ein Element des noch nicht abgeschlossenen „Transformationsprozesses“ bei PDVSA. Nach der Wiederinbetriebnahme wurden Fremd-

arbeiten wie Reinigung und Wartung der Anlagen, Pflege der Grünanlagen u. a. an 40 Kooperativen übertragen. Die Speditionsunternehmen, die „gestreikt“ und die Versorgung des Landes mit Benzin und Diesel sabotiert hatten, verloren ihre Lizenz, ihre Tanklastzüge wurden beschlagnahmt und Kooperativen übergeben, die wegen des attraktiveren Lohngefüges besser arbeiten als die bisherigen Subunternehmen. Die heute von der Nationalgarde bewachte Anlage verlassen täglich 300 Tankwagen.

Dr. Hartwig Strohschein



Nach Fidels Sturzverletzung suchte ihn Venezuelas Präsident Hugo Chávez unverzüglich in Havanna auf.

Aus: Granma Internacional

Erfolgreiche Zusammenarbeit China – Kuba

Anlässlich des Kuba-Besuchs des chinesischen Präsidenten Hu Jintao im November 2004 sind 16 Verträge über die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten (Biotechnologie, Öl, Tourismus, Schienenverkehr, Telekommunikation u. a.) unterzeichnet worden. Innerhalb der nächsten fünf Jahre wird China von Kuba 20 000 Tonnen Nickel kaufen. Die karibische Insel verfügt über eines der größten Vorkommen der Welt. Zur Verarbeitung des seltenen Rohstoffs entsteht in Moa eine Ferronickel-Anlage, an der Kuba mit 51 % und China mit 49 % der Aktien beteiligt sind. Die Errichtung weiterer Joint Ventures wurde vereinbart. Wie in Havanna mitgeteilt werden konnte, ist der wirtschaftliche Austausch zwischen beiden Ländern in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres um 36,7 % gewachsen. Unter den im Beisein von Fidel Castro und

Hu Jintao signierten Abkommen befindet sich auch die Festlegung einer Spende Chinas in Höhe von 50 Millionen Yuan (ca. 6,1 Millionen Dollar) zum Kauf von Stoff für Schuluniformen und anderen Materialien. China, das die Rückzahlung von vier zinsfreien Krediten für zehn Jahre stundete, räumte Havanna einen weiteren Kredit in Höhe von 50 Millionen Yuan für den Bezug von Medikamenten und Medizintechnik ein. Der Austausch von Touristen soll massiv angekurbelt werden. Gegenwärtig entsteht in China ein kubanisches Hotel. Aus einer ebenfalls unterzeichneten Absichtserklärung geht hervor, daß China das Vorhaben, eine zweite Million Fernsehgeräte herzustellen, zu unterstützen bereit ist.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“

Dies ist der zweite Bericht von der Reise in meine afghanische Heimat, die ich im Frühjahr 2004 unternommen habe. Er vermittelt schlaglichtartig Eindrücke der durch mich angetroffenen Situation.

Dr. Anwar Ulhaq Ahadi, ein US-Afghane und Präsident der Dé Afghanistan Bank (Zentralbank) hielt aus Anlaß des 8. März, des internationalen Frauentages, vor sämtlichen Mitarbeitern seiner Behörde eine Rede. Die Mitarbeiterinnen erwarteten etwas über die Rolle und die Verbesserung der Lage der Frauen. Zu ihrer Überraschung enthielt sie nur einen einzigen Aspekt, nämlich, daß die Mitarbeiter der Bank künftig einen Universitätsabschluß und Englisch- und EDV-Kenntnisse vorweisen müssen. Haben sie diese Qualifi-

Obwohl in ausnahmslos allen Ämtern US-Berater sitzen, die die eigentlichen Chefs sind, läuft ohne Bestechung überhaupt nichts. Korruption gibt es überall. Sie ist auf sämtlichen Ebenen in der Kabuler Administration die Regel und nicht die Ausnahme. Es hat sich ein neuer Beruf herausgebildet: Grundstücksvermittler. Leute dieses Schlages haben gute Kontakte zum Magistrat der Stadt Kabul, der für die Vergabe des Baulandes zuständig ist. Egal ob jemand berechtigt ist, Bauland zu erhalten oder nicht, auf dem normalen Verwaltungsweg ist es nicht möglich, es zu bekommen. Verfügt man über genügend Geld, geht man den sicheren Weg über den Grundstücksvermittler. In Kabul wird gebaut wie nie zuvor. Da die Stadt zum großen Teil immer noch

Scherpur, einem Bezirk des Stadtteils von Schahre Nau (Neustadt) – einer der besten Adressen Kabuls – wurde das Gelände eines Gebäudekomplexes, in dem sich die Militärgarnison und deren Verwaltungsräume befanden (es wurde völlig zerstört), an Minister und Angehörige der hohen Ministerialbürokratie verteilt. Die Geldhändler von Sarai Schasda (Schwarzmarkt des Kabuler Devisenverkaufs) haben gute Beziehungen zu Herrn Jegdalek, dem Bürgermeister von Kabul, und werden bei der Vergabe von Bauland bevorzugt behandelt. Die Filetstücke in den besten Lagen von Kabul gehören also den Mächtigsten, den Reichen und den Neureichen. Wer selbst keine guten Kontakte hat, kann sich auf dem Schwarzmarkt Bauland kaufen. Ein regelrechter Handel hat sich entwickelt, in dem Grundstücksvermittler, mit großem Gewinn natürlich, Land auch an Käufer weiterreichen, die dazu gar nicht berechtigt sind bzw. schon mehrfach solches erworben haben.

Erfreulich ist der Durst der Menschen nach Wissen, ob bei Mädchen oder Jungen. Er manifestiert sich darin, daß viele Kinder in die Schule gehen, und daß die Eltern, die sich das leisten können, es auch ermöglichen. Das ist als Trotzreaktion gegenüber der Schulpolitik der Talebanzeit zu sehen. Es scheint so, daß die internationale Gemeinschaft erst jetzt kapiert hat, daß Bildung nicht nur für Afghanistan, sondern auch für sie selbst unverzichtbar ist, will sie dort ihre Interessen optimal durchsetzen. Die Kolonialmächte waren immer auf die Kooperation einheimischer Eliten angewiesen. „Der Baum sagt zur Axt, wäre Dein Griff nicht ein Teil von mir, hättest Du mich nicht schlagen können“, lautet ein afghanisches Sprichwort. Daher wird von internationaler Seite auch in das Bildungswesen investiert. Schulgebäude und dazugehörige Einrichtungen entstehen zum Teil, wenn auch in nicht ausreichendem Maße, neu. Die meisten Lehrkräfte, die nie eine effektive, qualitativ gute pädagogische Ausbildung erhalten haben, werden weiterqualifiziert. In den Schulen gehen Spenden an Stiften, Heften und Keksen ein. Diese Materialien werden von den Schulleitern verwaltet. Leider nehmen viele ein Gutteil mit nach Hause, um sie auf dem Basar zu verkaufen.

Kurz vor meiner Abreise aus Kabul kam es zu einer Begegnung mit einem Mann, der in einem Nachbardorf wohnte und zwei Jahre lang in US-Gefangenschaft in Guantánamo verbringen mußte. Die Bedingungen für seine Freilassung benannte er so: „Die Gefangenen bekamen in ihren Zellen Besuch von einer schönen Frau, die eine Prostituierte war. Ließ sich der Gefangene auf diese käufliche Liebe ein, wurde er freigelassen. Lehnte er ab, wurde er als Taleban-Kämpfer eingestuft und blieb weiter in Haft.“

Als ich aus Kabul abreiste, brach eine solche Kälte aus, daß jeder Tropfen in den bewässerten Weizenfeldern gefror. Wäre man abergläubisch, hätte man diesen Kälteeinbruch vielleicht politisch interpretiert.

Dr. Matin Baraki

Wie ich Afghanistan wiederfand (2 und Schluß)

kation, erhalten sie monatlich ein Gehalt von mindestens 500 Dollar. Alle anderen Mitarbeiter werden entlassen. Beobachter gehen davon aus, daß so der Platz für Afghanen mit ausländischen Pässen freigemacht und der Vetternwirtschaft Tür und Tor geöffnet werden sollen. Zur Zeit erledigen fünf Kräfte die Arbeit einer einzigen Person. In Zukunft wird eine die Arbeit von fünf Personen zu verrichten haben, stellte Dr. Ahadi fest. Hier wird Rationalisierung auf Kosten von 2 400 Beschäftigten durchgesetzt und das angesichts der katastrophalen Arbeitsmarktlage.

Dem afghanischen Staat mangelt es an Geld, um die Gehälter seiner Bediensteten zu bezahlen. Deswegen muß die Dé Afghanistan Bank Dollars auf dem freien Markt, man könnte aber auch von einem Schwarzmarkt sprechen, verkaufen. Der Präsident und sein US-Berater Herr Daf entscheiden darüber, wann und in welcher Höhe sie abgesetzt werden sollen. In Rundfunk und Fernsehen nennt man Verkaufszeit und Höhe der Summe. Dann erscheinen die Geldhändler zu einer auktionenähnlichen Veranstaltung. Das höchste Gebot wird natürlich von der Bank favorisiert. Den Händlern wird drei Tage Zeit eingeräumt, um ihre Transaktion abzuschließen. Sie nutzen diesen Zeitraum, verkaufen massiv Dollars und drücken damit den Kurs nach unten. Da für Kauf und Verkauf der Tageskurs maßgebend ist, kaufen die Großhändler unter diesen günstigen Bedingungen fleißig Dollars bei der Bank und horten sie. Es dauert nur wenige Stunden, bis der Dollarkurs steigt. Die Großhändler haben sich ja bekanntlich bei der Zentralbank reichlich mit billigen Dollars versorgt und verkaufen sie weiter zum neuen gestiegenen Kurs. Selbst Bankangestellte gehen davon aus, daß es zwischen dem Bankchef und den Geldhändlern Absprachen gibt.

in Trümmern liegt, gibt es viel zu tun. Es entstehen aber kaum Unterkunftsmöglichkeiten dort, wo vor allem die Ärmsten wohnten und jetzt dahinvegetieren. Es werden riesige Häuser mit Geschäften in den lukrativen Vierteln gebaut. Ein kompletter Block am Tschamande Hosuri (Paradewiese), einem Viertel der Teppichgroßhändler, von dem Jadgar-Minarett bis zur Djadeh-Maiwand-Kreuzung mit einer Länge von über einem Kilometer, der während des Krieges durch die Modjahedin zerstört worden war, wurde von Verteidigungsminister Fahim für einen Appel und ein Ei erworben, neu aufgebaut und lukrativ vermietet. Ihm gehört u. a. auch ein Goldmarkt in der Innenstadt von Kabul. Der Stadtteil, wo Fahim wohnt (Parwan 2), ist sogar nach ihm benannt, denn das ganze Stadtviertel gehört ihm. Die Leute schrecken zurück, sich dort aufzuhalten. Seine halbwüchsigen Söhne veranstalten Autorennen, und niemand ist in der Lage bzw. willens, sich zu beschweren, geschweige denn etwas dagegen zu unternehmen. Politiker, Militärs, Polizeichefs oder deren Verwandte sind Eigentümer ganzer Wohnviertel und Straßenzüge. In

Am 6. Februar, 11.30 Uhr,
findet in **ZIEGENHALS**

**Ernst-
Thälmann-
Gedenkstätte**

eine Kundgebung
zum **62. Jahrestag**
der illegalen Tagung
des ZK der KPD statt.

Für die USA bedeutete der Zusammenbruch des Schah-Regimes in der Islamischen Revolution 1979 eine geostrategische Katastrophe. Die unbotmäßigen Mullahs, so unpopulär oder verhaßt sie inzwischen bei großen Teilen der Bevölkerung sind, entziehen Iran bis heute dem Herrschaftsanspruch der USA. Die maßen sich u. a. das „Recht des privilegierten Zugangs zu den Erdölquellen in Nah- und Mittelost“ an. Das amerikanische Monopolkapital läßt nichts unversucht, das herrschende Regime zu stürzen und ähnlich wie in Irak einen „Neustart“ mit allen Vorteilen der Besatzungsmacht im Rücken zu unternehmen, um Iran wieder kolonial ausrauben zu können.

In Washingtons Visier befindet sich ein „Schurkenstaat“, der „nach Atomwaffen strebt und den internationalen Terrorismus unterstützt“. Die Mullahs mit militärischer Gewalt zu stürzen, schreckte Bush in seiner ersten Amtszeit zunächst zurück. Die Iraner sollten den „Regimewechsel“ selbst herbeiführen. Das ist bisher trotz unverhüllter Einmischung, die mit massivem finanziellem und personellem Einsatz betrieben wird, fehlgeschlagen.

Iran hat ab 22. November 2004 nach erpreßten Verhandlungen mit dem europäischen „Trio“ sein Programm zur Urananreicherung ausgesetzt. Die Verhandlungen dieses „Trios“ – Großbritannien, Frankreich, Deutschland – mit Teheran gelten als Beispiel einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen den USA und Europa: Während die USA sich ausdrücklich die „militärische Option“ eines „Präventivschlags“ gegen die iranischen Atomanlagen „offen hielten“, evtl. auch Bombardements iranischer Atomanlagen durch Israel, versuchten die europäischen Regierungen, die Mullahs mit wirtschaftlichen „Anreizen“ gefügig zu machen. In Aussicht gestellt werden Iran ein Handelsabkommen mit der EU und die Belieferung mit Nuklearbrennstoff für sein Atomkraftwerk in Buschehr, für die freilich gar nicht das „Trio“, sondern Rußland zuständig ist. Sie wurde schon längst fest vereinbart.

Unmittelbar nach Inkrafttreten der einseitigen Verpflichtung Irans legte der Chef des US-Zentralkommandos im Nahen und Mittleren Osten, General John Abizaid, nach und warnte die iranische Führung: „Man sollte niemals die Schlagkraft der USA zu Wasser und in der Luft unterbewerten“, antwortete er auf die Frage, ob sein Land angesichts der massiven Truppenbindung in Irak noch die Mittel habe, einen Konflikt mit Iran auszutragen. „Wir haben eine unglaubliche Macht“, fügte er hinzu.

Und Bushs „verlässlicher Freund“, Bundesaußenminister Fischer, tönte jüngst im „Stern“ mit direktem Bezug auf Iran: „Wir müssen die gesamte Region modernisieren, die arabisch-islamische Welt in die politische Globalisierung einbringen.“ Diese Einstellung ist offenbar bei den deutschen Regierenden so verinnerlicht, daß ihnen die grobe Anmaßung und Taktlosigkeit solcher Formulierung gar nicht auffällt. Und es ist Zynismus oder Dummheit, wenn J. Fischer verlangt, Iran müsse

„aus eigener Einsicht“ auf die Urananreicherung verzichten. Die von ihm selbst mit besonderer Vehemenz betriebenen Verhandlungen unter der denkbar massivsten militärischen Drohung stellen keine Diplomatie, sondern ganz offene Erpressung dar.

Teheran hat sich zunächst, ohne eine konkrete Gegenleistung zu erlangen, dieser Erpressung gefügt. Die Mullahs können es Bush aber nicht recht machen. Die USA werden weitere Forderungen stellen. Die iranischen Raketen z. B. wären ein dankbares Thema. Das natürliche Interesse Irans an den Vorgängen im Nachbarland Irak und die historisch gewachsenen engen Verbindungen zwischen den Schiiten beider Länder wären ein weiteres Thema und schließlich immer wieder der „in-

Iran schürt und von „Bedrohungen für Israel und Europa“ (?) fabuliert, betonen Tudeh-Vertreter in Deutschland: „Israel übertreibt den Einfluß des iranischen Regimes auf die radikalen Palästinenser und beabsichtigt damit, das islamische Regime für Zusammenstöße und Konflikte in den okkupierten Gebieten als Hauptverantwortlichen darzustellen und somit auch als die größte Gefahr für die israelische Sicherheit. Unsere Besorgnis erwecken Pläne der israelischen Regierung, militärische Schläge gegen Atomkraftwerke und wirtschaftliche Ziele in Iran zu führen.“ Angesichts der akuten Gefahr ruft die Tudeh-Partei „alle demokratischen, progressiven und nationalen Kräfte Irans auf, vereint gegen das imperialistische Komplott und die innere

Bush bläst zum Kesseltreiben gegen Iran

ternationale Terrorismus“. Es ist nicht zu „befürchten“, daß Washington die Vorwände zum Anheizen der Konfrontation ausgehen könnten.

Die in tiefer Illegalität in Iran sowie im Exil wirkende Tudeh-Partei verurteilt „die Drohungen der Vereinigten Staaten von Amerika, die in Iran auch den reaktionärsten Kräften als Vorwand dienen, ihren Druck auf Andersdenkende zu verstärken“. Die Partei ist die älteste demokratische politische Kraft Irans. Gegründet 1941 und aufs brutalste unter dem Schah verfolgt, wurde sie 1983 erneut verboten, nun vom Mullah-Regime, dem sie wiederum einen hohen Blutzoll entrichten mußte. Sie hält unerschütterlich an ihren marxistischen und internationalistischen Positionen fest. Repräsentanten der Tudeh-Partei erklärten zur aktuellen Bedrohung: „Unser Land befindet sich gegenwärtig in einer besonders schwierigen Lage. Es wird von einem antinationalen, mittelalterlich-reaktionären Regime regiert, dessen Beseitigung die Voraussetzung für eine nationale demokratische Umgestaltung der Gesellschaft ist. ... Gleichzeitig wird Iran von außen von einem Feind, der wild um sich schießt, militärisch bedroht. ... In dieser komplizierten Situation braucht das iranische Volk mehr denn je die Solidarität der fortschrittlichen, friedliebenden Menschen aus aller Welt.“

Die Partei charakterisiert das strategische Bündnis von Bush und Sharon als „abenteuerlich und gefährlich für die gesamte Region“. Während Minister Fischer ohne jede sachliche Grundlage Furcht vor

Reaktion zu kämpfen, um den Weg für tiefgreifende Veränderungen zu ebnet und somit einen demokratischen Wiederaufbau zu ermöglichen“. Die Partei sieht es als „Pflicht der iranischen Patrioten, das islamische Regime daran zu hindern, den USA oder Israel einen Vorwand zur militärischen Invasion zu liefern“.

Bernd Fischer



Grafik: Arno Fleischer

Wie der Angriff auf Jukos abgeschlagen wurde

In Rußland haben die USA-Ölhaie eine schwere Niederlage hinnehmen müssen. Der Versuch, sich des zur Auktion gestellten russischen Ölkonzerns Jukos zu bemächtigen, ist zurückgewiesen worden. Moskauer Strohänner eines nicht weiter bekannten Unternehmens aus der Baikalregion haben den Zuschlag erhalten, so daß der privatisierte Riese wieder in den Bestand des russischen Staates genommen werden kann.

Dabei war alles schon so gut eingefädelt: Die beiden Top-Manager der Firma – ihr Boß, der frühere Multimilliardär Michail Chodorkowski, befindet sich seit 2003 in Haft – waren bereits Amerikaner: Steven M. Theede und Bruce K. Misamore. Sie hatten den Auftrag, Jukos in überseeische Häfen zu steuern. Dabei handelte es sich um keinen Pappenstiel. Der New York Times zufolge liefert der Gigant 20 % des russischen Inlandsöls und 25 % des Exports der RF. Seine Ölreserven werden auf 14,7 Milliarden Barrel geschätzt – fast so viel wie die OPEC-Mitglieder Algerien und Indonesien zusammen besitzen.

Als Chodorkowski festgenommen wurde, verfügte er über einen Aktienanteil von 44 % (14 Milliarden Dollar). Dieser „Besitz“ wurde auf Anweisung russischer Staatsanwälte konfisziert. Sie verwiesen darauf, daß Jukos dem Staat 24 Milliarden Dollar nicht gezahlter Steuern schulde. Die Moskauer Beamten hatten damals schnell handeln müssen, denn ein Investgeschäft mit der amerikanischen Exxon-Mobil über 20 Milliarden Dollar stand kurz vor dem Abschluß.

Chodorkowski finanzierte nicht nur eine Reihe von politischen Gegnern der Putinschen Krempartei, sondern unterhielt auch exzellente Beziehungen zu Washingtons von Öl-Magnaten durchtränkter Administration. Er hatte sich überdies durch großzügige Spenden an Stiftungen und Fonds in den USA beliebt gemacht. Am 31. Oktober 2003 berichtete Wall Street Journal darüber, daß sich ein Jukos-Vertreter im Weißen Haus mit Beamten des Nationalen Sicherheitsrates der USA getroffen habe. Eine geplante Übernahme des Unternehmens zeichnete sich ab. Hätte sie sich ereignet, wäre der Zugriff auf Rußlands Öl- und Gas-Res-

ourcen unweigerlich erfolgt. Allein aus außenpolitischen Erwägungen – man wollte den großrussischen Nationalisten Putin und dessen Umgebung nicht unnötig frustrieren – zögerte die Führung der Vereinigten Staaten, den Deal perfekt zu machen.

Die russische Regierung bereitete für den 19. Dezember 2004 die Verauktionierung von Jukos gründlich vor. Es ging dabei um einen sehr niedrigen Preis, damit eine vorgeschobene einheimische Finanzgruppe die Firma erwerben konnte. Um japa-

nische, amerikanische, deutsche und andere Konkurrenten abzuschrecken, wurde festgelegt, daß mit dem geforderten Eröffnungspreis von 8,6 Milliarden Dollar die Bedingung verbunden sein würde, daß der Käufer weitere 24 Milliarden für rückständige Steuern an den russischen Staat zu entrichten habe. Da paßten die westlichen Bieter. Eine seltene Möglichkeit für Moskau, den Angriff seiner sonst überlegenen Rivalen abzuschlagen.

R. F., gestützt auf Workers World (USA)

Warum die Türkische KP gegen den EU-Beitritt Ankaras ist

Das europäische Gipfeltreffen am 16. und 17. Dezember hat die Eröffnung von Verhandlungen über einen künftigen EU-Beitritt der Türkei beschlossen. Die türkischen Kommunisten sind gegen einen solchen Anschluß.

Die Türkei befindet sich in einer prekären Lage. Im Jahr 2003 erhöhte sich ihre Auslandsverschuldung auf 174,6 Mrd. Dollar, das sind 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit steht sie an der Spitze der am meisten verschuldeten Länder der Welt. Gläubiger sind die westlichen Banken.

Für eine Einverleibung des Landes zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer durch die EU gibt es gute Gründe. So erklärte der belgische Außenminister Karel De Gucht: „In strategischen Begriffen ist es wichtig, einen Puffer und eine Brücke zwischen dem Westen und dem Mittleren Osten zu besitzen.“ BRD-Außenminister Joseph Fischer stellte fest: „Die spezifische Rolle der Türkei ergibt sich aus ihrer zentralen Lage in einem von Krisen betroffenen Dreieck, das durch den Balkan, den Kaukasus und den Mittleren Osten gebildet wird.“

Die USA zeigen besonderes Interesse an einer Eingliederung der Türkei in die EU, wissen sie doch, daß Ankara sein treuer NATO-Vasall bleiben wird.

Die KP der Türkei (TKP) konstatiert: „In den Ländern der EU werden die demokratischen Errungenschaften eine nach der anderen im Namen des Kampfes gegen den Terror liquidiert. ... Es ist offensichtlich, daß die derzeitige Menschenrechtskampagne der Europäer nichts mit einer wirklichen Demokratisierung der Türkei zu tun hat. ... Unser Land soll komplett kolonisiert werden. ... Von der EU geht keine Befreiung aus. ... Jene, die im Namen der Linken sprechend, die Türkei in die Europäische Union hineinhaben wollen, sind Leute, die nicht daran glauben, daß sich das kapitalistische System überwinden läßt.“ Die TKP bemerkt, daß im Falle eines EU-Beitritts der Türkei die Kurdenfrage völlig unberücksichtigt bleibt.

„Es wäre absurd, von einer imperialistischen Struktur (der EU) irgendwelche Schritte zugunsten des Weltfriedens zu erwarten“, bemerkt die TKP. Das Erscheinen einer zweiten Supermacht in Gestalt der EU würde diesen zusätzlich belasten. Die TKP wolle sich nicht zwischen den USA und der EU entscheiden, sondern kämpfe gegen beide imperialistischen Blöcke.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

„RotFuchs“-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger

spricht in drei Regionalgruppen über sein neues Buch

**Bei Winston
und Cunhal
Reporter auf vier Kontinenten**

Er ist am 5. Februar um 10.00 Uhr in Strausberg
Gerhart-Hauptmann-Str. 6,

am 26. Februar um 10.00 Uhr in Neubrandenburg
(7. Etage des Hauses der Kultur und Bildung), und

am 5. März um 10.00 Uhr in der Drogenmühle Heidenau.

(Die dortige Veranstaltung der Regionalgruppe Dresden, die ursprünglich am 19. Februar stattfinden sollte, ist auf diesen Tag verlegt worden.)

Zum 75. Geburtstag Herbert Nachbars

Der spätere Schriftsteller Herbert Nachbar wurde am 12. Februar 1930 in Greifswald geboren. Zur Literatur gelangte er über die Medizin. Er hängte das 1950 begonnene Studium an den Nagel und arbeitete zunächst als Reporter, Redakteur und Fotograf für verschiedene Zeitungen. 1953 wurde er Lektor beim Aufbau-Verlag. Der damalige Cheflektor und Publizist Max Schroeder beeinflusste seine Entwicklung und nahm Nachbar gleichsam zur Probe auf. Schroeder schuf ihm die Voraussetzungen für die Arbeit an seinem ersten Roman „Der Mond hat einen Hof“ (1956) und wurde sein Ratgeber. Der Erstling erlebte hohe Auflagen und wurde auch in andere Sprachen übersetzt. Die Geschichte spielte im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts an der Ostseeküste und schilderte die Not und die erbitterten Auseinandersetzungen in einem Fischerdorf. In seinem zweiten Fischer-Roman „Die Hochzeit von Länneken“ (1958) traten die Fronten in anderer Weise zutage. Eva Strittmatter bezeichnete den Schriftsteller als „einen unserer begabtesten jungen Epiker“, nachdem sie sein weiteres Buch „Die gestohlene Insel“ (1958) gelesen hatte, eine Parabel, die nicht gleich verstanden wurde, aber später ihre Leser fand. Ab 1957 freischaffend tätig, lebte Nachbar in Berlin, auf der Insel Ummanz bei Rügen, ging danach nach Graal-Müritz und später wieder nach Berlin. Sein Roman „Ein dunkler Stern“ (1973) bildete gleichsam das Zwischenstück einer Trilogie zwischen den Teilen „Der Mond hat einen Hof“ und „Die Hochzeit von Länneken“. In „Keller der alten Schmiede“ (1979) erzählte Nachbar die Geschichte einer Jugend, die entscheidenden Jahre des Theo Olafson. Sie reflektierte dessen Wegstrecke zum Erwachsenwerden vom achten bis zum neunzehnten Lebensjahr in der Zeit zwischen 1938 und 1949. Jenen autobiographisch angelegten Roman rang sich der Autor unter fortschreitender Krankheit ab. Herbert Nachbar verstarb vor fast 25 Jahren am 26. Mai 1980 in Berlin-Karlshorst.

1981 gab der Aufbau-Verlag Nachbars gesammelte Erzählungen aus den Jahren 1956 bis 1979 unter dem Titel „Helena und die Heimsuchung“ heraus. Hier wurden Arbeiten aus dem Band „Die Millionen des Knut Brummer“ (1970), zwei Erzählungen aus „Oben fährt der große Wagen“ (1963) und die Sommergeschichte „Der Weg führt nach Samoa“ (1976) vereint. Neu kamen hinzu zwei Geschichten über halbwüchsige Jungen und die Titelerzählung. Georg Schiemann gestaltete nach ihr ein gleichnamiges Fernsehspiel. 1982 erschien Nachbars nachgelassenes Erzählfragment „Die große Fahrt“, an dem er bis zu seinem Tode gearbeitet hatte. Günter Caspar und Sigrid Töpelmann zeichneten für die Herausgabe der Anthologie „Zu Nachbar“ (1982) verantwortlich. Dieser Band über Werk und Wirkung des Schriftstellers vereinte Texte des Autors, Rezensionen zu seinen Büchern und Erinnerungen an ihn.

Herbert Nachbar war es nur vergönnt, in gut zwei Jahrzehnten etwa ein Dutzend

Bücher zu schreiben, die in insgesamt 20 Sprachen übersetzt wurden. Fast alle sind eingebunden in Landschaft und Lebensweise seiner Heimat, der kleinen Insel bei Rügen. Seine Bücher zeichnen sich durch eine volksverbundene Erzählweise aus, die das Mitdenken und Mitempfinden des Lesers herausfordert. Sie sind durch

reichlich Realität und einen Hang zur Idylle geprägt. Dem Schriftsteller ging es um die Bewältigung weiter Themenkreise, „die dem weltanschaulich-ästhetischen Verständnis dessen galten, was Mensch sein, Träume hegen, im Leben stehen heißt“. (Hans-Jürgen Geisthardt)

Dieter Fechner

„Im herben Duft der Oliven“



Die Gedichte und Lieder aus dem Spanischen Bürgerkrieg, die wir in diesen Band aufgenommen haben, befassen sich mit den Ereignissen von 1936 bis 1939 und auch der Zeit danach. Deren Autoren sind Menschen, die den Krieg in seiner ganzen Brutalität erlebten und vielleicht in einer Gefechtspause oder in Ruhestellung ihre Erlebnisse, Gefühle und Empfindungen einem Blatt Papier anvertrauten. Einige blieben namentlich unbekannt, andere fielen im Kampf, den sie mutig für den Sieg der Freiheit führten.

Natürlich wurde nicht auf die „gestandenen Literaten“ verzichtet, die entweder selbst an den Gefechten teilnahmen oder vom Ausland her zur Auslösung der aktiven internationalen Solidarität ihren Beitrag leisteten, indem sie die Grausamkeit des internationalen Faschismus anprangerten.

Der Wille zum Sieg, die Internationalität des Kampfes und die Bereitschaft, ihn fortzusetzen sind die Inhalte der Lieder und Gedichte, die zu uns sprechen. Insbesondere die Lieder hatten etwas Verbindendes in dem damaligen Sprachgewirr in Spanien. Diese Wirkung wiederholte sich

zum Beispiel bei den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der Internationalen Brigaden 1996 in den großen Sporthallen von Madrid und Barcelona anlässlich der Antragung der spanischen Staatsbürgerschaft an die Interbrigadisten.

Ein leise gepfiffenes Lied diente im antifaschistischen Widerstandskampf manchmal zur Erkennung von Gleichgesinnten. Die Erinnerungen an die Frauen und Männer, die diesen Geist in den Internationalen Brigaden verkörperten, und der Kampf großer Teile der spanischen Bevölkerung gegen die Franco-Diktatur möchten die heutigen „Demokraten“ in unserem Lande austilgen.

Es sind die Nachfolger derer, die sich – beginnend

mit Bundespräsidenten, Bundeskanzlern, Ministern und Staatssekretären – bei Franco als Klinkenputzer betätigten und ihm wirtschaftlich aus der Patsche halfen – wie deren Vorgänger, die Nazis, die einst die Legion Condor entsandt hatten.

„Wir geh’n zurück in eine andere Welt – als Partisanen, nicht als Veteranen ...“, waren für viele Kämpfer nicht Worte eines Poeten, sondern ein Programm, dem sie sich bis in die Gegenwart verpflichtet fühlen. Und wie kann der Gedanke der Solidarität besser unterstützt werden als dadurch, daß heute noch Interbrigadisten und Menschen der nachfolgenden Generationen über Ländergrenzen hinweg eine enge Zusammenarbeit pflegen und den Gedanken an die damaligen Vorgänge nicht in Vergessenheit geraten lassen. Der vorliegende Gedichtband ist dazu ein kleiner Beitrag.

Im herben Duft der Oliven.
Scheunen-Verlag, 12 Linolschnitte, brosch.,
10 Euro, ISBN: 3-934301-90-8

Bestellt werden kann der Gedichtband bei Ingrid Schiborowski Auf dem Kamp 1, 21354 Bleckede

Bernhard Busse aus Breslau, sagte vor der Wohnungstür der ältere hagere Mann mit dem roten Muttermal auf der Wange und dem scharfen Adlerblick. Eine beachtliche Hakennase war auch nicht zu übersehen, die Stimme war warm und angenehm, Klangfarbe und Akzent schlesisch, unverkennbar. Eine Breslauer Lerge also, dachte Archie und blickte auf die Tageszeitung, die der seltsam gekleidete Mann in der Hand hielt. Sie kommen wegen der Annonce? Das ist ein schöner, alter Stich vom Breslauer Rathaus, der bei Ihnen im Korridor hängt, man sieht ihn gleich von der Tür aus, es klang entschuldigend. Tja, so ist das, guten Tag, sagte Archie, treten Sie näher. Ich bin von der Tschepine, wo die Ärmsten wohnten, von den Steinbaracken neben der 51er Kaserne, in der Langen Gasse, Uliza Długa heißt sie jetzt, alles völlig zerstört im Krieg. Der Stich ist von unserer Tante Hilda aus Breslau,

stück, Pachtland in Johannisthal, war mit Drahteseln aller Marken und Bereifungsarten vollgestellt, Fahrrad-Oldtimer sozusagen. Manchmal verlieh er die Räder auch an die DEFA, wenn Filme gedreht wurden, die um 45 herum spielten oder später. Sie waren alle funktionstüchtig. Überhaupt brachte er alles zum Funktionieren, was die Funktion verweigerte, Radios, Fernseher, fast alle elektrischen Geräte. Onkel Busse war auch wegen eines Radios, eines riesigen alten Holzkastens, bei Archie gelandet, das er mit dem Fahrrad abtransportierte, ein glanzpoliertes Ungetüm mit Riesenröhren und einer großen Anzeigeskala hinter Glas, wo noch Radio Hilversum und Radio Zagreb zu finden waren. Er konnte einfach nicht ertragen, wenn etwas weggegan werden sollte, das noch funktionsfähig war. Die Wegwerfgesellschaft, die damals auch schon sachte in der DDR Einzug

Kapitalismus, die zu zwei Weltkriegen geführt hatte. Das war zu seinem Grund-Credo geworden, obwohl er nicht Gesellschaftswissenschaften studiert hatte, kein erudierter Marxist war.

Und trotzdem kam es eines Abends bei Archie beinahe zum Eklat. Bernhard reparierte, wie so oft, den Fernseher, Archie hatte Imbiß und Getränke hingestellt. Onkel Busse war Nichtraucher und verabscheute Alkohol. Mit Entsetzen in der Stimme erzählte er gelegentlich, wie er im Alter von 16 Jahren im „Wappenhof“, dem berühmten Breslauer Ausflugslokal mit Freilichtbühne und Varieté-Programm, eine köstliche gelbe Limonade mit Bier verwechselt hatte. Archie nippte gerade an einem sowjetischen Cognac, zog an einer „Orient“-Zigarette, als Bernhard beim Reparieren innehielt, einen unglücklichen Blick auf Archie warf und dann mit leiser Stimme klagte: Er wird nicht funktionieren. Wieso, fragte Archie, er ist doch noch relativ neu. Aber Onkel Busse meinte nicht das Gerät, sondern den Sozialismus. Archie war spontan empört und hätte ihn um ein Haar hinausgeworfen, was er auch bemerkte. Ich sah in deinen Augen einen Funken aufblitzen, den ich früher nie gesehen hatte, sagte er.

Onkel Busses Fazit seines Arbeitslebens beim Fernsehen der DDR und anderswo war deprimierend. Die Leute arbeiteten nur dann mit letztem Einsatz, wenn es um die eigene Sache ging, zu Hause, im eigenen Haus, auf der Datsche, an ihrem Auto. Im Betrieb gab es nur Dienst nach Vorschrift, gesellschaftliches Eigentum wurde vernachlässigt. Nach Feierabend wurden die Kollegen erst richtig wach. Etliche würden nach dem Westen gehen, wenn sie könnten. Das waren seine Beobachtungen.

Auf Drängen Archies war Onkel Busse mit der „Völkerfreundschaft“ in Kuba gewesen, um den lateinamerikanischen Sozialismus zu begutachten. Und auch dort, wo er gern geblieben wäre, werde noch viel vergeudet, berichtete er. Die Companeros haben noch nicht begriffen, daß jede zertretene Banane sie selbst schädigt. Im kubanischen Fernsehen, dem er einen Besuch abstattete, hätte er viel zu reparieren gehabt. Aber Bürokraten in der DDR ließen ihn nicht. Archie verstand es ebensowenig wie Bernhard.

Also, Ende der 70er Jahre, prophezeite dieser, daß der Sozialismus irgendwann an seine Grenzen stoßen werde. Das kühlte ihre Beziehungen ab, und sie sahen sich längere Zeit nicht mehr. Erst 1981, als Onkel Busse bei Archie wegen einer Reparatur war, die keiner machen wollte, diskutierten sie eine lange Nacht hindurch. Es sollte die letzte sein. Eine Nacht später starb Onkel Busse im Schlaf an einem Gehirnschlag, knapp über 70. Zu seiner Beerdigung auf dem Adlershofer Waldfriedhof waren Hunderte von Leuten erschienen. Der weltliche Redner sagte so manches über Bernhard Busse, aber er sagte nicht das Wesentliche, nämlich daß er ein parteiloser Kommunist war. Wie viele davon mag es in der DDR wohl gegeben haben? **Manfred Hocke**

Archie und der „radelnde Clochard“

die dort nach 1945 einen Polen heiratete und jetzt in Wrocław am Odertorbahnhof wohnt. Inzwischen war Bernhard in die Küche gekommen, den Hauptkommunikationsplatz von Archies Wohnung am Treptower Park. Sie begannen sofort über Breslau, das Rathaus und das Schlesische zu fachsimpeln, besonders über einzelne Dialektausdrücke: A Tippel und a Krigel und a Arsch vull Prigel! Bernhard Busse philosophierte: Das alte Schlesien, nicht besser als das alte Deutschland, ist im Zweiten Weltkrieg untergegangen. Heimat „hat nur der, der etwas hat, wer nichts hat, dem hilft die Heimat auch nicht. Und so kam ich schon Ende der 20er Jahre nach Berlin.“

Er zog die Fahrradklammer vom Hosensack, so, als wolle er sich in Archies Wohnküche niederlassen, die vollgestellt war mit Reiseandenken aus den sozialistischen Ländern und vollgehängt mit Bildern befreundeter Maler. Bernhard Busse schien sich sofort wohl zu fühlen und fortan wurde der kinderlose Witwer zum Nennonkel der Familie, eben zu Onkel Busse, einer Art Vaterersatz für Archie, Ersatz-OPA für die Kinder, Haushandwerker und Hauselektriker, sozusagen Mädchen für alles, Gesprächspartner, gelegentlich auch Babysitter, Philosoph, Literaturverehrer – ganze Teile des „Faust“ kannte er auswendig – Hobby-Fotograf, Großgartenbesitzer und vor allem Sammler von allen Dingen, die ihm sammelenswert erschienen. Und das war fast alles! Was er nicht alles sammelte – vor allem Fahrräder! Er bewerkstelligte alles mit dem Fahrrad. Sein riesiges Grund-

hielt, war ihm zutiefst fremd. Lange Jahre hatte er in Adlershof beim Fernsehen als begehrt und vielseitig ausgebildeter Techniker gearbeitet. Er hatte noch bei der Firma Blaupunkt gelernt und war immer dann gefragt, wenn es etwas zu reparieren galt, was nicht einfach auszuwechsellern war. Er warf auch keine Teile weg. Sogar seine Wohnung hatte er zum Ersatzteillager gemacht, die Badewanne hochkant gestellt, um Platz zu haben. Gebadet wurde bei Archie, dessen Keller er auch mit Ersatzteilen vollrumpelte. Viele belächelten ihn, und doch wurde er immer wieder gebraucht. Auch, als er schon Rentner war, rief man ihn öfter ins Studio. Wie gesagt – er galt als Unikum, sah aus wie ein radelnder Clochard, wurde aber überall sehnsüchtig erwartet, vor allem bei vielen älteren, teils gebrechlichen Damen, denen er beim Einkauf und im Haushalt half, Kohle hochtrug, Kleinholz machte in Adlershof und Umgebung. Man kann sagen, Bernhard Busse war die radelnde Einmann-Volkssolidarität. Er verlor nie die Geduld beim Erklären, Jähzorn kannte er nicht. Er war Pessimist und bisweilen sogar zynisch, was die gesellschaftliche Entwicklung betraf. Bescheidenheit und Genügsamkeit waren seine Kennzeichen, auch Sparsamkeit bis hin zum Geiz, allerdings nicht Archie gegenüber. Sein Bewußtsein war von zwei Weltkriegen geprägt, vom Kohlrübenwinter des 1. Weltkriegs und dem Hunger und vom Überlebenskampf und der Ablehnung der Nazis im Zweiten Weltkrieg. Der Sozialismus erschien ihm als einzige Alternative gegenüber der Barbarei des

Leserbriefe an RotFuchs



Dank an den „RotFuchs“ für die Neujahrsbotschaft 2005, von Karlheinz Effenberger gestaltet

Wenn der Rotfuchs die kommunistische Orgel bedient, gerät das Weltall schön in Verzückung; die Sonne lacht, der Mond nimmt zu, und die Erde dreht sich um die eigene Achse; Hammer, Sichel und Zirkel sind endlich vereint und auf Dauer, das Gesangbuch ist aufgeschlagen die alten Texte sind unverwüstlich und schön wie die Hoffnung machenden Worte unseres Freundes und Genossen Brecht; und den Kometen, der die Nacht durchleuchtet mit seinem Licht und die Erde zu küssen scheint, den will ich – bei Gott – nicht vergessen!

Mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen für das neue Jahr

Euer Armin Stolper und Frau Christa, Berlin

Allen „RotFuchs“-Redaktionsmitgliedern und Mitstreitern für eine bessere Welt des Sozialismus ein erfolgreiches Jahr 2005.

Grüße aus den Tropen. Gestern hatten wir hier 35 °C.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Allen Mitarbeitern und Lesern der Monatszeitschrift „RotFuchs“ übermittle ich zum neuen Jahr herzliche Grüße und beste Wünsche für gute Gesundheit, Glück im persönlichen Leben und Erfolge in der redaktionellen und gesellschaftlichen Arbeit.

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wrocław

Im Auftrag der Stadtorganisation Thessaloniki der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) die allerbesten Wünsche zum neuen Jahr. Wir stehen an Eurer Seite im Kampf gegen die Agenda 2010 und Hartz IV, die dem deutschen Volk sehr viele Leiden bringen werden. Im Geiste der internationalen Solidarität und des proletarischen Internationalismus kämpfen wir weiter für Sozialismus und Kommunismus.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

„An allem ist zu zweifeln“ war schon das Motto von Karl Marx. Wenn man die zum größten Teil gut angezogenen, ausgezeichnet organisierten und disziplinierten Demonstranten in Kiew sah, mußte der gesunde Menschenverstand hinterfragen, was hinter der „orangenen Orgie“, die uns von den gleichgeschalteten Medien als „orangene Revolution“ verkauft wurde, stehen mag.

Mitte Dezember 2004 war ich auf einer Vortragsreise im Norden der BRD. Nach einer kurzen Vorstellung durch den Veranstaltungsleiter begaben wir uns zu einer gemütlichen abendlichen Runde, wo wir unter anderem auf die „orangene Revolution“ in der Ukraine zu sprechen kamen. Der Veranstaltungsleiter, ein engagierter Anhänger des Oppositionsführers Juschtschenko, erzählte offen über seine Reisen in die Ukraine. Er fahre öfters hin und bringe der Opposition Faxgeräte. Zu den Demonstrationen bemerkte er lapidar: „Jeder Demonstrierende bekommt 50 Dollar auf die Hand.“ Also eine echt „demokratische“ Willensbekundung des Volkes in der Ukraine! Das ist die Demokratie, wie sie von den kapitalistischen Ländern allen Völkern zugedacht ist. Was hören wir z. B. heute über das Schicksal der Menschen in Georgien, die auch so eine „Revolution“ erleben durften? Denen geht es höchstwahrscheinlich nicht besser, sondern eher schlechter, aber für sie interessiert man sich im Westen nicht mehr, nachdem man erfolgreich seine Marionetten dort installiert hat.

Dr. Matin Baraki, Marburg

In Eurer Januar-Ausgabe habt Ihr die Veranstaltung im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße gewürdigt, und Ihr habt das mit Lob und Freude getan. Darüber habe ich mich zu freuen, denn ich stehe mit meinen Freunden von Che Guevara in ständiger Verbindung. Wir haben in Vorbereitung der Veranstaltung eine Werkstatt gemacht – und ich komme zum Punkt, wo ich meinen Einwand vorbringen kann: Wir arbeiten eben nicht „wie in alten Tagen ...“. Mit solcher Überschrift tut Ihr den Mitgliedern der Gruppe keinen Gefallen, denn nicht nur die Gesellschaft, in die sie ihr materiell uneigennütziges Engagement einbringen, ist eine andere, eine unbarmherzige, jeglichem revolutionären Gedanken feindliche, auch die jungen Leute sind eben nicht vergleichbar jenen, mit denen ich einmal im Oktoberklub angefangen habe zu arbeiten. Unter von heute aus gesehen luxuriösen Bedingungen, belästigt oft und immer unbedroht. Die „Che Guevaras“ sind hellwache moderne junge Menschen, jeder von ihnen unter schwierigen Bedingungen mit Existenzertz beschäftigt, denen schenkt niemand etwas. Und selbst das Fahrgeld zu den wöchentlichen Proben zahlen sie, von unterschiedlichen Wohnorten kommend, aus eigener Tasche.

Die erfolgreiche Veranstaltung in der Friedrichstraße hinterläßt ihnen Schulden, die sie wieder klaglos und lebensgescheit abarbeiten werden.

Aber noch wichtiger ist: Im Gegensatz zu den Jungen damals sind diese ohne Illusion. Wenn sie Begeisterung wecken, dann, weil sie wohl an eine Tradition, eine alte Verabredung mit dem Publikum anknüpfen, aber sie legen den Finger auf jeden Posten. Und da bleibt keine Zeile ungeprüft, sie muß unserer geschichtlichen Erfahrung standhalten, auch der Niederlage. (...)

Gisela Steineckert, Berlin

Vor wenigen Tagen – am 3. Januar – war der Geburtstag unseres ersten DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck. Immer wieder muß ich traurig feststellen, daß sein Name kaum noch erwähnt wird – selbst in geschichtlichen Abrissen der PDS spielt er keine Rolle mehr. Dabei war gerade er für uns, die damalige junge Generation, das Sinnbild eines ehrlichen Kämpfers und Kommunisten. (...) Er war derjenige, der unserer sozialistischen Sache zum Durchbruch verhalf. An ihm hätte sich mancher Politiker auch der DDR ein Beispiel nehmen sollen und von seiner Bescheidenheit lernen können.

Ich weiß, wovon ich rede, denn ich hatte die Gelegenheit, ihn einige Zeit zu erleben und für seine Sicherheit zu sorgen. Ich würde mir wünschen, daß es dem „RotFuchs“ gelänge, jemanden zu finden, der noch etwas mehr über unseren ersten Arbeiter- und Bauern-Präsidenten schreiben könnte. In Kreuzworträtseln wird immer nur nach Ebert und Adenauer gefragt.

Wolfgang Müller, Bad Dübren

Ich bin völlig einverstanden mit dem Beitrag von M. Naundorf im RF 1/05, in welchem er sich mit dem bürgerlichen Rechtsstaat befaßt. Wir sollten noch deutlicher unterstreichen: Je räuberischer, aggressiver und ausbeuterischer der Kapitalismus wird – wie wir es seit 15 Jahren erleben –, desto mehr geht er auch gegen zivilisatorische Errungenschaften vor, die oftmals der herrschenden Klasse abgenötigt worden sind. Dazu gehören auch Rechtsstaat und Gesetzlichkeit.

Das Völkerrecht wird mehr und mehr durch Interventions- und Kriegs(un)recht verdrängt. Das Arbeitsrecht wird immer stärker ausgehöhlt. An seine Stelle tritt die Kommandogewalt der Kapitalisten. Die Mitbestimmung der Werktätigen wird als „Irrtum der Geschichte“ verleumdet. Die Gewerkschaften sollen „entmachtet“ (Westerwelle) werden. Generell erweitert und verschärft man Repressalien auf den verschiedensten Gebieten. Im Strafrecht werden demokratische Prinzipien wie Gesetzlichkeit der Bestrafung und Rückwirkungsverbot außer Kraft gesetzt. Dabei bieten die „neuen Länder“ auch hier ein Experimentierfeld. Öffentlich wird die Forderung nach Anwendung der Folter

erhoben, vor allem in massenwirksamen Medien (z. B. bei Talkshows).

Kommunisten, Sozialisten und andere Demokraten stehen damit vor der Aufgabe, den (bürgerlichen) Rechtsstaat gegen die Profit- und Machtgelüste des Kapitals zu verteidigen. Es sind also nicht sie, die ihn gefährden. Es ist vielmehr das Kapital selbst, das den Rechtsstaat und die bürgerliche Gesetzlichkeit untergräbt. (...)

Prof. Dr. Hans Weber, Babelsberg

Ich halte den Begriff „Frühsozialismus“ für falsch und unhistorisch, könnte mich aber mit der Formulierung „ein frühes Stadium des Sozialismus“ durchaus anfreunden.

Herbert Fischer, Dresden

Wie der Autor des betreffenden RF-Artikels Frühsozialismus versteht und interpretiert, würde auch ich gegen die Verwendung dieses Begriffs sein. Doch es geht darum, was (...) ein Begriff objektiv widerspiegelt.

Seine Anwendung wird hier nur im nationalen Rahmen der DDR betrachtet. Die historische Niederlage des Sozialismus war aber eine internationale Erscheinung, so wie die Existenz der DDR fester Bestandteil des europäischen Sozialismus war. Tatsache ist, daß sich fast alle sozialistischen Länder, einschließlich der Sowjetunion, nicht auf die Grundlage einer entwickelten kapitalistischen Ökonomik stützen konnten. (...) Ihre ökonomische Ausgangslage hatte auch Konsequenzen für den Überbau (alles andere wäre unmarxistisch!). (...) Das bringt auch der Begriff „Frühsozialismus“ zum Ausdruck. Für die marxistisch-leninistische Theorie heißt das darüber nachzudenken, mit welchen vorrangig ökonomischen und politischen Schritten diese Phase der Entwicklung zu meistern ist. Dabei ist das keine Frage von 70 oder 40 Jahren.

Inwieweit dieser Begriff die Unausweichlichkeit einer historischen Niederlage impliziert bzw. den Untergang unvermeidbar begründen soll, bleibt das Geheimnis des Autors. (...) Der Frühsozialismus ist eben auch Sozialismus und die größte Errungenschaft in der Geschichte der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse, und speziell die der DDR, hat ihren historisch unvergänglichen Beitrag dazu geleistet. (...) Ein vorzeitiger Übergang zum Sozialismus muß nicht historisch zum Scheitern verurteilt sein. Es geht um die Notwendigkeit der Berücksichtigung der mangelhaften (noch nicht ausgereiften) Voraussetzungen durch die Partei der Arbeiterklasse. Wenn sie das nicht ausreichend tut, entwickeln sich Widersprüche, die tödlich sein können, nicht müssen. Die innere und äußere Konterrevolution nutzt diese Situation brutal aus. Alles andere würde auch ihrem Wesen widersprechen. Wobei wir bei der Diskussion in den letzten Ausgaben des „RotFuchs“ wären.

Siegfried Kretschmar, Leipzig

Zur Debatte „Frühsozialismus“: Als einer, der sein ganzes bewußtes Leben für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft eingesetzt hat, halte ich nicht so viel von akademischen Debatten zu diesem Thema. Ich denke da an Goethes Kophtisches Lied: Lasset Gelehrte sich zanken und streiten ... Wenn wir jedoch zu „RotFuchs“-Themen in der AG Senioren der PDS sprechen, oder wenn ich mit alten Mitstreitern über die Felder unserer ehemaligen LPG gehe, kommen so die Gedanken: Es gibt zu all diesen Fragen weder bequeme Antworten noch solche, die nicht weh tun. Es heißt also im Brechtschen Sinne, den Finger auf jeden Posten zu legen, Widersprüche sichtbar zu machen, die, weil sie zu oft vertuscht wurden, eben nicht zur „Triebkraft der Entwicklung“ wurden.

Abertausende haben unendliche Mühen auf sich genommen, damit die Herrschaft einer Klasse über eine andere überwunden wurde. Daß wir viel erreicht hatten, dafür ist die Wucht der Schläge, mit denen all unsere Errungenschaften kaputtgemacht wurden, Beweis genug. Wenn Prof. Kundel schreibt: „Wer trägt die Verantwortung für die

Opfer, die in diesem Kampf gebracht wurden? Waren es nicht die Kommunisten, die das Volk dazu aufgerufen haben? Und damit sind wir dann an dem Platz angelangt, an dem uns die Bourgeoisie haben möchte“, so ist meine Meinung dazu: Wir müssen nicht über die Latte springen, die uns die Ideologen des Raubtierkapitalismus hinhalten! Sie schieben uns doch sowieso alle erdenklichen Untaten in die Schuhe. Was wir tun müssen, ist, solange unser Atem reicht, sprechen, vor allem vor jungen Leuten, über unser Leben vor dem und im Sozialismus. Ich habe damit jedenfalls beste Erfahrungen gemacht. Nur ein Beispiel: Bei einem Auftritt vor den Schülern des Goethe-Gymnasiums Sebnitz hatte ich längeren Beifall als die beiden ebenfalls aufgetretenen Pfarrer. (...)

Werner Döring, Hohnstein

(...) Die Frage ist, langfristig betrachtet, ob die Errichtung einer sozialistischen Staatsmacht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel schon als hinreichende und unmittelbare Verwirklichungsbedingung für das sozialistische Gesellschaftsprojekt genommen werden können. Denn dieses Projekt konnte doch nur einen Sinn machen, wenn es als zukunftsfruchtig und endgültige Alternative zur alten Gesellschaft angelegt war. Auch seine historischen Errungenschaften entlasten uns nicht von der Frage nach der eigenen Aktie an seinem Scheitern. Nach dem Sprichwort sollte einem der Spatz in der Hand immer noch lieber sein als die Taube auf dem Dach. Hier wäre die Frage gewesen, ob eine vorerst begrenzte Zielstellung, in realistischer Übereinstimmung mit den absehbaren ökonomischen Möglichkeiten, etwa in Form eines fortschrittlichen Sozialstaates antifaschistisch-demokratischer Prägung, dem Projekt nicht bessere Überlebenschancen eingeräumt hätte als der sofortige Griff nach dem Endziel. Bereits Marx hatte gemahnt, daß man „naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren“ kann.

Manfred Höfer, Leipzig

Ich war etwas enttäuscht, daß der „RotFuchs“-Ausgabe vom Dezember kein Kalender beigelegt war. Er hätte mich wieder durch das Jahr begleitet. Um so erfreuter war ich über den Gruß mit dem Brecht-Text im Januar-„RotFuchs“. Die Karte steht auf meinem Schreibtisch, und jeder Blick darauf tut gut.

Es fällt mir immer schwerer, mir den „RotFuchs“ über den Monat einzuteilen. Die jüngste Ausgabe habe ich schon intensiv studiert. Kurz gesagt: Die Zeitung ist sehr gut und wird immer besser. Sie ist informativ und wichtig als Gegengewicht zur bürgerlichen Presse. Wenn ich mir den Stapel Tageszeitungen eines Monats ansehe und im Vergleich dazu das RF-Heft – welch ein quantitativer Unterschied. Aber die qualitative Differenz ist umgekehrt proportional. (...)

Mich stört übrigens die begriffliche Mißgeburt „demokratischer Sozialismus“. Sozialismus ist entweder demokratisch oder er ist keiner. Um es mit Ernst Bloch zu sagen: Ohne Demokratie kein Sozialismus, ohne Sozialismus keine Demokratie. Wenn demokratischer Sozialismus bedeuten soll, daß die Kapitalisten die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel behalten, dann pfeife ich, gelinde gesagt, auf diesen Begriff.

Norbert Kornau, Hannover

In der Nummer 84 war für mich der Beitrag „Das Weiße Haus im Griff religiöser Fanatiker“ ein augenöffnender Moment. So tiefgründig hatte ich das bisher weder begriffen noch vermutet. Dank an Dr. Kegel für die Veröffentlichung.

Nachdenklich hat mich der Beitrag aus „Kommunist“ 5/2004 gemacht. Zum einen halte ich ihn für sehr nachdenkenswert, weil darauf hingewiesen wird, daß ohne die wissenschaftliche Analyse (Theorie) auch kein zielgerichteter Kampf gegen die Verhältnisse (revolutionäre Praxis) möglich ist. Zum anderen habe ich inhaltliche Probleme. Die UdSSR (heute GUS, Rußland) hat nie (...) ent-

wickelte sozialistische Verhältnisse erreicht. Das ermöglichte eine Umkehr des Prozesses, die Konterrevolution. Ich denke, der Kampf findet noch immer statt. Leider fehlt eine starke progressive Kraft, um das Ruder herumzureißen. Die verkürzte Sichtweise des Autors auf den Kapitalismus ist nicht sehr hilfreich, die Lage zu analysieren. Die von ihm konstatierte „primitive Parasitenwirtschaft“ ist ein Ansatz und sicher emotional wirkungsvoll, aber wenig wissenschaftlich. Sicher wäre es interessant, über die Erscheinungsformen und Probleme der Übergangsperiode nachzudenken, zumal ja nun praktische Erfahrungen aus mehreren Ländern vorliegen. Und wir sollten uns bewußt werden, was prägender Inhalt unserer Epoche ist. Objektiv bleibt die Überwindung des Imperialismus notwendig, wollen wir der Klimakatastrophe, der Militarisierung der internationalen Beziehungen und weiteren Begleiterscheinungen und Folgen der Herrschaft der Konzerne und Banken Einhalt gebieten. Allerdings verhindert der Klassegegner mit Geschick, daß die Marxsche Prognose wahr wird, und die Bourgeoisie sich den Totengräber selbst schafft. Und solange wir das „Teile und herrsche!“ nicht erkennen und im Interesse des Überlebens überwinden, wird wohl die Konterrevolution das Sagen haben.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

„Schlußlichter bilden infolge der noch unklaren finanziellen Schäden aus der Flutkatastrophe die Versicherungs- und Touristiktitel. Am Ende des DAX stehen die Aktien von Münchener Rück und TUI. Daneben geben auch die Papiere von Lufthansa und Allianz etwas ab.“ Das ist der O-Ton der Finanznachrichten vom 27. 12. 04. Und weiter: „Hauptthema am Markt war das schwere Seebeben in Südostasien, das sich negativ auf die Touristikbranche und den Rückversicherungssektor auswirkte. Bisher sei die Schadenssumme der Rückversicherer noch nicht zu beziffern, hieß es im Handel. Allerdings haben sich bereits einige Unternehmen, darunter Lufthansa und TUI, zu Wort gemeldet. Danach stellen die Kosten aufgrund des Bebens keine größere Belastung dar.“ Getreu dem Motto: Bei Gewinnen in der ersten Reihe sitzen, bei Verlusten in der letzten Reihe verdrücken! Mit dieser Einstellung der Kapitalmärkte kann man wohl nicht davon ausgehen, daß die großen Global Player, Versicherungen und Banken, Touristikunternehmen und Fluggesellschaften sich in die vordere Reihe stellen, um die Forderungen der UNO nach humanitärer Hilfe für die Länder zu gewährleisten, die von diesem ungeheuren Seebeben betroffen wurden. (...) Nach dem Niedergang des Sozialismus ist für wirklich humanitäre Hilfe bei den meisten Staaten nur wenig politischer Wille erkennbar.

Ulli Farin, Bramsche

Ich möchte mich zu zwei Beiträgen in der Januar-Ausgabe äußern. Erstens zum Artikel von Günter Freyer über Bruno Leuschner und zweitens zu den „Revolutionären“ des Herbstes 1989 von Majorow. Sehr erfreut bin ich, daß B. L. anläßlich seines 95. Geburtstages und seines 40. Todestages auch im „RotFuchs“ gewürdigt wird. Er hat es wirklich verdient. Die Einschätzungen treffen den Nagel auf den Kopf. Ich kann das beurteilen. 1970 war ich der Erste in der DDR, der eine biographische Skizze über Leuschner verfaßte. (...) Leider durfte ich damals zu wenig über seine Vorstellungen zur Arbeit des RGW schreiben, um das ganze Projekt nicht zu gefährden. Einiges erschien ja später an der Hochschule für Ökonomie. Aber längst nicht alles ist bisher publiziert worden.

Zu Majorows Artikel habe ich nur folgende Anmerkung: Ich fühle mich als Mitautor der 1. Auflage des Lexikons „Wer war wer in der DDR?“ dazu berechtigt. Ich bitte darum, daß Ihr darauf hinweist, daß dieses Lexikon verschiedene Auflagen hatte, mit unterschiedlichen Autoren und einem differenzierteren Herausgeberkreis. Für die 1. Auflage muß ich Majorows Einschätzung („rechtsstehende Herausgeber“) entschieden zurückweisen. Wir alle waren

und sind nach wie vor Linke. So wie ich haben andere später (vor der 2. Auflage) die Mitarbeit eingestellt, da wir uns weder an der „Stasi-Hatz“ noch angesichts der geänderten Redaktionsrichtlinien daran beteiligen wollten. **Gernot Bandur, Berlin**

Erich Buchholz ist herzlich dafür zu danken, daß er im Dezember-„RotFuchs“ an das verdienstvolle Wirken Peter Alfons Steinigers erinnert hat. Ihm bin ich zwischen 1964 und seinem Tode 1980 vor allem bei der Liga für die Vereinten Nationen in der DDR begegnet, deren Präsident er war. Er war der Nestor der Völkerrechtler der DDR und ein leidenschaftlicher Propagandist der UNO-Charta und -Prinzipien. Seine Bücher und Artikel über das „Siebengestirn des Völkerrechts“ waren und sind Lehrmaterial.

Er war oft und gern zu Vorträgen in Dresden und hatte ein großes und interessiertes Publikum. (Wo gibt es das heute bei Vorträgen über Völkerrecht?) Damals wurde Steiniger oft die Frage gestellt (die am 10. Dezember 2004 bei einer Veranstaltung der Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen wieder auftauchte): Wozu die UNO, wozu die UNO-Mitgliedschaft der DDR (die 1973 erreicht wurde), wenn sie imperialistische Kriege und Verbrechen nicht verhindern kann? Steiniger verwendete das Bild vom Raubtier, das seinen aggressiven Charakter nicht ändere, aber durch die Mittel des Völkerrechts (...) gefesselt und unschädlich gemacht werden müsse. Dieses sei eine Waffe der Völker und der sozialistischen Staaten. Manche seiner damaligen Argumente sind heute noch aktuell. Angesichts des bevorstehenden 60. Jahrestages der Gründung der UNO, der Annahme der UNO-Charta und der Nürnberger Prozesse sollten wir wieder zu seinen Büchern greifen.

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Der Beitrag „Lehrer einer neuen Juristengeneration“ im Dezember-Heft macht deutlich, wie nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im demokratischen Teil Deutschlands – der späteren DDR – auch die universitäre Lehre auf eine marxistische Grundlage gestellt und damit die Voraussetzungen für die Heranbildung künftiger Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare, die nicht den bürgerlichen Traditionen folgten, geschaffen wurden. Neben Peter Alfons Steiniger prägte unter anderem Karl Polak maßgeblich diese Entwicklung. Ihnen folgten so herausragende Schüler wie die späteren Rechtsprofessoren Hermann Klenner, Karl A. Mollnau, Tord Riemann, Horst Luther, John Lekschas und der Autor des genannten Beitrags, Erich Buchholz.

Mit Ausnahme Klenners hatte ich die Ehre, von den übrigen Genannten zum juristischen Hochschulabschluß geführt zu werden, wofür ich ihnen noch heute dankbar bin. **RA Ralph Dobrawa, Gotha**

Der „RotFuchs“ enthält, wie fast alle Leser schreiben, stets sehr aufschlußreiche Beiträge. Zu diesen zähle ich auch den von Dr. Manfred Böttcher „Wie Quelles Frau Schickedanz zu ihren Milliarden kam“.

Die meisten DDR-Bürger erlebten zwar bestimmte Mängel in der Versorgung, kannten aber oft nicht die Gründe und Zusammenhänge. Da die DDR zur Entwicklung ihrer Wirtschaft auf Devisen oder zumindest die Möglichkeit des Erwerbs wichtiger Produkte aus dem westlichen Ausland angewiesen war, mußte sie zuvor dorthin exportieren, wodurch der Eigenbedarf der Bevölkerung geschmälert wurde. Dabei war es oft erforderlich, zu mitunter nicht einmal kostendeckenden Dumpingpreisen zu verkaufen. Andererseits war die DDR genötigt, Extrapreise für bestimmte technologisch hochentwickelte Produkte zu zahlen, besonders wenn es sich um solche handelte, deren Export an die Länder des Ostens auf einer Verbotliste stand und unter Strafe gestellt war. Geschäftsleute, die an solchen Unternehmungen beteiligt waren, verlangten dafür einen Extraprofit.

Ich würde es begrüßen, wenn Sachkundige uns – zumindest im nachhinein – nähere Aufklärung

über diese komplizierten und für die DDR häufig nachteiligen Beziehungen und Probleme geben könnten. **Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin**

Ich bin nicht einig mit Petra Reichel, die meint, die SED habe humanistisch gehandelt, als sie 1989 so peinlich abtrat. (...) Was hätten wir heute Milosevic zu sagen und Fidel Castro zu raten? (...) **Ron Wiesner, Dahlen**

Im ND erschien vor einiger Zeit ein Artikel unter der Überschrift „PDS schleppte im Dezember 1989 noch das Beiwort SED mit sich“. War die SED für die PDS nur eine Last? Sicher, das Ende der DDR ist auch gravierenden Schwächen und Fehlern der SED-Führung anzulasten, die in den letzten Jahren zunahm. Aber ihre Gründung war Quelle neuer Hoffnungen und Kräfte, nach dem Horror von 12 Jahren Faschismus und Krieg. Und was für die DDR-Bürger unter der SED erreicht wurde, war ein Leben in Frieden, ohne Not, mit hohen Ansprüchen an Bildung, Gesundheit und Kultur für alle. Und das unter den Bedingungen des Kalten Krieges, ohne Marshall-Plan und trotz gezahlter Reparationen. Ich denke, es ist an der Zeit, mal zu betonen, daß die SED, entstanden in schweren Jahren aus KPD und SPD, in der DDR für die Menschen Lebensqualitäten geschaffen hat, die heute z. B. von Finnland als großartige Neuentdeckung importiert werden sollen, obwohl hinlänglich bekannt ist, daß die Finnen unsere Gesundheits- und Sozialpolitik ebenso wie unser Schulsystem übernommen haben. **Ursula Marek, Schwerin**

Der Beitrag von Konrad Strehl „Befreiung ohne Befreier?“ spricht mir aus dem Herzen. Er verweist auf den Beschluß des DKP-Parteivorstandes vom 30./31. Oktober 2004. Im Aufruf zum 60. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus wird die historische Rolle der Sowjetunion, ihrer Völker und der Roten Armee völlig negiert. Mitgliedern des Parteivorstandes können Nachlässigkeiten oder Vergeßlichkeit in dieser wichtigen Frage nicht nachgesehen werden. (...) Ich stimme dem Autor ausdrücklich zu: Der DKP-Parteivorstand muß sich dieser Kritik stellen, die nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig ist. **Armin Lufer, Berlin**

(...) Ich bin kein Landesfürst und auch kein Kronprinz, sondern ein schon alter Lehrer. Meine Forderungen aber sind eindeutig: 1) Alle Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland sind staatlich. Der Staat übernimmt die Aufsicht, die Förderung und die anfallenden Kosten. Privatschulen – in welcher Trägerschaft auch immer – sind verboten. 2) Der Besuch von Kindergärten, Schulen und Universitäten ist kostenlos. Schulgeld und Studiengebühren dürfen nicht erhoben werden. 3) Religionsunterricht ist Sache der Religionsgemeinschaften. Er wird außerhalb der Schulen erteilt. Besondere Schulen „in religiöser Trägerschaft“ sind nicht gestattet. 4) Die Schulkinder lernen für mindestens acht Jahre gemeinsam in einer Klasse. Sie sollen auch außerhalb der Unterrichtszeiten betreut werden. Der Unterricht wird in der Regel im Heimatort erteilt. 5) Ein für ganz Deutschland geltendes Schul- und Bildungsgesetz sorgt für notwendige Einheitlichkeit. Das gilt insbesondere für Lehr- und Studienpläne, Lehrbücher, Prüfungen und dergleichen.

Auf diese Weise kann die Bildung der gesamten Nation für die Zukunft gesichert und die augenblicklich prekäre Situation überwunden werden. **Joachim Weise, Hohenstein-Ernstthal**

Mit großem Interesse und Begeisterung las ich Prof. Dr. Klaus Rohrbergs Beitrag „Ist die Modernisierungstheorie inzwischen ‚unmodern‘?“ im Januar-„RotFuchs“. Durch Hinterfragung der Begriffe dieser „Theorien“ belegte er ihren Ursprung als aus der US-amerikanischen Gesellschaft der 40er und 50er Jahre stammend. Damals habe ich in New York gelebt. (...) **Miriam Pandor, Berlin**

Der Beitrag von Prof. Dr. Klaus Rohrberg zur Problematik sogenannter Modernisierungstheorien ist politisch hochaktuell und mehr als verdienstvoll. Zutreffend begründet R., daß die mannigfaltigen Konzepte bürgerlicher Modernisierungsverfechter am Wesen kapitalistischer Eigentums-, Produktions-, Verteilungs- und Ausbeutungsverhältnisse nichts zu ändern vermögen und daß sie nur darauf zielen, den nach wie vor bestehenden Grundwiderspruch des Kapitalismus durch ein neues Gewand zu verschleiern. Diese fundierte marxistische Position findet natürlich überall und bei jedem Mann Zustimmung. Das ist normal. Unverständlich bleibt aber, wenn ein PDS-Politiker wie der derzeitige Berliner Kultursenator Thomas Flierl im ND-Interview vom 2./3. Juli 2004 behauptet, ein linker Grundfehler bestehe darin, moderne bürgerliche Gesellschaften und Kapitalismus gleichzusetzen. Ebenso falsch sei es, den Kapitalismus nur als ausbeuterisches Produktionsverhältnis zu sehen. (...) Das immer unverhüllte betriebene Streben nach Extraprofiten wird mitunter sogar von einsichtigen Vertretern des Bürgertums erkannt. So erklärte z. B. Dr. Eckart Fiedler, Vorstandsvorsitzender der Barmer Ersatzkasse: „Wenn Großkonzerne rigoros Tausende Stellen abbauen, nur um eine Gewinnmaximierung in mehrfacher Milliardenhöhe zu erzielen, dann ist das soziale Eiszeit. Geradezu ungläubig erstarren läßt es einen, wenn obendrein noch die Streichung von ‚Teepausen‘ gefordert wird. Solch eine Vorgehensweise schürt lähmende Zukunftsangst.“ Ein Grundfehler würde vorliegen, wenn Linken der Blick für diese Realität verlorenginge. **Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf**

Werden die vormaligen Dissidenten und „Bürgerrechtler“ der DDR, denen die Führerschaft des „Volksaufstandes“ von 1989 zugeschrieben wird, einmal einen Platz in der Geschichtsschreibung als Synonyme für gewaltige historische Umbrüche wie Luther und Müntzer einnehmen oder wie Gneisenau, Yorck, Freiherr vom Stein als Anführer der nationalen Befreiungsbewegung 1813? Im Unterschied zu diesen hatten sie keine echte Volksbewegung hinter sich. Um die Führung zu übernehmen, waren sie viel zu unbekannt. Natürlich haben sie mitgeschürt, wo sie nur konnten. Besonders die Kirche leistete Starthilfe für die Demos. Aber dieser „Volksaufstand“ funktionierte auch ohne das. Die eigentliche Führung hatte Gorbatschow inne, der die diszipliniert am Sozialismus festhaltende DDR isolierte und sogar dem Spott preisgab. Das war natürlich grünes Licht dafür, aus allen möglichen Beweggründen heraus die Zügel schießen zu lassen. Wollen die einstigen DDR-„Bürgerrechtler“ etwa auch für jenen Teil der 89er Vorgänge die Urheberhaftung beanspruchen, der eine reine „D-Mark-Revolution“ war? (...) Letzten Endes haben sie einen Staat zerstört, in dem sie hätten zeigen können, was sie wert sind. **Friedrich Grupe, Merseburg**

In der November-Ausgabe setzten Sie eine Serie fort, die sich mit christlichem Glauben und Marxismus befaßt. Ich finde das besonders lobenswert. Schon in der Einleitung berichten Sie, daß Ihr Gesprächspartner Prof. Dr. theol. Wendelborn seinen Lehrstuhl an der Uni verloren hat. Sicher hat er auch Bücher verfaßt. Ihre Titel würden mich interessieren. Hier ist sein Name in der Bücherliste nicht vermerkt. Oder gibt es sonstige Schriften von ihm? Meine Frage: Wer war diese „Ehrenkommission“, die ihn entlassen hat? Können Sie mir bitte die Anschrift von der oder dem Vorsitzenden mitteilen? Theologieprofessor Gollwitzer von der Freien Universität Berlin hat erlebt, wie man seine Publikationen mit allen Mitteln unterdrückte und dies in einer BRD, in der jeder seine Meinung frei äußern kann. Menschenrechte, Meinungsfreiheit – alles Dinge, die im Grundgesetz verankert sind, aber in der BRD nie eingehalten wurden. Die Saat, die Gollwitzer einbrachte, konnte in der BRD nicht aufgehen,

dazu sind der Haß und die Angst des Kapitalismus vor dem Sozialismus viel zu groß. (...) **Johann Uhink, Harburg**

Zu dem Beitrag „Ein Schuß, der nach hinten losging“ von Hans Dölzer: Es war ein bißchen anders. Im April 1977 lebten Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe noch, sie waren in Stuttgart-Stammheim inhaftiert. Ingrid Schubert in Stadelheim lebte ebenfalls noch. Schleyer war noch nicht entführt, Mogadischu noch ein den meisten unbekannter Ort. Am 9. Mai 1976 – ein Jahr zuvor – starb Ulrike Meinhof in ihrer Gefängniszelle. Eine internationale Untersuchungskommission kam zu dem Ergebnis: von fremder Hand. **Mirjam Glaser, Frankfurt/Main**

Eine ganz profane Frage: Es gab zu DDR-Zeiten ein weihnachtliches Gedicht, dessen Refrain stets mit den Worten endete: „Und Opa gießt sich einen ein!“ Wäre jemand unter den Lesern, der sich daran erinnern könnte oder der den Volltext besitzt? **Hans Horn, Berlin**

In der Nr. 84 las ich mit Befremden die Schüttelreime eines „treuen Lesers“ über H. D. Schütt. Leider sind sie nicht so geistreich, wie es die Beiträge des Herrn Schütt im Feuilleton des ND zu sein pflegen. Zugegeben, manchmal sind seine Satzkonstruktionen sehr gewollt, aber sie reizen auch dazu, sich mit dem Text intensiv zu beschäftigen. Sie regen zum Nachdenken an. Was will ein Journalist mehr erreichen? (...)

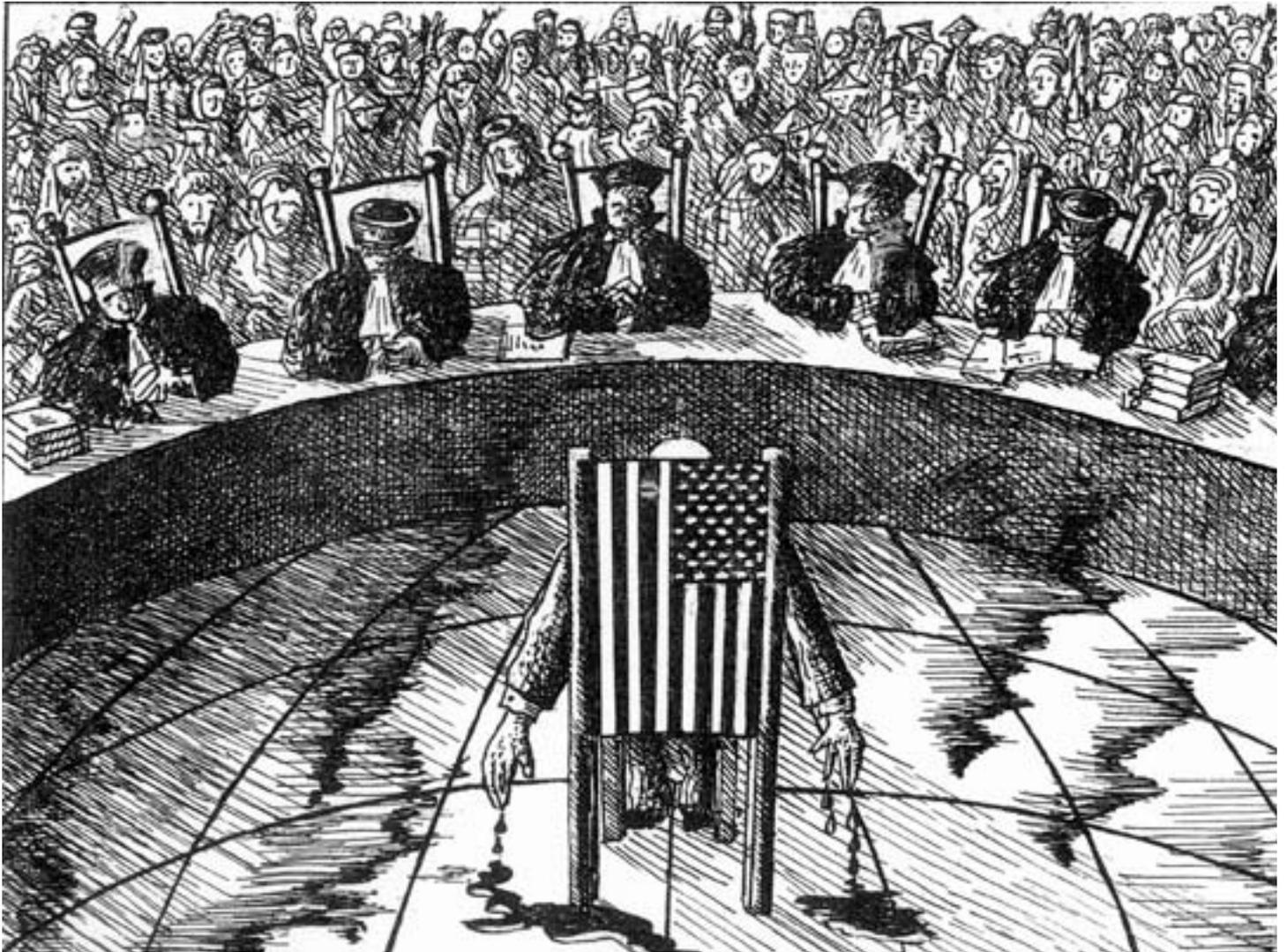
Ich halte es für den „RotFuchs“ nicht gerade für schmeichelhaft, den Lesern die Autorenschaft eines Briefes zu versagen. **Helmut Putzger, Strausberg**

Bemerkung der Redaktion:
Der Brief trug nur das Signum „Ein treuer Leser“.

Seit November 2003 erhalte ich regelmäßig den „RotFuchs“. Ich lese ihn sehr aufmerksam und mit Spannung. Mir geht es ähnlich wie Erik Neutsch in seinem Interview (März-Ausgabe 2004): Auch ich bin auf der Suche nach Gleichgesinnten. Eure Zeitung gibt mir neuen Mut und die Hoffnung, doch noch gebraucht zu werden. Sie richtet mich wieder etwas auf.

Als im Sommer 1989 die Millionen Mitglieder zählende SED zerbröckelte (ich gehörte ihr 40 Jahre an), konnte man schon voraussehen, daß sich eine Konterrevolution anbahnte. Mit vielen guten Genossen bangte ich sehr um unseren sozialistischen Weg. Ich war Lehrer für Staatsbürgerkunde und Geschichte. In den Klassen wurde viel um das Thema DDR diskutiert. Mit den noch in der Partei verbliebenen Genossen setzte auch ich meine ganze Kraft ein, um das Schlimmste abzuwenden. Doch unsere DDR wurde zum Raub- und Plünderungsobjekt der Bonner Reaktion. Danach gründeten Genossinnen und Genossen in Thüringen „Unsere Neue Zeitung“ – die UNZ. Bis 1995 arbeitete ich aktiv in ihr mit. 34 meiner Artikel wurden veröffentlicht. Schon 1992 war ich Mitglied der PDS-Grundsatzkommission in Thüringen. Als sie umgebildet wurde, bootete man mich aus. Seit 2000 gehörte ich der Arbeitsgruppe Politische Bildung bei der PDS-Landtagsfraktion an. Doch meine Ausarbeitungen fanden keine Beachtung. Man hat mich mit meinen Ideen, meiner Bereitschaft und Mitarbeit brüskiert. Ich wollte arbeiten und kämpfen, aber man hat mich aus der Reihe gestellt. Mein Kummer ist groß. Nun hoffe ich, für meine letzten Erdentage doch noch von ehrlichen Genossen und Freunden, von Kämpfern für eine sozialistische Zukunft eingereiht zu werden. **Horst Rocktäschel, Erfurt**

Bemerkung der Redaktion:
Wir bitten um Verständnis, daß wir nicht alle Leserbriefe abdrucken können. Etliche der veröffentlichten wurden möglichst sinnwährend gekürzt.



USA nach Den Haag!

Grafik: Klaus Parche

Am **11. Februar** findet um **16.30 Uhr** in der Begegnungstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, eine Veranstaltung der **BERLINER REGIONALGRUPPE** mit dem Vorsitzenden der GBM, **Prof. Dr. Wolfgang Richter**, statt. Er spricht über Entwicklungen in und um **Belarus**, das er u. a. als Wahlbeobachter besucht hat.

Am **23. Februar**, um **16.30 Uhr**, stellt **Egon Krenz** sein neues Buch in Rostock-Evershagen vor.

Die Zusammenkunft der Regionalgruppe, die Freunde und Genossen aus der Stadt und dem Umland einlädt, findet im **Jugendklub Pablo Neruda**, Ehm-Welk-Straße, statt.

Für den **26. Februar, 10.00 Uhr**, bittet die **Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen** Mitglieder, Leser und Freunde des RF in die Begegnungsstätte der **Volkssolidarität Zwickau**, Hölderlinstraße 1.

Prof. Dr. Eckehard Lieberam spricht über **Soziale Polarisierung und die Aufgaben der marxistischen Linken**

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56 49 39 65
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. Rudolf Druх
Dieter Fechner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Werner Hoppe
Hans Horn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR

Internetpräsentation:

WEBMASTER:
Dr. Hartwig Strohschein
rotfuchs.berlin@t-online.de
AKTUELLE RF-AUSGABE:
Iris Rudolph

PC-Systembetreuerin:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220160759